

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7000

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 14/7001

Sowie:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7002

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe zur Einbringung der Gesetzentwürfe zunächst dem Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

**Dr. Helmut Linssen**, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn eine Landesregierung innerhalb von nur drei Jahren die Nettoneuverschuldung um fast 75 % verringert hat, den dramatischen Unterrichtsausfall in unseren Schulen annähernd halbieren konnte,

(Lachen von der SPD)

die Betreuungsquote für unter Dreijährige von 2,8 % auf 13,6 % gesteigert hat

(Beifall von CDU und FDP – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke)

und sich gleichzeitig auf die dauerhafte und strukturelle Konsolidierung des Landeshaushalts konzentriert, dann kann ich als Finanzminister zuversichtlich an dieses Pult treten, um den Landeshaushalt 2009 in den Landtag einzubringen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Mit dem Landeshaushalt für 2009 setzt die Landesregierung ihre erfolgreiche Politik der richtigen Schwerpunkte im nächsten Jahr fort. Dass unser Weg richtig ist, zeigen uns die Ergebnisse. Der

Erfolg gibt uns Recht. Wir werden auch die bevorstehenden Herausforderungen meistern.

Wir konsolidieren den Gesamthaushalt, um unser Land fit für die Zukunft zu machen. Wir investieren in die Schwerpunkte Kinder, Jugend und Bildung, damit jeder einzelne gute Chancen für die Zukunft bekommt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Was?)

Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen ein Land der neuen Chancen ist. Das wird sich positiv auszahlen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, unsere Politik setzt nicht auf Effekthascherei oder das kurzfristige Verkünden froher Botschaften.

(Zuruf von der SPD: Nur darauf!)

Die nachhaltige Konsolidierung, die Reduzierung der Schulden bleiben das finanzpolitische Kernziel dieser Landesregierung.

(Zuruf von der SPD: Fernziel!)

Wir schaffen Schritt für Schritt dauerhaft solide Staatsfinanzen. Dass man dabei nicht alles auf einmal erledigen kann, versteht sich von selbst. Angesichts des schweren Erbes, das wir 2005 von Rot-Grün

(Svenja Schulze [SPD]: Oh!)

übernommen haben, ist es vielmehr bemerkenswert, wie weit wir heute schon gekommen sind.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Der Politikwechsel vor drei Jahren hat unserem Land gutgetan. Die Erfolge unserer Arbeit sind für jeden bereits sichtbar und spiegeln sich auch im Landeshaushalt für 2009 wider.

(Zuruf von der SPD: Oh, ja!)

Jeder Landeshaushalt muss im Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung gesehen werden. Die Entwicklung der Staatsfinanzen ist untrennbar mit der Konjunktorentwicklung verknüpft.

Niemand kann bestreiten, dass uns der Mitte 2005 einsetzende konjunkturelle Aufschwung geholfen hat. Er hat sich 2007 fortgesetzt. Das nordrhein-westfälische Bruttoinlandsprodukt hatte um 2,6 % zugelegt und liegt damit knapp über der gesamten deutschen Entwicklung.

Die Wachstumsdynamik hat aber zum Jahresende 2007 nachgelassen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass trotz des Einbruchs im zweiten

Quartal 2008 der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts 2008 bei 1,7 % liegen wird. Auch für 2009 bleibt es nach Ansicht der Bundesregierung und führender Wirtschaftsforscher bei einem stabilen – wenn auch geringeren – Wachstum.

Ich neige weder zu Pessimismus noch zu Schwarzmalerei, aber Risiken für die Konjunktur sind für jeden erkennbar.

(Zuruf von der SPD)

Darauf reagieren wir mit dem Landeshaushalt 2009 so, wie es seit 2005 gute und erfolgreiche Praxis in Nordrhein-Westfalen ist: mit Vorsicht.

Die positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hat sich auch in den Steuereinnahmen niedergeschlagen. So sind für das laufende Jahr 2008 Steuereinnahmen von 41,6 Milliarden € veranschlagt. Das sind 6,9 Milliarden € mehr, als das Land 2005 eingenommen hat. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, vor allem, wenn man auf die Entwicklung der Nettoneuverschuldung schaut. Sie ist im gleichen Zeitraum um fast 4,9 Milliarden € gesunken.

Berücksichtigt man, dass für den kommunalen Steuerverbund 2008 rund 1,4 Milliarden € mehr als 2005 zur Verfügung gestellt werden, bedeutet das: Fast 90 % der für das Land disponiblen Steuermehreinnahmen sind in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung geflossen.

(Beifall von der CDU)

Das ist eine beachtliche Konsolidierungsleistung; sie ist beispiellos.

(Gisela Walsken [SPD]: Och!)

Sie ist nur deshalb gelungen, weil der Steueransatz im Haushaltsplan immer vorsichtig war und weil wir der Versuchung widerstanden haben, Mehreinnahmen bloß zu konsumieren. So haben es nämlich Rot und Rot-Grün in der Vergangenheit regelmäßig praktiziert.

(Beifall von der CDU – Wolfgang Jörg [SPD]:  
Wo sind eigentlich Ihre Leute? Es ist gar keiner da! – Unruhe)

Zwei Beispiele dafür:

Erstens. Zwischen 1990 und 1995 gab es Steuermehreinnahmen von fast 6,3 Milliarden €. Davon wurden 0 € zur Absenkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt. Stattdessen ist die Neuverschuldung

(Fortgesetzt Unruhe – Glocke)

um 877 Millionen € auf 3,1 Milliarden € angestiegen.

Zweitens. Zwischen 1995 und 2000 betrug die Steuermehreinnahmen rund 4,4 Milliarden €. Davon wurde zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung wiederum kein einziger Euro eingesetzt. Stattdessen ist die Neuverschuldung von 3,1 Milliarden € im Jahr 1995 auf über 3,5 Milliarden € im Jahr 2000 angestiegen. Schauen Sie sich Ihre Koalitionsvereinbarung von 1995 an! Darin stand, dass Sie 2000 0 € Verschuldung machen wollten. So haben Sie hier regiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie Fakten zu den Steuermehreinnahmen?)

Das ist rote und rot-grüne Verschuldungspolitik. Das sind Ihre Verschuldungsorgien, die Sie gefeiert haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Haushaltsentwurf für 2009 sind Steuereinnahmen in Höhe von 43,3 Milliarden € veranschlagt. Das ist ein Anstieg um 1,69 Milliarden € gegenüber dem zweiten Nachtragshaushalt 2008. Die Ansätze sind dabei realistisch kalkuliert. Diese Vorsicht hat sich in den letzten Jahren bewährt. In dem Ansatz sind im Übrigen die zu erwartenden Mindereinnahmen aus der Unternehmensteuerreform enthalten.

Insgesamt rechnen wir auch über den Haushalt 2009 hinaus bis 2012 – im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung – mit kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen. Sie werden aber im Vergleich zu den letzten Jahren moderat ansteigen. Prognostiziert ist ein Anstieg von 43,3 Milliarden € in 2009 auf 48,9 Milliarden € in 2012. Das entspricht einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 4,1 % pro Jahr. Dabei orientieren wir uns an den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung von Mai 2008.

Meine Damen und Herren, diese Prognosen der mittelfristigen Finanzplanung dürfen aber den Blick auf eines nicht verstellen: In den nächsten Dekaden kommt eine erhebliche Herausforderung auf uns zu: der demografische Wandel. Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung werden uns in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zwangsläufig beschäftigen. Wir werden die gesellschaftliche Veränderung in allen Politikfeldern zu spüren bekommen. Der demografische Wandel ist ein langfristiger gesellschaftlicher Veränderungsprozess, der sich nicht kurzfristig aufhalten lässt. Weniger, bunter, älter, so hat es ein Demografieforscher

kurz und prägnant auf den Punkt gebracht, wie sich unsere Gesellschaft entwickeln wird.

Nach den Prognosen kann das für die Bundesrepublik insgesamt bedeuten, dass bis 2050 quasi jährlich eine Großstadt von rund 200.000 Menschen verschwindet. Stellen Sie sich das vor: Mülheim, Leverkusen, Paderborn – das sind die Größenordnungen, mit denen man rechnen kann. Prognosen für Nordrhein-Westfalen rechnen für 2040 mit nur noch 16 statt 18 Millionen Einwohnern.

Die demografische Veränderung hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzpolitik. Dieser Tatsache müssen wir uns stellen. Haushalterisch werden wir bei den Einnahmen insbesondere zu spüren bekommen, dass die Zahl der Erwerbstätigen dramatisch sinken wird. Gleichzeitig steigt die Zahl der zu Versorgenden deutlich. Das dürfte Auswirkungen auf das Gesamtsteueraufkommen in Deutschland haben. Alle bekannten Simulationen gehen davon aus, dass die Steuereinnahmen nach 2020 deutlich langsamer zunehmen werden.

Eine Gesellschaft, die schrumpft und gleichzeitig immer älter wird, muss zwangsläufig mit steigenden Sozialausgaben rechnen. Die dadurch bedingten Mehrausgaben treffen zwar zunächst den Bund und nicht die Länder, aber die sozialsystembedingte Steigerung der impliziten Staatsverschuldung beim Bund wird sicherlich auch auf die Landeshaushalte durchschlagen. Dafür wird schon die bekanntermaßen kreative Bundespolitik sorgen.

Die Länder müssen sich aber auch auf erhebliche Mehrbelastungen für die Versorgung ihres Personals einstellen. Sie sind durch die Personalpolitik der Vergangenheit bestimmt. Einfluss darauf kann die gegenwärtige Politik nur bedingt nehmen. Bezogen auf Nordrhein-Westfalen kommt die aktuelle Modellrechnung Alterslast etwa zu folgendem Ergebnis: In 2007 belief sich die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf rund 152.000 Personen. Die Versorgungsausgaben lagen bei rund 4,5 Milliarden €. Für das Jahr 2030 gehen die Berechnungen von 252.000 Versorgungsempfängern aus. In Preisen von 2007 kalkuliert, bedeutet das für 2030 eine Belastung von 7,8 Milliarden € pro Jahr für die zu zahlenden Versorgungsbezüge. Dabei sind Besoldungserhöhungen für die Versorgungsempfänger noch nicht einmal berücksichtigt. Dann steigt die Zahl um Milliarden an.

Nicht zuletzt werden sich die Anforderungen an die konkrete Politik verändern. Das werden wir

ebenfalls auf der Ausgabenseite merken. So werden sich beispielsweise die Bedürfnisse bei der öffentlichen Infrastruktur wandeln. Es wird bei der Wohnraumversorgung neue Herausforderungen an den Markt geben, wie zum Beispiel vermehrt altersgerechte Wohnungen.

Auch im Bildungssektor werden sich die Anforderungen verändern. Es wird mehr Bedarf für höherwertige Bildungsangebote geben; denn die Arbeitsproduktivität wird steigen müssen. Darauf werden wir angewiesen sein, zumal die Anzahl der bildungsrelevanten Personen unter 30 Jahren zukünftig überproportional abnehmen wird. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von Fragen, die wir in der Zukunft beantworten müssen. Welche demografiebedingten Entlastungen müssen wir etwa im Bereich Schule belassen und welche in Richtung Hochschule umschichten? Wir werden uns fragen müssen: Brauchen wir Neuinvestitionen oder ist es wichtiger, auf Erhaltung und Modernisierung zu setzen? Wie setzen wir Personal effektiv und sinnvoll ein?

Das, meine Damen und Herren, skizziert einige der Herausforderungen, vor denen wir stehen und die zum Teil erhebliche Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben werden. Ich bin mir sicher, dass wir auf alle diese Fragen Antworten geben können. Wir haben diese Entwicklung jedenfalls jetzt schon im Blick und sorgen vor – auch mit dem Haushalt 2009.

Mit unserer Konsolidierungspolitik schaffen wir finanzielle Spielräume für die Zukunft. Unsere Politik der Vorsorge wird helfen, zukünftige Belastungen abzufedern. Und mit den Investitionen in Kinder, Jugend und Bildung schaffen wir Chancen für die Zukunft. Das ist nachhaltige Finanzpolitik.

Wir setzen daher konsequent den mit dem Haushalt des Jahres 2006 begonnenen Weg der Sanierung der Landesfinanzen fort, wenn auch nicht im gleichen, atemberaubenden Tempo. Aber die Nettoneuverschuldung wird 2009 weiter sinken. Eingepplant sind 1,67 Milliarden €.

Ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang daran erinnern, was ich im Jahr 2006 bei der Einbringung des ersten Sanierungshaushaltes dieser Landesregierung zu den nötigen Schritten ausgeführt habe.

(Zuruf von Michael Groschek [SPD])

Das Ziel der nachhaltigen Konsolidierung kann

angesichts der horrenden Verschuldung nicht sofort erreicht werden. Die dauerhafte Sanierung der Haushaltswirtschaft des Landes erfordert eine mittel- bis langfristige Perspektive.

Der Sanierungspfad, den wir beschreiten werden, hat deshalb drei Etappenziele:

Erstens. Spätestens bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis 2010, wollen wir wieder Haushalte aufstellen, die die Kreditverfassungsgrenze einhalten. Ich habe keine Zweifel, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Es ist auch mein persönliches Ziel.

So habe ich es damals ausgeführt. Ich habe weiter dargelegt:

Zweitens. Danach werden wir die Neuverschuldung schrittweise bis auf null zurückführen.

Drittens. Am Ende des Sanierungspfades schließlich muss der Eintritt in den Schuldenabbau stehen. Anders können wir eine dauerhafte Sanierung der Landesfinanzen nicht erreichen.

So weit das Zitat.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, können Sie sich noch daran erinnern, als wir – das war vor drei Jahren – den Schuldensumpf übernommen haben?

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Da saß der Karren noch so tief im Dreck, dass wir erst für 2010 mit einem verfassungsgemäßen Haushalt rechnen konnten.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat ihn denn trotz weiterer Steuereinnahmen weiter nach oben geschraubt?)

Dank der positiven konjunkturellen Entwicklung, aber auch dank einer konsequenten Sparpolitik konnten wir unser erstes Etappenziel schon 2007 erreichen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Haushalte sind auch vom Verfassungsgericht entsprechend gewürdigt worden!)

Sie, meine Damen und Herren, von der Opposition, würden das wahrscheinlich anders ausdrücken, nämlich: Plansoll übererfüllt.

(Beifall von CDU und FDP)

Angesichts der hohen Verschuldung durch die falsche Politik der Vergangenheit braucht die Sanierung weiterhin Zeit. Schulden machen ist relativ leicht, aber die Schäden zu beseitigen, ist schwierig. Es ist harte Arbeit, die sich aber jeden Tag lohnt, weil das Ziel richtig und wichtig ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen den Haushalt konsolidieren, weil die Haushaltsflexibilität und Gestaltungsmöglichkeiten selbst in wirtschaftlich guten Zeiten durch die Belastungen der Vergangenheit extrem eingeschränkt sind. So werden wir im kommenden Jahr 4,9 Milliarden € an Zinsen aufbringen müssen. Wir tragen eben noch viel zu viel Geld zu den Banken, das wir lieber in die Zukunft investieren würden.

(Beifall von CDU und FDP)

Zinsen sind Vergangenheitsbewältigung. Sie schränken uns jetzt ein. Ohne diese Vergangenheitslasten hätten wir einen Überschuss von 3,2 Milliarden €. Dieser würde ausreichen, um mit der Schuldentilgung zu beginnen. Das Erbe von Rot und Rot-Grün verhindert das.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen, meine Damen und Herren, den Haushalt aber auch konsolidieren, weil es einen Prozess der inneren Dynamik gibt. Diese automatischen Ausgabensteigerungen müssen wir kompensieren. Dynamische Faktoren sind die Personalausgaben, der kommunale Steuerverbund und die Zinsausgaben, auf deren Steigerung das Land kaum unmittelbaren Einfluss hat. Sie führen im nächsten Jahr zu einer Steigerung der Ausgaben von 2,8 %. Ohne diese Faktoren läge der Ausgabenzuwachs lediglich bei 0,7 %. Das zeigt, wie restriktiv die Landesregierung auf der Ausgaben-seite agiert.

Und schließlich müssen wir den Haushalt wegen der demografischen Entwicklung konsolidieren. Je schneller sich eine Abwärtsspirale dreht, desto schwieriger wird es, ihre Richtung zu ändern. Deswegen müssen wir jetzt damit beginnen, unseren Etat demografiefest zu machen, damit unsere Kinder Handlungsmöglichkeiten und zukünftige Generationen Gestaltungsmöglichkeiten haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine nachhaltige und tragfähige Finanzpolitik muss gerade deshalb Lasten für zukünftige Generationen im Blick haben und vorsorgen. Wir machen das zum Beispiel für Versorgungsausgaben in der Zukunft. So werden im Jahr 2009 der Versorgungsrücklage voraussichtlich insgesamt 181 Millionen € zugeführt. Im Hinblick auf die absehbaren Lasten in der Zukunft haben wir bereits im Jahr 2007 eine Sonderzuführung zur Rücklage in Höhe von 925 Millionen € vorgenommen. Seit der Einrichtung des Sondervermögens 1999 sind der Versorgungsrücklage damit gut 2,1 Milliarden € zugeführt worden. Zwei Drittel dieser Vorsorge, meine Damen

und Herren, haben wir in den letzten drei Jahren erbracht.

(Beifall von der CDU)

Rot-Grün hat es zwischen 1999 und dem 1. Juli 2005, also in sieben Jahren, gerade einmal geschafft, 700 Millionen € in der Versorgungsrücklage anzusparen.

Das zeigt: Diese Landesregierung investiert wie keine zuvor in die Abdeckung zukünftiger Risiken im Versorgungsbereich. Rot und Rot-Grün haben in der Vergangenheit nur die Hände in den Schoß gelegt. Sie wollten die Risiken der Zukunft nicht sehen. Erst als der Bund sie dazu gezwungen hat – das war 1999 –, ist das Land aktiv geworden.

Meine Damen und Herren, neben der Versorgungsrücklage besteht zudem der Versorgungsfonds des Landes. Er ist zur Finanzierung der zukünftigen Versorgungsleistungen für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter des Landes, die seit dem 1. Januar 2006 eingestellt werden, eingerichtet worden. Seit dem wird dem Sondervermögen für jeden Angehörigen des vorgenannten Personenkreises ein Betrag in Höhe von gut 500 € pro Monat zugeführt. In diesem Fonds werden bis Ende 2009 durch uns über 270 Millionen € angespart sein.

Schließlich haben wir für einen anderen Bereich ebenfalls ein Vorsorgeinstrument geschaffen: das Sondervermögen Risikoabschirmung WestLB. Hierfür haben wir im Jahr 2008 eine Zuführung in Höhe von 95 Millionen € und für 2009 noch einmal 25 Millionen € vorgesehen. Mit diesem Sondervermögen treffen wir Vorsorge für eine etwaige Inanspruchnahme aus der vom Land übernommenen Garantie in Sachen WestLB.

Die Einrichtung des Sondervermögens dient damit der Glättung möglicher Belastungen des Landeshaushaltes in zeitlicher und betragsmäßiger Hinsicht. Mit anderen Worten: Auch hier lassen wir die Dinge nicht einfach auf uns zukommen, sondern sorgen vor, um mögliche Belastungen in der Zukunft zu minimieren.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Unsere Haushalts- und Finanzpolitik ist von Weitsicht geprägt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist etwas, was man am Niederrhein lernen kann. Bei uns ist die Landschaft flach und der Horizont weit.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Da kann man auch weiter entfernte Ziele gut im Auge behalten. Und man lernt: Solche Ziele sind mit Beharrlichkeit gut zu erreichen. Dies ist auch der Grund, warum ich mich in der Föderalismuskommission so eindeutig für die Einführung eines Verschuldungsverbots einsetze. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir brauchen deshalb auch für etwaige Schieflagen ein Frühwarnsystem.

Ich hoffe, dass es zu solchen Regelungen kommen wird. Denn damit schreiben wir Nachhaltigkeit wirklich fest. Dann wird die Politik gezwungen, mögliche Belastungen für künftige Generationen im Blick zu haben. Wir praktizieren das bereits jetzt.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Politik die richtigen Schwerpunkte setzt. Dazu gehören auch die Investitionen in Kinder, Jugend und Bildung. Sie sind gut für die Zukunft NRW.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt das Land die Kommunen bei der Schaffung und Unterhaltung neuer Betreuungsplätze für unter Dreijährige. So wurde seit dem Regierungswechsel bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2008/2009 die Zahl der geförderten Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen und Tagespflege mehr als verfünffacht. Sie stieg von 11.000 auf 58.750. Im Jahr 2013 sollen 144.000 Plätze zur Verfügung stehen. Die Betreuungsquote wird damit von 2,8 % im Jahre 2005, also am Ende Ihrer Regierungszeit, auf 32 % im Jahre 2013 angehoben.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem Kinderbildungsgesetz sollen darüber hinaus bis 2012 rund 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ausgebaut werden. Im Endausbau werden dafür jährlich zusätzlich 36 Millionen € bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, insgesamt steigen die Ausgaben für die KiBiz im Jahre 2009 um 110,7 Millionen €. Im Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2012 gibt das Land im Vergleich zu 2008 insgesamt 596,8 Millionen € mehr für diesen Bereich aus.

(Beifall von CDU und FDP)

Noch nie, meine Damen und Herren, hat eine Landesregierung so viel Geld für die Betreuung unserer Kinder zur Verfügung gestellt. Es ist gut angelegtes Geld, Geld für die Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch im Schulbereich investieren wir massiv. Die Unterrichtsversorgung und die individuelle Förde-

rung werden verbessert. Das Ganztagsangebot soll weiter ausgebaut werden. Hierfür werden wir bis zum Schuljahr 2009/2010 6.915 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Von diesen entfallen 6.624 auf öffentliche Schulen. Die privaten Ersatzschulen erhalten für die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte Finanzmittel im Wert von 291 Stellen. Flankierend wurden zusätzliche Investitionsmitteln für den Ausbau der Ganztagsrealschulen und Gymnasien eingeplant.

Die Stärkung der individuellen Förderung und die Qualitätsverbesserung des Unterrichts stehen auch im Zentrum der Reform der Lehrerbildung. In Zukunft soll die Ausbildung für alle Lehrämter sechs Jahre dauern. Sie wird praxisorientierter gestaltet und fachlich sowie pädagogisch den speziellen Anforderungen der jeweiligen Schulform angepasst. Für die erwarteten Mehrkosten wurden im Finanzplanungszeitraum 61 Millionen € veranschlagt.

Meine Damen und Herren, insgesamt steigt der Schuletat im Haushalt 2009 gegenüber 2008 um 699,5 Millionen €. Im Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2012 sind es insgesamt 1,7 Milliarden €. Dies alles, meine Damen und Herren, ist eine Politik für neue Chancen, eine Politik, die in die Zukunft investiert. Das ist unsere Politik von Konsolidieren, Modernisieren und Investieren.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Abschließend komme ich noch zu einigen weiteren Eckdaten des Landeshaushalts 2009. Der Landeshaushalt für das kommende Jahr sieht Gesamtausgaben in Höhe von 52,7 Milliarden € vor. Gegenüber 2008 einschließlich des zweiten Nachtragshaushalts steigen die Ausgaben damit um 2,8 %. Zur Finanzierung der Gesamtausgaben ist eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,67 Milliarden € nach wie vor notwendig. Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich die Nettoneuverschuldung somit um 6,1 %.

Die Steuereinnahmen sind für 2009 mit 43,3 Milliarden € eingeplant. Hierbei sind die Mindereinnahmen durch die Unternehmensteuerreform in Höhe von rund 800 Millionen € bereits berücksichtigt. Das ist viel Geld. Aber die Unternehmensteuerreform ist gut angelegtes Geld, weil es eine Investition in den Wirtschaftsstandort Deutschland ist. Die übrigen Einnahmen belaufen sich auf 7,5 Milliarden €.

Für Investitionen, meine Damen und Herren, stehen im Haushalt 4,9 Milliarden € bereit. Zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 1,2 %. Die Investitionsquote beträgt damit 9,3 %. Hieran müssen

und werden wir arbeiten. Es ging und geht eben nicht alles auf einmal.

(Zustimmung von der CDU)

Für Zinsen werden wir im Jahr 2009 voraussichtlich 4,9 Milliarden € und damit rund 100 Millionen € mehr als 2008 bezahlen müssen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer mehr Schulden hat, muss mehr Zinsen bezahlen!)

Die Zinslastquote, also der Anteil der Zinsen am Gesamthaushalt, beträgt 9,4 %, die Zinssteuerquote, also der Anteil der Zinsen an den Steuereinnahmen, 11,4 %. Diese beiden Quoten zeigen schon, wie stark die Haushaltsspielräume durch die Verschuldungspolitik von Rot-Grün eingeschränkt sind.

Für Personalausgaben sind 20,5 Milliarden € etatisiert. Das sind 1,2 Milliarden € oder 5,9 % mehr als in 2008. Sie wissen also, wo der größte Teil der Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,7 Milliarden € bleibt. Diese Steigerung liegt auch daran, dass sich die Besoldungserhöhung um 2,9 % zum 1. Juli 2008 als Basiseffekt in 2009 erstmals voll auswirken wird. Hinzu kommt, dass allein für die Versorgungsausgaben und die Beihilfen Mehrausgaben in Höhe von 485 Millionen € veranschlagt mussten. Die Personalausgabenquote, also der Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt, liegt bei 38,9 %, die Personalsteuerquote bei 47,2 %.

Die Zahl der Stellen im Landeshaushalt wird auch im kommenden Jahr weiter reduziert werden. Gegenüber 2008 sinkt die Stellenzahl im Landeshaushalt um insgesamt 3.397 auf 284.564 Stellen,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Aber nicht beim Ministerpräsidenten!)

obwohl die Landesregierung zum Schuljahresbeginn 2009/2010 1.831 neue Lehrerstellen schafft. Die Stellensituation seit Regierungsübernahme stellt sich damit wie folgt dar: Mit dem Haushaltsplanentwurf 2009 werden gegenüber 2005 12.664 Stellen abgebaut. Hinzu kommen noch einmal 2.500 Stellenabgänge im Haushaltsvollzug 2009 und 2010. Am Ende der Legislaturperiode wird diese Landesregierung somit rund 15.000 Stellen abgebaut haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Rechnet man die neu entstehenden Stellen aufgrund der politischen Schwerpunktsetzungen dagegen, liegt der Saldo des Stellenabbaus bei rund 4.800 Stellen zum Jahresende 2009.

Die an die Kommunen verteilbare Finanzausgleichsmasse wird für 2009 mit 7,73 Milliarden € angesetzt. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 2,1 %; das sind 160 Millionen €. Insgesamt werden den Kommunen im Landeshaushalt rund 14 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Dies entspricht einem Anteil am Landeshaushalt von rund 27 %.

Meine Damen und Herren, der Landeshaushaltsentwurf 2009 reiht sich in die Linie unserer Politik seit dem Regierungswechsel ein: Konsolidieren, Modernisieren und Investieren sind die Schlüssel für eine solide, zukunftsgerichtete und generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik. Nordrhein-Westfalen kann sich mit den Erfolgen der letzten drei Jahre sehen lassen. Auch im Vergleich zu anderen Ländern steht unser Land bei der Haushaltsentwicklung gut – ja, ich möchte sagen: sehr gut – da.

(Michael Groschek [SPD]: Wie bei der Schulentwicklung!)

Dies zeigt der Blick auf die Zahlen der Jahre 2005 bis 2008. Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer hat Nordrhein-Westfalen seit dem Regierungswechsel deutlich stärker konsolidiert und den größten Fortschritt bei der Haushaltskonsolidierung gemacht.

(Michael Groschek [SPD]: Das sieht Herr Papke auch so!)

Das Finanzierungsdefizit des Landes hat sich von 2005 bis 2008 um 272 € je Einwohner reduziert. Unter den westdeutschen Flächenländern ohne Nordrhein-Westfalen beträgt die Differenz weniger als die Hälfte, nämlich 125 €. Auch dies zeigt: Unser Kurs ist der richtige für Nordrhein-Westfalen. Unser Ziel heißt: schwarze Null. Diese muss in der nächsten Legislaturperiode so früh wie möglich gelingen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir betreiben Konsolidierung nicht mit Effekthascherei.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Einmalige Effekte, wie es schon mal in anderen Haushalten zu sehen ist, bringen nichts. Uns geht es um den strukturellen Haushaltsausgleich. Ich bin für die Signale aus den Regierungsfractionen dankbar, dass wir dies gemeinsam meistern werden. So werden wir solide Landesfinanzen erreichen. Darum setzen wir auch auf vorsichtige, aber realistische Schätzungen auf der Einnahmenseite. Mondzahlen haben wir in diesem Lande lange genug gehabt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich lege dem Parlament den Haushaltsentwurf 2009 mit Zuversicht vor. Es ist ein weiterer Schritt auf unserem Sanierungspfad. Ich bin gespannt, wie sich die Opposition diesmal einlassen wird. Gleichzeitig zu sagen „Ihr spart das Land kaputt“ und „Ihr konsolidiert zu wenig“, das hat schon schizophrene Züge.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer schnellere Konsolidierung will, der muss auch sagen, wie.

(Zuruf von der SPD: Papke!)

Weniger Geld für Bildung – nicht mit uns. Weitere Abstriche bei den Beamtenegehältern – nicht mit uns.

(Zuruf von der SPD: Wollen wir doch gar nicht!)

Weniger Geld für Hochschulen – nicht mit uns. Weniger Geld für Kinderbetreuung – nicht mit uns. Wir, meine Damen und Herren, gehen einen anderen Weg. Wir investieren und schaffen trotzdem Schritt für Schritt den Abbau der Nettoneuverschuldung. Dafür steht auch der Haushaltsentwurf 2009.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Linssen. – Es spricht jetzt für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf.

**Dr. Ingo Wolf, Innenminister:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte sehr gerne an das anschließen, was Kollege Linssen gerade zu den Kommunalfinzen vorgetragen hat, und die gute Botschaft wiederholen, dass wir mit 7,7 Milliarden € den höchsten Stand der Zuweisungen an die kommunale Familie haben. Zum Vergleich: Im Jahre 2005 war es 1 Milliarde € weniger. Deswegen ist die oppositionelle Klage, die Kommunen würden schlecht behandelt, schon an der Stelle widerlegt.

Wir geben das weiter, was wir versprochen haben: Die 23 % wie in früheren Zeiten sind auch in der schwierigen Konsolidierungssituation gehalten worden. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Auch die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen haben sich deutlich erhöht. Im Jahre 2005 waren es netto 6,5 Milliarden € und im Jahre 2007 8,5 Milliarden €. Das ist ein beachtlicher Aufwuchs.

Meine Damen und Herren, wir haben bei der Systemumstellung 2006 die Transparenz deutlich erhöht. Das halte ich für sehr wichtig. Durch die Überführung der Zweckzuweisungen in den Landeshaushalt ist klar geworden, in welchen konkreten Projekten die Förderung zu erfolgen hat, nämlich im Landeshaushalt. Wir haben 86 % im Gemeindefinanzierungsgesetz frei verfügbar gemacht. Das zeigt unseren Beitrag und unsere Anerkennung für die kommunale Selbstverantwortung.

Wir haben nicht nur durch die Beibehaltung der 23 %, sondern auch durch die Schaffung eines aktuellen Referenzzeitraums Verlässlichkeit eingeführt. Die Kommunen bekommen zeitnah ihren Anteil an den Ist-Steureinnahmen, indem wir beispielsweise für das Jahr 2009 den Zeitraum bis zum 30. September 2008, also das letzte Quartal aus dem vergangenen Jahr und die ersten drei Quartale aus diesem Jahr, zugrunde legen. Damit wird für die Kommunen zeitnah das ausgekehrt, was sich als wirtschaftlicher Erfolg in den Steuereinnahmen niederschlägt.

Damit sind auch die Kardinalfehler der Vergangenheit abgestellt. Kreditierungen, Abrechnungen, alle diese Monster aus Zeiten von Rot-Grün konnten an dieser Stelle entfallen. Ich glaube, das ist in den Kommunen sehr gut angekommen.

Zudem ist dadurch die Planbarkeit erheblich erhöht. Die erste Modellrechnung für die Zuweisungen nach dem GFG 2009 sind seit heute den Kommunen und dem Landtag zur Verfügung gestellt, sodass in jeder Kommune nachgeschaut werden kann, was am Ende herauskommt, wobei wir natürlich im Rahmen der Haushaltsberatungen noch die aktuellen Zahlen zum 30. September 2008 mit einpreisen. Bei der Verabschiedung des Haushaltsplans haben wir also eine ganz zeitnahe Berechnung der Zuweisungen an die Kommunen.

Meine Damen und Herren, wir haben – das ist erfreulich – einen deutlichen Rückgang der Haushaltssicherungs- und Nothaushaltskommunen festzustellen. Im Jahre 2005 betrug die Anzahl der Kommunen, die sich in diesem Stadium befanden, 198. Der aktuelle Stand im Jahre 2008 ist 129. Das ist sicherlich auch ein Erfolg aufgrund der Steuermehreinnahmen und das eine oder andere Mal auch eine Folge des NKF. Es hat sich gezeigt, dass wir besser geworden sind, wenngleich wir immer noch eine Grundlast von hartnäckigen Haushaltsdefiziten in einigen Kommunen haben, die uns natürlich besorgt und eine weitere Konsolidierung notwendig macht.

Das Thema Einheitslasten, sogenanntes Lenk-Gutachten, werden wir ebenso wie das Thema ifo-Gutachten mit Gründlichkeit vor Schnelligkeit analysieren sowie mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Hohen Haus diskutieren. Wir haben eine Kommission für ifo gestartet und sind beim Lenk-Gutachten mit den kommunalen Spitzenverbänden im zielführenden Gespräch.

Meine Damen und Herren, als Kommunalminister will ich sehr deutlich sagen: Die Kommunalfinanzen sind nicht überall rosig – weiß Gott nicht –, aber es gibt einen Lichtstreif am Horizont. Der Anstieg der Kassenkredite konnte erstmals gebremst werden. Trotzdem muss weiterhin konsolidiert werden, genau so wie wir das im Landeshaushalt tun.

Die demografischen Herausforderungen – ich möchte das unterstreichen, was Herr Linssen gesagt hat – machen auch vor den Kommunen nicht halt. All das, was wir im Bund und in den Ländern feststellen, ist natürlich auch ein Problem der Kommunen. Deswegen müssen in den verschiedenen Politikfeldern die Weichen für die Zukunft sorgfältig gestellt werden.

Für den Landeshaushalt 2009 stelle ich fest: Wir haben Wort gehalten. Wir haben weiterhin Zuweisungen an die Kommunen in Höhe von 23 % und die höchste GFG-Zuweisung in der Geschichte dieses Landes. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Wir sind damit am Ende der Einbringung und kommen wie vereinbart zur Aussprache. Zuerst erteile ich der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Frau Kollegin Kraft, das Wort.

**Hannelore Kraft (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister – ich hoffe, er ist noch da –,

(Minister Armin Laschet: Er ist noch im Amt!)

Sie haben in Ihren Reden ...

(Minister Dr. Helmut Linssen kommt zusammen mit Dr. Gerhard Papke [FDP] aus dem hinteren Bereich des Plenarsaals nach vorne und geht zu seinem Platz. – Rainer Schmelzer [SPD]: Er musste einmal mit Herrn Papke reden! Er hat ihm das noch einmal erklärt!)

– Da ist er ja; mit Herrn Papke zusammen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zurufe –  
Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich habe gedacht,  
ich komme gleich mit, Frau Kollegin!)

– Herr Kollege Papke, dass Sie mir auch zuhören,  
ist aller Ehren wert.

Herr Finanzminister, Sie haben in Ihrer heutigen  
Rede – ich darf auch anmerken, dass Sie schon  
einmal enthusiastischer klangen als heute – viele  
Details über Ihren Haushaltsentwurf 2009 preis-  
gegeben. Die Menschen in diesem Land interes-  
siert aber vor allem die große Linie der Haus-  
haltspolitik von CDU und FDP. Wenn man sich  
daran erinnert, was Sie vor und nach der Land-  
tagswahl 2005 versprochen haben,

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt wird es peinlich!)

dann stellt man fest: Sie scheitern mit diesem  
Haushaltsentwurf an Ihren eigenen Versprechun-  
gen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Halten wir uns doch einmal an die groben Zahlen.  
2005 lagen die realen Steuereinnahmen des Lan-  
des bei 34,7 Milliarden € Für 2009 haben Sie jetzt  
43,32 Milliarden € angesetzt. Das entspricht einer  
Steigerung von ziemlich genau 25 %. Ich wieder-  
hole das zum Mitschreiben: Das Land nimmt 2009  
im Vergleich zu 2005, dem Höhepunkt der wirt-  
schaftlichen Krise, ein Viertel mehr Steuern ein.

Herr Minister, Sie hätten in Ihrer Rede heute den  
Menschen in diesem Land Rechenschaft ablegen  
können und ablegen müssen. Sie hätten darlegen  
müssen, was Sie mit dieser hervorragenden  
Haushaltslage gemacht haben.

(Ralf Jäger [SPD]: Gar nichts!)

Sie hätten sagen können und müssen, was aus  
Ihren Versprechungen zum Schuldenabbau und  
zur Konsolidierung geworden ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das haben Sie hier versäumt, Herr Minister. Ich  
stelle fest: Die Rechenschaft bleiben Sie schuldig –  
aus gutem Grund. Sonst wäre für alle deutlich ge-  
worden, dass Sie mit Ihren Zielen gescheitert sind.

Wir erinnern uns: Sie sind mit dem Versprechen  
angetreten, die Verschuldung des Landes abzu-  
bauen.

(Hendrik Wüst [CDU]: Sie haben sie 30 Jah-  
re lang aufgebaut!)

Die Realität ist: Trotz 25 % mehr Steuereinnah-  
men gegenüber 2005 wächst die Verschuldung  
des Landes weiter – bis zum Ende des kommen-

den Jahres auf einen Rekordwert von 120,5 Milli-  
arden €. Herr Finanzminister, auf Ihr Konto gehen  
davon allein 13,7 Milliarden € neue Schulden,

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

die das Land seit Juli 2005 gemacht hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In 2009 gilt, meine Damen und Herren: Trotz kräf-  
tig sprudelnder Steuermehreinnahmen – der Fi-  
nanzminister kalkuliert allein für dieses Jahr ein  
Plus von 1,7 Milliarden € – soll die Neuverschul-  
dung lediglich um 110 Millionen € sinken.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist der eiserne Hel-  
mut!)

– Der eiserne Helmut. – Das bedeutet, dass Sie  
nur noch 6,5 % der zusätzlichen Steuereinnah-  
men in den Abbau der Neuverschuldung stecken.  
Ich stelle fest: Versprochen – gebrochen.

(Beifall von der SPD)

Versprochen war, alle Steuermehreinnahmen in  
den Abbau der Verschuldung zu stecken.

(Widerspruch von der CDU)

Fakt ist: Sie legen einen Haushalt vor, der 1,668  
Milliarden € Nettoneuverschuldung ausweist. –  
Das sind Daten und Fakten, Herr Finanzminister!

(Beifall von der SPD)

Ich kann es auch anders formulieren – Ihre Kör-  
persprache hat das unterstützt –: Ihnen geht bei  
der Neuverschuldung die Puste aus. – Das ist die  
Realität.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie sind an Ihren eigenen  
Ansprüchen gescheitert – aber nicht nur an Ihren  
eigenen Ansprüchen, sondern auch an den An-  
sprüchen der Regierungsfraktion der FDP. Herr  
Kollege Papke, Sie haben ja recht. Jeder in die-  
sem Hohen Haus weiß das auch. Diese Landes-  
regierung spart nicht. Der Ministerpräsident spart  
nicht. Der Finanzminister spart nicht. Da haben  
Sie völlig recht.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Sie es auch  
nicht besser können. Sie sind doch seit 2005  
Fraktionsvorsitzender einer regierungstragenden  
Fraktion. Sie haben jeden einzelnen Haushalt die-  
ser Landesregierung mit allen Ihren Stimmen mit  
beschlossen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ja!)

Bis heute haben Sie – ich habe nachgesehen –  
keinen einzigen substanziellen Vorschlag ge-

macht, wo denn mehr gespart werden soll. Oder habe ich da irgendetwas verpasst, Herr Papke?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt versuchen Sie mit großen Gesten und Worten, von Ihrer eigenen politischen Kraftlosigkeit abzulenken. Sie schlagen sich in die Büsche und erklären offen im Namen Ihrer Fraktion nur, der Finanzminister sei politisch gescheitert. Er habe nicht mehr das Vertrauen der FDP, konnte ich lesen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wann habe ich das denn gesagt?)

– Herr Kollege, Sie können das ja gleich richtigstellen. Ich bin, ehrlich gesagt, sowieso auf Ihre Rede gespannt.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Darauf sind wir alle gespannt!)

Herr Kollege Papke, nachdem der Streit innerhalb der FDP offensichtlich geworden ist, haben Sie gestern eine interessante Pressekonferenz gegeben. Dort haben Sie gesagt, wir bräuchten jetzt strukturelle Veränderungen im Haushalt, und diese würden Sie jetzt herbeiführen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wann habe ich denn das gesagt, was Sie davor vorgetragen haben?)

Das blieb ja wieder sehr unkonkret.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Auf Anordnung des Ministerpräsidenten! – Gisela Walsken [SPD]: Auf Weisung!)

In Ihrer Rede können Sie ja gleich beweisen, dass Sie es ernst meinen. Am besten legen Sie uns direkt einen Katalog mit solchen Vorschlägen vor. Bisher blasen Sie nur die Backen auf, ohne zu pfeifen, Herr Kollege Papke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich freue mich auf Ihre Rede. Wie ich Sie kenne, werden Sie sich aber wahrscheinlich zur Ablenkung von Ihren eigenen Defiziten ausschließlich mit der Lage der SPD beschäftigen

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das kann schon sein! Das kann schon passieren!)

statt mit Ihrer Rolle als – wie haben Sie das gestern genannt? – Motor der Erneuerung dieser Regierungskoalition.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Da sind wir noch sehr gespannt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was sind denn Ihre Sparvorschläge?)

– Wir sind im Haushaltsverfahren. Die kommen alle. Ich nenne Ihnen einmal ein paar.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ja, bitte!)

Was haben wir denn da? Beispielsweise können wir die von Ihnen eingeführten 72 zusätzlichen Stellen – Sie erinnern sich: goldene Fallschirme – sofort einsparen. In 30 Jahren sind das 200 Millionen €. Ich kann Ihnen genau sagen, was ich damit machen würde: Diese Mittel in den Bereich Bildung und Betreuung zu stecken und dort die richtigen Signale zu setzen, wäre der richtige Weg.

(Beifall von der SPD)

Oder nehmen wir, Herr Kollege Papke, der Sie es so genau wissen wollen, einmal das Beispiel WestLB. Dort sind – der Finanzminister wird es bestätigen können – schon die ersten 21 Millionen € für den Risikoschirm geflossen. Mit 21 Millionen € könnte man locker die Kürzungen im Weiterbildungsbereich in Höhe von 13 Millionen € rückgängig machen. Das wäre doch einmal sinnvoll.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich könnte die Liste fortführen. In den weiteren Haushaltsberatungen werden wir das auch tun.

Beispielhaft zu nennen ist auch der Flughafen Münster/Osnabrück. Dort legen Sie noch einmal Geld drauf, obwohl wir doch eigentlich viel zu viele Flughäfen haben, die sich untereinander Konkurrenz machen. Sie aber geben noch einmal 6,46 Millionen € – Herr Kollege, warten Sie es ab, Sie werden von uns alle die Vorschläge bekommen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Tolle Vorschläge! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Auf die WestLB komme ich noch. – Herr Kollege Papke, Sie brüsten sich immer mit Ihrer Wirtschaftskompetenz. Vielleicht sollten Sie auch einmal etwas zur Quote der eigenfinanzierten Investitionen sagen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, das ist spannend!)

Die fahren Sie in der mittelfristigen Finanzplanung von 7,1 % – das sind nur 3,7 Milliarden € – sogar auf 6,4 % im Jahr 2012 herunter. Meine Damen und Herren, an der Stelle müsste umgesteuert werden, mehr in die investiven und weniger in die

konsumtiven Ausgaben. Herr Kollege Papke, das haben Sie uns doch früher immer vorgehalten. Jetzt können Sie uns zeigen, wie es geht.

(Beifall von der SPD)

Gerade jetzt wäre es nötig und wichtig. Sie wollen doch die Konjunktur unterstützen. Das ist doch die neue Marschroute des Ministerpräsidenten. Warten wir einmal auf Ihre Vorschläge. Bisher habe ich nichts von Ihnen gehört. Auch dem Haushalt ist nichts zu entnehmen.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, apropos „Anti-Rezessions-Programm“, das Sie sich doch auf die Fahnen geschrieben haben: Statt im Landeshaushalt umzusteuern, verkünden Sie ein Anti-Rezessions-Programm, bei dem Sie die politische Verantwortung vor allem nach Brüssel und Berlin delegieren. So stand es denn auch am Tag nach Ihrer Pressekonferenz in der Zeitung zu lesen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Lesen kann er auch nicht!)

Ich zitiere den „General-Anzeiger“, der in einer Überschrift urteilt: Aufträge an Steinbrück, Brüssel und die OECD. – Die „Neue Westfälische“ schreibt: Im Westen nichts Neues. – Meine Damen und Herren, das stimmt.

(Beifall von der SPD)

Aber in Wahrheit ist es noch schlimmer. Denn es ist nicht nur billig, etwas auf andere abzuschieben, sondern es ist auch noch schädlich. Denn jeder, der etwas von Wirtschaft versteht, weiß, dass es gefährlich ist, eine wirtschaftliche Krise herbeizureden. Kenner wissen, dass Wirtschaft mindestens zu 50 % von Psychologie abhängt. Da haben Sie ihr großen Schaden zugefügt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Sie haben diese Botschaft in den letzten Tagen über mehrere Kanäle verbreitet. Ich habe alles sehr aufmerksam gelesen. Wie bei der Kollegin Sommer erschließt sich der Sinn mancher Ihrer Ausführungen nicht beim ersten Lesen. Aber wir haben ja die Presseschau, in der wir es noch einmal genau nachlesen können.

Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich aus Ihrem Interview im „Morgen-Echo“ auf WDR 5 vom 18. August zitieren: Wir wissen ja noch nicht, ob es eine Rezession gibt. Ich glaube übrigens nicht daran, dass es eine Rezession gibt.

Auf die Frage, warum Sie dennoch ein Programm fordern, antworten Sie im weiteren Verlauf: Es soll

verhindern, dass wir in eine Rezession hineinrutschen. Das Problem bei diesen Konjunkturabläufen ist, dass es teilweise sich selbst verstärkende Effekte gibt. Meine Aussage, dass ich nicht an eine Rezession glaube, hat damit zu tun, dass die Grunddaten der Wirtschaft sich ja weltweit nicht verändert haben.

Was denn nun? Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie unverändert eine gute Wirtschaftslage erwarten oder eine Rezession befürchten. Sie müssen sich schon entscheiden, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es kommt noch besser: Während Sie ein Anti-Rezessions-Programm fordern, habe ich noch einmal in die mittelfristige Finanzplanung geschaut, Herr Finanzminister. Sie sehen es sehr optimistisch. Jedes Jahr rechnen Sie mit deutlich steigenden Steuereinnahmen, und zwar pro Jahr bis 2012 mit durchschnittlich 4,1 % mehr Steuern. Der Finanzminister rechnet offensichtlich mit lang anhaltendem, stabilem wirtschaftlichem Aufschwung, Sie malen eine Rezession an die Wand. Stimmen Sie sich eigentlich im Kabinett irgendwann auch einmal ab?

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie sich nicht zwischen Rezession und Doch-Nicht-Rezession entscheiden können, könnte die Stimmung nach Ihrem Empfinden besser sein. Deshalb fänden Sie es auch – ich zitiere weiter wörtlich – ungeheuer befreiend, wenn man sich jetzt in der Großen Koalition auf ein gemeinsames Paket einigen könnte.

Herr Ministerpräsident, wie soll dieses Paket denn aussehen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Groß!)

Im Interview erfahren wir davon nichts. Dort geht es darum – ich zitiere –, dass Sie es ablehnen, ein Geld für irgendwelche Sachen auszugeben.

Das heißt, dass Sie auch die Vorschläge des DGB in Nordrhein-Westfalen für ein Konjunkturprogramm ablehnen. Statt dessen schlagen Sie drei Punkte vor, mit denen Sie offensichtlich kurzfristig die Stimmung verbessern wollen, damit wir nicht in die Rezession hineinrutschen:

Erstens eine preisgünstige, sichere, nachhaltige Energieversorgung.

(Gisela Walsken [SPD]: Wow! Das bringt uns nach vorne!)

Zweitens ein nationales Rohstoffkonzept und drittens die Bekämpfung des Ingenieurmangels. So weit Ihr Programm oder, wie Sie es selbst etwas zurückhaltender formulieren: Das wären da so drei konkrete Punkte.

Allerdings fügen Sie vorsichtshalber gleich hinzu: Das hat – das weiß ich auch – nicht die Folge, dass innerhalb von drei Tagen die Konjunktur anspringt.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Für die kurzfristige Wirkung kommen noch zwei Vorschläge hinzu, nämlich die Abzugsfähigkeit von Spesenquittungen und die Wiedereinführung der Abzugsfähigkeit von Steuerberatungskosten. Meine Damen und Herren, das wird gewaltige konjunkturelle Effekte bringen. Darin sind wir uns alle sicher.

(Lachen und Beifall von SPD und GRÜNEN  
– Michael Groschek [SPD]: Zusage!)

Deshalb hat der Kollege Lindner es auch auf den Punkt gebracht: Diese Vorschläge des Ministerpräsidenten sind allenfalls niedlich.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Pressekonferenz keine einzige landespolitische Initiative von Bedeutung angekündigt. Statt dieses Landes zu regieren, flüchten Sie in die Bundes- und Europapolitik. Sie sind in eine Art Schockstarre verfallen. Vor lauter Angst, vor den anstehenden Wahlen noch mehr falsch zu machen, tun Sie vorsichtshalber gar nichts mehr. Sie würden das Chaos, das wir in den einzelnen Teilen des Landes feststellen können, ja noch weiter vergrößern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schlimmer noch: Da, wo es lichterloh brennt, wie etwa in der Schulpolitik und bei der WestLB, schieben Sie mal eben die Verantwortung auf andere ab!

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Bei uns hätten Sie das, was jetzt im Schulbereich stattfindet, „Kommissionitis“ genannt.

Was Sie betreiben, ist aus meiner Sicht überhaupt keine Politik mehr. Das ist Politikverweigerung, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eigentlich sollten Sie als Ministerpräsident die Richtung vorgeben, politische Impulse bieten. Das tun Sie offensichtlich nicht. Auch deshalb geht es in

der Koalition und in der Landesregierung drunter und drüber. Herr Kollege Papke schießt aus vollen Rohren gleich gegen zwei Minister und den Ministerpräsidenten. Sie, die CDU und die FDP – ich darf doch auch da an Ihr Versprechen erinnern –, wollten doch eine Koalition der Harmonie sein.

(Gisela Walsken [SPD]: Oi!)

Was ist denn davon noch übrig geblieben? Herr Kollege Papke wirft dem Ministerpräsidenten vor, dass er – ich zitiere – mit überzogenen kritischen Äußerungen, ja mit fundamentaler Kapitalismuskritik

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft schwächt.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Herr Kollege Wüst nennt das eine Lümmelei.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig zitiert!)

Meine Damen und Herren, prima Klima in der Koalition!

(Zurufe von der CDU)

Wir sind beeindruckt von dem Klima in der Koalition. Hier beginnt der Begriff Klimawandel eine völlig neue Bedeutung zu bekommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie bei diesem Klimawandel einmal über eine flächendeckende Klimazone über die einzelnen Fraktionen hinweg nachdenken. Das führt vielleicht zu einer Absenkung der Überhitzung der Atmosphäre. Vielleicht wäre das der richtige Ansatz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Oh, ist das schön!)

Meine Damen und Herren, kommen wir zurück zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten.

Ingenieurmangel bekämpfen, Herr Ministerpräsident! – Ja, das wäre der richtige Weg. Der erste Schritt wäre allerdings, die eigene Politik zu verändern. Denn Sie produzieren mit Ihrer Politik den Fachkräftemangel von morgen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Das ist die Realität Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch hier hatten Sie etwas ganz anderes versprochen.

Kommen wir zum Faktencheck Bildung.

Erstens. Sie wollten die Studierendenquote anheben. Das war Ihr Ziel. Stattdessen haben Sie sie – wie wir es vorhergesagt haben – mit der Einführung der Studiengebühren drastisch nach unten gedrückt.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Doch.

Damit einmal klar wird, worüber wir reden: absolute Zahlen der Studienberechtigten, Entwicklung der Studienberechtigten in Nordrhein-Westfalen. 2003 lagen wir bei 94.000, 2005 bei 104.000; heute liegen wir bei 110.761. Das sind diejenigen, die berechtigt wären, ein Studium zu beginnen. Die Frage ist aber: Wer davon fängt tatsächlich ein Studium an, und zwar von den Studienberechtigten aus Nordrhein-Westfalen? Diese Zahl sinkt, weil Sie die Studiengebühren eingeführt haben.

(Beifall von der SPD – Marc Jan Eumann [SPD]: Genau!)

Die sogenannte Studienanfängerquote, also die Zahl der Studienanfänger je Jahrgang, sank in NRW von 2005 auf 2006 von 33,9 auf 31,6 %.

(Zuruf von der SPD: Genau so ist es!)

Das heißt, bei einer steigenden Demografie sinkt die Anfängerquote. Die Schere geht auseinander. Das ist die Produktion von Fachkräftemangel von morgen, Herr Minister.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Ich kann Ihnen die Zahlen gerne zur Verfügung stellen. Die Zahlen kann ich Ihnen gerne geben. Das sind die Zugangsberechtigten.

(Ralf Jäger [SPD]: Note 6, setzen!)

Zweitens. Sie haben eine Unterrichtsgarantie versprochen. – In Wahrheit fallen nach Ihren eigenen Angaben jedes Jahr weiterhin 2,7 Millionen Unterrichtsstunden aus, und in diesem Jahr sind es wegen der Kopfnoten noch einmal 1 Million mehr.

Dazu kommt noch eins: Sie zählen nach wie vor die Stunden nicht als ausgefallen, in denen die Kinder sogenannten eigenverantwortlichen Unterricht erhalten.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Die sitzen im Klassenraum, kein Lehrer dabei, und kriegen eine Aufgabe.

(Gisela Walsken [SPD]: Sehr richtig!)

Für mich ist das organisierte Selbstbespaßung, aber kein Unterricht, den sich die Eltern in diesem Land für ihre Kinder wünschen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schließlich haben Sie versprochen, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern nach oben zu fahren. – Statt dafür gezielt Ressourcen ins System zu geben, vergeben Sie bloß zahllose Preise und Gütesiegel.

Ja, jetzt kommen Sie wieder mit den von Ihnen zusätzlich eingestellten Lehrern. – Über die realen Zahlen werden wir uns hier noch in vielen Debatten streiten. Dabei geht es nämlich nicht nur um die Stellen, sondern auch darum, wie viele der Stellen besetzt sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Denn bei dieser Rechnung muss man die Stellen abziehen, die, weil kw-belastet, hinten runterfallen.

Aber gehen wir einmal davon aus, es wären 4.000 bis 5.000. Dabei müssen die Menschen draußen im Land allerdings bedenken: 4.000 bis 5.000 neue Lehrerinnen und Lehrer – wir haben damals in der letzten Legislaturperiode 8.100 geschaffen – für knapp 6.400 Schulen in diesem Land macht ungefähr ein Lehrer pro Schule – ein Lehrer, der das alles leisten soll, nämlich Abbau des Unterrichtsausfalls, Ganztags, individuelle Förderung. Alles das soll dieser eine Lehrer bewerkstelligen.

Herr Ministerpräsident, wie haben Sie so schön gesagt? Man kann einen Euro nur einmal ausgeben. Aber Sie geben jeden Lehrer mindestens dreimal aus, zumindest beim öffentlichen Verkaufen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Heike Gebhard [SPD] – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Dann sind wir beim Faktencheck zu Ihrem zentralen Versprechen von mehr Durchlässigkeit im Schulsystem angekommen.

(Ralf Jäger [SPD]: Oh ja!)

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten nicht genug getan. Das haben wir auf uns genommen. Dann haben Sie mit Ihrer Politik zusätzliche neue Hürden aufgebaut. Sie machen Bildungsgänge enger statt weiter. Ich nenne noch einmal die Stichworte: Aufhebung der Grundschulbezirke, verbindliche Grundschulempfehlung, Turboabitur nach der Formel „9+3“, dadurch Abkopplung der Gymnasien. Die Statistik, die Sie jetzt vorgelegt haben, beweist genau das, was wir vorhergesagt

haben: Auf neun Absteiger in unseren Schulen in diesem Land kommt nur ein einziger Aufsteiger.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war bei Ihnen doch genau so!)

Und es gibt 60.000 Sitzenbleiber in diesem Land.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war bei Ihnen doch ganz genau so!)

– Sie haben doch gesagt, Sie könnten übers Wasser gehen. Aber Sie schaffen es ja nicht einmal, ein Seepferdchen zu machen, Herr Kollege.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der hat den Mund zu voll genommen!)

Das ist doch das Problem. Es geht dabei doch um Ihre Versprechungen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und bei Ihnen gehen die Schülerzahlen im unteren Bereich schon zurück. Auch das dürften Sie mal berücksichtigen.

(Zuruf von der CDU: Ein Absteiger spricht gerade! – Zuruf von der SPD: Oh!)

– Das war aber jetzt ganz witzig. So kennt man Sie.

Eine Zahl kann ich Ihnen auch nicht ersparen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im vergangenen Schuljahr galt laut Ihrer eigenen Statistik, dass von 218.810 Hauptschülern nur 714 den Übergang zur Realschule und nur 560 den Übergang zum Gymnasium geschafft haben. Letzteres waren dank Ihrer Abschottungsstrategie für die Gymnasien 15 % weniger als im Vorjahr. Das ist der falsche Weg für Nordrhein-Westfalen und für unser Bildungssystem.

(Beifall von der SPD)

Ich bringe das noch einmal auf den Punkt, Herr Kollege Witzel. Das ist die Zusammenfassung: Ihr Schulsystem steht für Abstieg

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

statt Aufstieg.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Menschen merken das. Sie registrieren das Chaos, das Sie da anrichten, ganz genau. Das zeigt doch auch Ihre eigene Umfrage. Der Kollege Stahl hat sie doch vorgelegt. Das Ergebnis ist für Sie niederschmetternd: Zu wenig Lehrer, hoher Stundenausfall, zu große Klassen, zu geringe Chancengleichheit, zu wenig Ganztagschulen, zu viel hektische Reformen.

Frau Ministerin Sommer, ich kann verstehen, dass Sie das in Probleme bringt, ganz persönlich. Aber dass Sie dann in dieser Situation, in der Enge, an der Wand, an der Sie zurzeit stehen, am letzten Dienstag diesen Angriff auf die Gesamtschulen gestartet haben,

(Ralf Witzel [FDP]: Alles Fakt!)

den nicht gerechtfertigten Angriff auf die Gesamtschulen, nur um von Ihrem Versagen abzulenken, das war schäbig, Frau Ministerin. Das war schäbig!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie greifen die Gesamtschulen an

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ob ihr das Herr Niemetz beigebracht hat?)

und sprechen von einem „Abitur light“. Als Begründung verweisen Sie ausgerechnet auf die Ergebnisse des zweiten Zentralabiturs. Dabei weisen die Ergebnisse doch auf das Gegenteil hin. Frau Ministerin, was Sie versuchen, ist durchsichtig. Um sich aus der Ecke zu manövrieren, entfachen Sie einen politischen Streit auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler,

(Beifall von der SPD)

der Lehrerinnen und Lehrer und der Eltern der Gesamtschüler und -schülerinnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage hier deutlich für die SPD-Fraktion: Wir danken den Lehrerinnen und Lehrern für ihren Einsatz, dafür, dass sie es schaffen, viele Kinder aus sozial schwächeren Familien zu guten Abschlüssen zu führen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: 40 % Misserfolg! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Witzel, der größte Misserfolg sind Sie!)

Das ist die Leistung der Lehrerinnen und Lehrer an den Gesamtschulen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: 40 % Abbrecher!)

Gucken wir uns doch die Fakten an, Herr Witzel, den Abstand beim Zentralabitur. – Sie haben doch gleich die Möglichkeit zu reden. Sie müssen es dem Kollegen Papke doch nur ins Ohr flüstern. Dann bringt er das in seine Rede ein.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Schön! Zettelchen!)

Die Fakten liegen doch auf dem Tisch: Der Abstand bei den Noten beträgt ganze 0,28 Notenpunkte.

(Ralf Witzel [FDP]: Wegen des Notenliftings! – Heiterkeit von der SPD)

– Ach, das Notenlifting? Ich sage jetzt nicht das, was mir auf der Zunge liegt. Das spare ich mir jetzt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Witzel eiert!)

Bedenken Sie einmal eine Sekunde lang, unter welchen Bedingungen dort gearbeitet wird und mit welchen Kindern dort gearbeitet wird, mit welcher Empfehlung diese Kinder an die Gesamtschule gekommen sind!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Sie müssen sich einmal die Lebensläufe, den Verlauf der Schulkarrieren dieser Kinder anschauen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Am Freitag gibt es, glaube ich, eine Pressekonferenz. Dort sollten Sie gut zuhören. Dann wissen Sie, welche Leistung an dieser Schulform erbracht wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Stattdessen, Frau Ministerin Sommer, legen Sie den Gesamtschulen ständig Steine in den Weg: verpflichtender Ganztagsunterricht an den Gesamtschulen gestrichen, Entlastungen für die Schulleitungen empfindlich gekürzt, Verhindern von Gesamtschulneugründungen gegen den erklärten Elternwillen vor Ort. Sie legen ihnen einen Stein nach dem anderen immer schön in den Weg.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sind schon Felsbrocken!)

Denn die Performance der Gesamtschulen ist beim Zentralabitur offensichtlich immer noch zu gut. Anders kann ich mir das nicht erklären.

(Zuruf von der SPD)

Ganz pharisäerhaft stellen Sie sich dann am Dienstag dahin und sagen: Das ist nicht das Ergebnis, das wir gern gehabt hätten. Jetzt wollen wir die Gesamtschulen fördern. – Hätten Sie die Stunden nicht gekürzt, dann bräuchten die Ihre zusätzliche Förderung gar nicht!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihre Politik, Frau Sommer.

(Beifall von der SPD)

Wegen des Fachkräftemangels für den Wirtschaftsstandort, aber auch im Sinne unserer Kinder ist es höchste Zeit, nach vorne zu blicken und für die Zukunft neue Chancen, zusätzliche Chancen für Kinder zu eröffnen. Das Gebot der Stunde lautet: länger gemeinsam lernen. Das sagt auch die aktuelle Umfrage der Bertelsmann Stiftung, dass die Menschen schon längst weiter sind als Sie. Nicht einmal mehr ein Drittel, nur noch 28 %, wollen eine Aufteilung der Schüler nach der vierten Klasse. Aber 68 % fordern längeres gemeinsames Lernen bis zur sechsten Klasse oder sogar darüber hinaus. Das sind eindrucksvolle Zahlen, die unseren Kurs, unseren mutigen Kurs in der Bildungspolitik eindeutig bestätigen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann argumentieren Sie ja immer, dass man sich eher an den Inhalten orientieren und nicht die Strukturfrage stellen sollte. Die inhaltliche statt die organisatorische Reform der Schulen müsse man vorantreiben. – Das ist kein Widerspruch, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Doch!)

Das bedingt einander. Das hat unter anderem Präses Buß bei der Tagung der Evangelischen Kirche von Westfalen dem Kollegen Stahl und dem Kollegen Papke ins Stammbuch geschrieben. Er stellte dort klar, es sei die Organisation, die die inhaltliche Lösung verhindere. – Recht hat er, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schlecht für den Bildungsstandort, meine Damen und Herren, sind auch die immer weiter steigenden Elternbeiträge in den Kindertagesstätten. Verlässliche Betreuung, individuelle Förderung und frühkindliche Bildung sind unverzichtbar für berufstätige Eltern, für ein erfolgreiches Bildungssystem. Da sind wir uns schnell alle einig. Es gibt darum auch gewaltige Anstrengungen im Bund, im Land, in den Kommunen und bei den Trägern. Das ist gut.

Aber Sie gefährden den Erfolg dieser Bemühungen, indem Sie die Kommunen und Eltern immer weiter mit steigenden Elternbeiträgen belasten. Sie haben offensichtlich den Grundsatz aufgegeben, annähernd gleiche Lebensverhältnisse im Land bestehen zu lassen. Sie haben den Defizitgleich ab geschafft, mit dem fehlende Elternbeiträge vom Land übernommen werden. Jetzt müssen entweder die Kommunen oder die Eltern dafür zahlen.

Die Folge sind steigende Beiträge und unterschiedliche Sätze. Ich habe mich einmal schlau

gemacht. Eine Familie mit niedrigem Einkommen und zwei Kindern zahlt in Düsseldorf 240 €, in Duisburg 450 € und in Gelsenkirchen 600 €

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das ist eine Sauerei!)

Das ist in der Tat nicht in Ordnung. Denn gerade in den bedürftigen Kommunen steigen die Elternbeiträge an, dort, wo die schwierigeren Kinder auch häufig zu Hause sind, Kinder aus Migrantenfamilien, die eine gute Betreuung im Kindergarten brauchen. Dort kommt es zu dieser Entwicklung. Die ist nicht gut. Ihre Politik führt auf Sicht zu großen sozialen Verwerfungen. Das können wir Ihnen voraussagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Unterschiedlich bleibt natürlich auch die Höhe der Beiträge von Kommune zu Kommune, und sie wird nach allem, was im Moment absehbar ist, noch zunehmen.

Bleiben wir beim Stichwort kommunale Finanzen: Die Kommunen gehören weiterhin zu den großen Verlierern Ihrer Politik. Das Verfassungsgericht hat Ihnen ja auferlegt, die Soligelder zurückzuerstatten. Sie versuchen, sich vor der Rückzahlung zu drücken. Ich habe im Haushalt nachgeschlagen: Null Euro im Haushalt 2009 dafür.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schweinerei!)

Es bleibt bei der kommunalfeindlichen Politik, Herr Finanzminister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man darf immer wieder daran erinnern, dass die Kommunen bei fast allen Kürzungen, die Sie in den letzten Jahren vorgenommen haben, direkt oder indirekt betroffen waren. Sie haben auf Kosten der Kommunen gespart und tun das auch weiterhin.

Beim Verfassungsgericht laufen deshalb drei Klagen der Kommunen gegen Sie, darunter zwei Klagen wegen der Verletzung der Konnexität, wegen der Verlagerung der Umweltverwaltung und wegen der Auflösung der Versorgungsämter. Galt früher nicht der Grundsatz: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jedem Regierungsmitglied ein Instrument!)

Das hatten Sie doch damals mit abgestimmt. Heute verstoßen Sie gegen dieses Prinzip.

Schlimmer noch: Sie ziehen die Kommunen bei der Verteilung der kräftig gestiegenen Steuereinnahmen buchstäblich über den Tisch. 2005 flossen noch 20 % der Landessteuereinnahmen ins

GFG. Im Jahr 2006 haben Sie diesen Anteil auf 17,1 % gesenkt. Den Wert von 20 % im Jahre 2005, Herr Innenminister, haben Sie in keinem der folgenden Haushalte wieder erreicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Tja!)

Dabei geht es um eine Menge Geld. Hätten die Kommunen weiterhin konstant 20 % der Landessteuermehreinnahmen bekommen, hätten sie bis heute 1,7 Milliarden € mehr vom Land erhalten. Damit könnte man in den Kommunen sinnvolle Sachen machen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Exakt so ist es! – Weitere Zurufe)

Der nächste Schlag gegen die Kommunen und gegen die kommunalen Finanzen ist bereits geplant: die Novelle zum Sparkassengesetz, also der Weg in die Privatisierung.

(Zustimmung von der SPD)

Die vorgesehene Bildung von Trägerkapital leistet der Privatisierung Vorschub; das wissen Sie.

(Helmut Stahl [CDU]: So ein Quatsch!)

Die Menschen im Land beginnen, das zu begreifen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wer will denn die Sparkassen privatisieren?)

Wir reden über 110 Sparkassen, 63.000 Arbeitsplätze und 3.500 Ausbildungsplätze.

(Zurufe von CDU und FDP)

Wir reden über den unverzichtbaren Partner für den Mittelstand und das Handwerk. Aber genauso wenig können die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger auf die Förderung und das Engagement der Sparkassen im sozialen, im kulturellen, im sportlichen und im ehrenamtlichen Bereich verzichten.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Rund 155 Millionen € jährlich stecken die Sparkassen als Sponsoren in Kulturveranstaltungen und in die kleinen Sportvereine vor Ort. Das setzen Sie mit Ihrer Politik aufs Spiel, Herr Finanzminister!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Christian Weisbrich [CDU] und Volkmar Klein [CDU])

Deshalb ist die Aufregung im Lager der Sparkassen groß. Der Präsident des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes ruft zur

Teilnahme an einer SPD-Veranstaltung auf. Dieser Verband ist nicht gerade unsere Vorfeldorganisation; da muss schon ziemlich viel in Bewegung sein.

(Heiterkeit von der SPD)

In Mönchengladbach gab es eine Ratsresolution; die Kollegen sind vorsichtshalber aus dem Raum gegangen.

(Zuruf von der SPD: Die waren doch gar nicht da!)

Die Kollegen Norbert Post und Michael Schroeren haben einer Resolution in Mönchengladbach gegen die Novelle des Sparkassengesetzes zugestimmt; das Ergebnis war einstimmig.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD: Hört, hört! Bravo! – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Interessant ist der Titel dieser Resolution: „Aus Sorge um die Zukunft der Sparkassen und in Sorge um die Gefährdung kommunalen Eigentums“ – Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagem [fraktionslos])

Ich habe schon am Samstag das Zitat von Johannes Rau aus seiner Rede auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages gebracht.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Er hat dort ausdrücklich die kommunale Daseinsvorsorge in ihrer Bedeutung dargestellt. Er sagt wörtlich – ich zitiere –:

Ich denke, wir sollten diese Daseinsvorsorge erhalten. Wo allein die herrschen, die von der Rationalität des Marktes und der Logik des wirtschaftlichen Vorteils ausgehen, da gibt es eigentlich keine Bürger mehr, sondern nur noch Kunden und Kosten. Gute Kunden hält man, die schlechten klemmt man ab, und die Kosten kürzt man ...

Recht hat Johannes Rau, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagem [fraktionslos])

Das Thema WestLB ist eng mit den Sparkassen verbunden. Die Novelle des Sparkassengesetzes – das wissen Sie – behindert eine Lösung für die WestLB. Haben Sie aus den vielen Fehlschlägen immer noch nichts gelernt? Ich kann sie noch einmal auflisten:

Sommer 2007:

(Helmut Stahl [CDU]: Fangen Sie 1996 an! – Gegenrufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Rainer Schmeltzer [SPD])

Der Ministerpräsident stoppt die von den Sparkassenverbänden vorbereitete Fusion mit der LBBW und erklärt die WestLB zur Chefsache. Sein Alternativplan, mit der Sachsen LB zusammenzugehen, wurde schon zwei Tage später verworfen.

Im Dezember 2007 gab es den Zehn-Punkte-Plan. Er enthielt unter anderem als Plan die Übernahme der IKB und die Fusion mit der Helaba. Aus beiden Plänen ist bekanntlich nichts geworden.

(Gisela Walsken [SPD]: Chefsache!)

Wir haben immer gesagt: Das waren von Beginn an nur Luftbuchungen.

Seitdem haben wir in rascher Folge weitere Vorschläge gehört, die alle verworfen wurden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Alles Chefsache!)

Die Landesregierung hat an viele Türen geklopft. Herr Ministerpräsident, heute ist von Ihnen hierzu nichts mehr zu hören. Sie reagieren, wie ich höre, sehr schmallippig auf Fragen von Journalisten nach der Zukunft der WestLB.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers schüttelt mit dem Kopf.)

Angeblich warten Sie auf Vorschläge der Sparkassenverbände.

(Gisela Walsken [SPD]: Chefsache! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, die Bank erst zur Chefsache zu erklären, um dann die Verantwortung abzuschieben, ist keine solide Politik für unser Land!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie immer bei Herrn Rüttgers!)

In diesem Zusammenhang fand ich interessant, was wir gestern lesen konnten; ich zitiere mit freundlicher Erlaubnis des Präsidenten aus dem Bonner „General-Anzeiger“:

Aus vertraulichen Unterlagen der Bank

– gemeint ist die WestLB –

geht hervor, dass die Bank zwei Drittel der Schrottanleihen

– also nicht Anleihen in Schrott, sondern solche, die schrottig sind –

erst nach dem Regierungswechsel angehäuft hat und zwischenzeitlich fast 30 Milliarden in ihren Depots führte.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha! – Ralf Jäger [SPD]: Das ist Chefsache!)

Herr Ministerpräsident, ich habe nachgeschlagen. Am 23. Januar haben Sie das im Plenum ein bisschen anders dargestellt. Sie haben wörtlich erklärt – ich zitiere –

Meine Damen und Herren, wir versuchen hier jetzt, etwas aufzuräumen, was in der großen Mehrheit und im großen Umfang während Ihrer Regierungszeit geschehen ist.

(Zustimmung von Christian Weisbrich [CDU])

– Hören Sie gut zu, Herr Weisbrich!

(Christian Weisbrich [CDU]: Immer!)

Weiter geht es:

Vor 2006 wurden die meisten Risiken, über die wir heute reden, eingegangen. Wir räumen jetzt das auf, was damals nicht verhindert bzw. was zugelassen worden ist. Das ist der eigentliche Sachverhalt, der im Moment auf der Tagesordnung steht.

Herr Ministerpräsident, Sie wollten damit offenbar bewusst

(Gisela Walsken [SPD]: Täuschen!)

den falschen Eindruck erwecken, die Verantwortung für dieses Anlagedesaster bei der Bank läge noch bei Rot-Grün.

(Zuruf von der CDU: Das ist so! – Widerspruch von Gisela Walsken [SPD] – Weitere Zurufe)

20 % bei Ihnen und 80 % bei uns: Diese Zahlen haben Sie damals genannt. Wir haben das immer zurückgewiesen. Offensichtlich haben und hatten wir recht. Die Wahrheit, Herr Ministerpräsident, kommt immer irgendwann ans Licht!

(Gisela Walsken [SPD]: Lügen haben kurze Beine! – Zuruf von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

Dabei empfiehlt sich, den Faktencheck vorher durchzuführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kommen wir zum Faktencheck bei der Klima- und Energiepolitik. Ja, Sie haben eine Handlungssof-

fensive zum Klimaschutz vorgelegt. Sie verdient diesen Namen wahrlich nicht. Sie enthält lediglich allgemeine Ziele; konkrete Handlungsvorschläge für die Landespolitik sind nicht zu finden. Sie haben ein Klimaschutzkonzept ohne eigene Klimaschutzmaßnahmen vorgelegt. Da hilft auch keine Symbolpolitik, die den Steuerzahler eine Klimaschutzabgabe für die Dienstwagen der Landesregierung zahlen lässt.

Ganz praktisch schaden Sie sogar dem Klimaschutz in NRW. Mit dem Feldzug der Landesregierung gegen erneuerbare Energien – insbesondere gegen die Windenergie – wird einerseits verhindert, dass diese Energien einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Andererseits werden Investoren aus Nordrhein-Westfalen ferngehalten. Ergebnis ist, dass die Anlagen und die Arbeitsplätze für die Solarindustrie bevorzugt in Ostdeutschland und für die Windenergie in Norddeutschland entstehen.

Statt für NRW zu handeln, machen Sie das Gegenteil. Es bleibt beim Kampf von Don Papke und Sancho Ellerbrock gegen die Windmühlenflügel.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in diesem Bereich weitere Anstrengungen, um innovative Techniken zu entwickeln, die langfristige Energieversorgung zu sichern und den Klimaschutz zu gewährleisten. Darin liegt die große wirtschaftliche Chance für den Standort NRW. Sie wollen stattdessen die abgeschriebenen und technologisch veralteten Atomkraftwerke immer weiter laufen lassen. Damit verhindern Sie die Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Das läge aber im Landesinteresse, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie etwas für NRW tun wollen, warte ich auf Ihre Stimme beim Emissionshandel. Hier findet die Landesregierung aus NRW offenbar nicht statt. In Berlin ist man sich darüber einig, dass das, was über die Auktion hereinkommt, nämlich rund 10 Milliarden € in den Ländern bleiben muss. 44 % davon entstehen in NRW. Wo ist Ihre Stimme dafür, dass dieses Geld nach NRW muss? Es geht um 4 bis 5 Milliarden € für den Klimawandel in unserem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, von der Energiepolitik müsste man auf die Wirtschaftspolitik kommen. Frau Ministerin Thoben, davon gibt es nach wie vor wenig. Es gibt viele Überschriften, aber faktisch findet eigentlich nichts statt. Ich habe mir noch einmal die mittelfristige Finanzplanung für Ihren Bereich angesehen: Die Zahlen gehen dramatisch nach unten.

Sie führen einige Wettbewerbe durch. Ich bin sehr gespannt darauf, ob dort alles so sauber gelaufen ist, wie es zu vermuten steht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie ist die Jury zusammengestellt?)

Und ich bin auch sehr gespannt darauf, wie die Relation zwischen Fördersumme und Kosten der Verfahren aussieht. Auch da werden wir nachhaken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Nachhaken werden wir auch hinsichtlich der Verwaltung des Landes. Auch dort lohnt ein kurzer Faktencheck. Angekündigt war eine große Verwaltungsstrukturreform. Wir erinnern uns daran. Herr Kollege Papke hat diese allerdings im März endgültig abgesagt, wenn ich es richtig verstanden habe. Gestern aber redete er in einer Pressekonferenz von notwendigen strukturellen Maßnahmen und von radikalen Behördenneuzuschnitten ohne Tabus.

Herr Ministerpräsident, stehen die Bezirksregierungen jetzt schon wieder zur Disposition oder nicht? Die Menschen dort draußen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter warten auf Ihre Antwort, Herr Ministerpräsident. Sind das die radikalen Strukturveränderungen, die Herr Papke will?

(Unruhe bei der Landesregierung)

– Meine Damen und Herren an meiner Seite, es wäre nett, wenn Sie etwas leiser reden könnten. Es stört die Konzentration wirklich ein bisschen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und der Landtag tragen Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur bei den Bezirksregierungen, sondern bei allen Teilen der Landesverwaltung. Herr Ministerpräsident, ein fairer Umgang mit den eigenen Mitarbeitern ist bekanntlich nicht die Stärke Ihrer Landesregierung.

Als Oppositionsführer und Spitzenkandidat im Wahlkampf haben Sie den Beamten und Angestellten das Blaue vom Himmel versprochen. Es gab viele politische Versprechen, die der Finanz-

minister und der Innenminister anschließend wieder eingesammelt haben. „Versprochen - gebrochen“ lautet auch hier das Ergebnis des Faktenchecks. Worte und Taten stimmen bei Ihnen einfach nicht überein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das merken auch die eigenen Leute, wie ich diesem Brief entnehmen konnte, den der Personalrat Ihrer eigenen Staatskanzlei an Sie geschrieben hat. Stichwort: Outsourcing. – Herr Ministerpräsident, Sie hatten davon geredet, Outsourcing sei dummes Zeug. Der Personalrat hat darauf hingewiesen, dass genau das unter Ihrer Verantwortung in der Staatskanzlei realisiert wird. Sie lagern Dienstleistungen aus. Ihr Personalrat klagt, dass Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht gerecht und würdevoll behandeln. Es zeigt sich: Das soziale Mäntelchen ist wieder einmal mehr nur Zierrat. Ihre reale Politik ist weder sozial, noch real, noch arbeitnehmerfreundlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sonntags reden Sie mitfühlend über die Empfänger von Hartz IV. Während der Woche entziehen Sie den Arbeitslosen die Hilfe durch die unabhängige Beratung in den Arbeitslosenzentren.

(Beifall von der SPD)

Wie leiten Sie eine solche Politik aus der christlichen Soziallehre ab, Herr Ministerpräsident?

Das Problem Ihrer Regierung ist: Sie haben keinen Plan, keine Vision und keine Idee.

Nach 39 Jahren haben Sie die Regierung übernommen. Das Programm war, alles anders zu machen als Rot-Grün. Die Antihaltung war Ihre gemeinsame Plattform. Anfangs haben Sie von einer Koalition der Erneuerung gesprochen. Jetzt verkünden Sie die Politik des Stillstands.

Wir beraten heute den Haushalt des Jahres 2009. Er ist so wie die anderen. Sie setzen keinen wirklichen Schwerpunkt, Herr Finanzminister. Auch hier lohnt sich ein Faktencheck. Ich mache es kurz.

Kinderbetreuung, Ausbau U3: Seien Sie doch einmal ehrlich. Erstens haben Sie die Mittel für Investitionen gekürzt. Zweitens haben Sie die Mittel in erster Linie dem Finanzminister Peer Steinbrück zu verdanken; denn aus Berlin fließen im Jahr 2009 mehr als 82 Millionen für Investitionen im U3-Bereich.

(Beifall von der SPD)

Dann unterschlagen Sie auch noch etwas, Herr Finanzminister. Im Kindergartenjahr rechnen Sie zwar mit einer Steigerung um 11.000 Plätze bei unter Dreijährigen. Dem steht aber ein Rückgang um 36.000 Plätze bei über Dreijährigen gegenüber. Herr Finanzminister, das vergessen Sie in Ihrem Beitrag zu erwähnen.

(Beifall von der SPD)

Bildung: Im Schulbereich lohnt ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung. Schauen Sie einmal, wie sich der Etat der Schulministerin in der mittelfristigen Finanzplanung entwickelt. Der Zuwachs um 997 Millionen € liest sich auf den ersten Blick ganz gut. Doch wir wissen doch sehr genau, dass davon allein rund 650 Millionen € für Versorgungs- und Pensionsleistungen draufgehen werden, Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident. Es erfolgt keine Schwerpunktsetzung.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Wer schreibt Ihnen denn das auf?)

Qualitativ wird sich das für unsere 6.240 Schulen nicht positiv auswirken.

Schauen wir auf den Innovationsbereich, Herr Pinkwart. Hier wird aus dem ehrlichen Kaufmann ein Zahlentrickser. In der mittelfristigen Finanzplanung wächst der Etat von Minister Pinkwart ganz bescheiden um 138 Millionen vom Jahr 2009 bis zum Jahr 2012. Doch in seiner Presseerklärung sagt der Minister der Öffentlichkeit: Insgesamt steigt der Etat um mehr als 1,3 Milliarden € – Das nenne ich kreative Buchführung, Herr Minister. Haben Sie vielleicht die Einnahmen aus den Studiengebühren und die durchlaufenden Mittel des Bundes miteingerechnet? Oder ist ein Lottogewinn mitverbucht? Ich wüsste gerne, wie Sie auf diese Zahlen kommen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, halten wir abschließend fest: Anders als versprochen gilt, Sie sparen nicht, Sie investieren zu wenig, Sie lassen die Kommunen ausbluten und Sie setzen nicht wirklich einen Schwerpunkt bei Kindern, Bildung und Innovation.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie sind nicht ehrlich zu den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Dieser Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung sind Ihr Offenbarungseid, Herr Ministerpräsident!

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Für die CDU spricht ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Stahl.

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt kommt das rhetorische Highlight!)

**Helmut Stahl (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kraft, die Rede, die Sie gerade gehalten haben, ist ein typisches Beispiel dafür, dass der Mantel nicht passen kann, wenn man beim Zuknöpfen mit dem falschen Knopf anfängt.

(Beifall von der CDU)

Ich werde Ihnen gleich an Beispielen zeigen, warum all Ihre Argumente so schief sind. Sie haben vorgetragen, was wir von Ihnen kennen: Kritik im Pepitaformat, aneinandergereihte Wiederholungen dessen, was irgendwann einmal kritisch in den Medien stand.

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist der einzige Spruch, den Sie kennen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Haben Sie auch mal eine neue Rede?)

Es ist das geistlose Aneinanderreihen kleinster Quadrate, deren Gesamtschau nichts als Verwirrung stiftet.

(Beifall von der CDU)

Ihre Vorschläge sind ohne Geist und ohne Linie.

(Widerspruch von der SPD)

Ich will an ein paar Fakten aufzeigen, warum Ihre Argumente schief sind. Ich will es nicht an allen machen, denn das würde mir meine ganze Redezeit nehmen; das wäre schade.

Sie haben zutreffend behauptet, dass die Steuereinnahmen von 2005 bis 2009 um etwa 25 % gestiegen sind. Sie haben auch die Zahl von 8,6 Milliarden € Zuwachs genannt. Sie haben aber versäumt zu sagen, wie die Ausgabenseite aussieht. Von den 8,6 Milliarden € sind 1,6 Milliarden € in den Steuerverbund mit den Kommunen, 5 Milliarden € in den Abbau der Nettokreditaufnahme, 0,4 Milliarden € in den Schuldendienst und 0,7 Milliarden € in die Versorgungsrücklage geflossen.

(Ralf Jäger [SPD]: Warum haben Sie trotzdem 14 Milliarden € mehr Schulden gemacht?)

Dann sind Sie schon bei gut 7 Milliarden € und haben die 8,6 Milliarden € ruck, zuck problemlos

erklärt. Der Rest ist beispielsweise auf das KiBiz, auf mehr Lehrerinnen und Lehrer und auf mehr Investitionen an unseren Hochschulen zurückzuführen. So einfach, so simpel ist das alles.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie den Ministerpräsidenten ob seiner strukturellen Vorschläge bezogen auf die Konjunktur kritisieren, dann zeigt das, dass Sie den Paradigmenwechsel nicht verstanden haben, der in der Ökonomie und auch in der Politik längst vollzogen ist: dass eine Politik der Mehrausgaben in einer schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung nicht hilft, sondern die Probleme potenziert. Auf genau diesen Punkt, den wir erkannt haben, kommt es an.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist es wichtig, strukturelle Maßnahmen vorzuschlagen. Genau das hat der Ministerpräsident soeben getan.

Nun komme ich zu Ihren Ausführungen bezüglich der Zuwachsraten im Haushalt bei den Steuereinnahmen: Wissen Sie denn nicht, Frau Kraft, dass sie auf der Steuerschätzung beruhen, die Bund und Länder jeweils im Mai und November durchführen? Worauf sollte der Finanzminister seine Rechnungen denn sonst stützen?

(Zuruf von der SPD: Warum spricht der Ministerpräsident denn dann dagegen? Kann er die Steuerschätzung nicht lesen?)

Das zeugt davon, dass Sie bei all dem, was Sie vorgetragen haben, in der Sache keine Ahnung haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich denke, Sie hatten bei ZENIT Ihren Zenit als Ökonomin schon längst überschritten.

(Widerspruch von der SPD)

Sie haben die WestLB angesprochen und im Kern kritisiert, dass vor dem Hintergrund des Risikoschirms erste Ausgaben fließen mussten, den das Land gemeinsam mit den Eigentümern entsprechend der Vereinbarung vom 8. Februar verfügbar gemacht hat. Wie um Himmels willen kann man das kritisieren? Das ist eine ganz normale Erfüllung der Vereinbarung und das Abarbeiten des GAUs und des Verbrennens von Geld bei der WestLB über Jahre, ein Erbe, das die Sie uns überlassen haben. Genau das ist der Punkt!

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Zwei Drittel hat Cheffe gekauft!)

Wenn Sie die angebliche Fusion mit der LBBW ansprechen, die immer noch draußen herumwabert, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass der Präsident der Sparkassen in Baden-Württemberg, Schneider, eindeutig erklärt hat, es wäre ein Hap-pen, an dem man sich heillos verschlucken würde.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Die Diskussion hat sich vom Boden der Realität abgehoben. Sie sind dabei, auch noch zu trommeln. Sie sind es, die die Sparkassen verunsichern.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben noch gar nicht mitbekommen, dass es eine Europäische Kommission gibt, die bestimmte Dinge von uns verlangt, die weit entfernt sind von dem, was da vor Ort und von Ihnen diskutiert und vorgetragen wird.

Und dann kritisieren Sie eine angebliche Schockstarre der Politik. Ist es denn eine Schockstarre, wenn wir das Heimgesetz neu formen, wenn wir die Lehrer(innen)ausbildung verändern, wenn wir das Sparkassenrecht novellieren? Dann können Sie doch nicht von Schockstarre reden! Warum protestieren Sie denn dagegen, wenn die Regierung angeblich in Schockstarre verfallen ist?

Sie sind mit Ihrer Kritik im Übrigen – wie ich vorhin schon sagte – nicht mehr als der Lautsprecher einer schief laufenden Debatte. Landesplanungsgesetz, anderes mehr – es ist widerlegt, dass wir, dass die Landesregierung es nur ansatzweise aufgeben hätten, dieses Land nach vorne zu bringen. Das ist und bleibt unser Auftrag, und wir werden ihn bis zum letzten Tag konsequent gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich erfüllen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kollegin Kraft, das Sommertheater der SPD hat niemanden zu Beifall eingeladen, auch nicht in der SPD. In der Öffentlichkeit herrscht ein breites Unverständnis über die Behandlung der Causa Clement durch die nordrhein-westfälische SPD, deren Vorsitzende Sie, Frau Kraft, sind. Wie konnten Sie es zulassen, dass Ihr Landesverband derart stümperhaft handelt? Schließlich geht es um einen Politiker, der über Jahrzehnte Ihre Partei verkörperte.

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit Ihrem Haushalt zu tun?)

Das war unprofessionell, eben so, wie Sie sind.

(Beifall von der CDU)

Da gab es Ihre Firmenbesuche in der Sommerpause. Sicherlich ist das lobenswert. Aber wie weh haben Sie der IG Metall eigentlich getan, als Sie sich in Lobeshymnen auf ein Unternehmen ergingen, das offenbar nicht daran denkt, tarifliche Löhne zu zahlen.

(Hendrik Wüst [CDU]: Eijeije!)

Ich erinnere Sie daran, dass Sie sich vor einem Jahr der IG Metall für die Kampagne „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ angedient haben. Dass Sie so etwas in der Vorbereitung eines Termines nicht draufhaben, das ist nicht nur unprofessionell, Frau Kraft, es macht Sie auch unglaubwürdig – eben so, wie Sie sind.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Rauschender Beifall!)

Natürlich musste irgendwann herauskommen, was dieser Tage im Magazin „Focus“ nachzulesen war. So sind Sie eben: Kenn' ich, kann ich, weiß ich, alles schon gemacht, alles auf der Pfanne. – Ich erinnere mich noch gut, Frau Kraft, an die Begegnung mit Kanzlern und Rektoren in der Zeit, als Sie Ministerin für die Hochschulen waren:

(Michael Groschek [SPD]: Das war noch eine Zeit!)

Den Rektoren und Kanzlern waren die Termine in Ihrem Ministerium ein blanker Graus. Da haben Sie den Profis mal eben erzählt,

(Zuruf von der SPD)

wie Wissenschaft geht, was Forschung ist. Von oben herab: Kann ich, kenn' ich, weiß ich. – Frau Kraft, diese Menschen aus Wissenschaft und Forschung werden alles daransetzen, nicht nochmals mit Ihnen zu tun zu haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin sicher, das wird sich in Nordrhein-Westfalen weit herumsprechen.

Demokratie, Frau Kollegin Kraft, lebt vom Streit, von der offenen Diskussion, vom Ringen um die beste Lösung, vom Ringen um den bestmöglichen Kompromiss. Wir wollen uns ja gerne mit Ihnen messen in einer Diskussion um Konzepte etwa zur Innovation, zur Energie- und Rohstoffpolitik, zum Verbraucherschutz, zur inneren Sicherheit, zu Konzepten auf anderen Politikfeldern. Aber nichts ist von Ihnen diesbezüglich zu hören und zu vernehmen, nichts außer hohler Rhetorik. Uns fehlt der Widerpart, uns fehlt das Gegenüber, mit dem wir uns in der Sache messen können. Tun Sie Ihren Job!

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Ist das Ihre Rede aus dem Koalitionsausschuss?)

Über drei Jahre sind Sie jetzt Führerin der größten Oppositionsfraktion. Nichts haben Sie zustande gebracht, was inhaltlich Hand und Fuß hätte. Doch, eines haben Sie zustande gebracht: einen Parteitagsbeschluss zur Schulpolitik. Dieser ist genauso rückwärtsgewandt wie Ihre Position zum subventionierten Steinkohlenbergbau.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können es, Sie kennen es, Sie wissen ja alles – angeblich. Aber wo, Frau Kraft, sind Ihre Antworten, Ihre seriösen Antworten auf Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, beispielsweise in der Energiepolitik?

(Ralf Jäger [SPD]: Wer hat Ihnen die Rede wieder geschrieben?)

In der vorigen Woche hat Frau Kollegin Löhrmann Sie an die Hand genommen und mit Ihnen gemeinsam eine Pressekonferenz abgehalten. Im Kern war Inhalt dieser Pressekonferenz das, was der Kollege Priggen als Sondervotum für die Energie-Enquete ausgearbeitet hatte. Wir alle in Nordrhein-Westfalen und weit darüber hinaus

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

sind existenziell angewiesen auf verlässliche wie erschwingliche Energie. Wir sind angewiesen darauf, dass Strom stetig in gleichbleibender Qualität zur Verfügung steht. Sonst laufen weder die komplizierten Instrumente in einem Operationsaal oder bei der Flugsicherung noch die Steuerung von Industrieanlagen, noch Computer, noch Waschmaschinen oder Fernseher. Dann sind Wohlstand und Sicherheit futsch. Wir müssen die Fähigkeit zur Mobilität erhalten. Sprit darf nicht unerschwinglich werden. Wir brauchen warme Wohnungen. Der globale Hunger nach Energie und die Energiepreiskrise haben uns gelehrt: Wir brauchen für eine sichere, eine saubere, eine bezahlbare Energieversorgung, einen Energiemix aus allen technisch wie wirtschaftlich nutzbaren Energiequellen. Wir brauchen sie alle. Wir brauchen die Wasserkraft oder Braunkohle, Erd- oder Sonnenwärme, Bio- oder Windkraft, Gas- oder Kernkraft. Es macht keinen Sinn, das Energieangebot künstlich zu verknappen und dadurch die Preise weiter raketenhaft nach oben zu treiben. Es macht einfach keinen Sinn, sichere Kernkraftwerke in Deutschland stillzulegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wissenschaftler und anerkannte Experten sagen uns: Mit einem Ausstieg aus der Kernenergie kapultiert sich Deutschland an die Spitze der Verschmutzerstaaten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ spricht in ihrer Ausgabe vom letzten Wochenende von einem sich anbahnenden Desaster in Deutschland. Das kann doch nicht im deutschen und schon gar nicht im nordrhein-westfälischen Interesse liegen.

Herr Kollege Priggen, ich wende mich an Sie, weil Sie im Unterschied zur SPD immer noch eine Position haben, über die man streiten kann. Leider offenbaren Ihre Konzepte ein statisches Denken, das auch Ihre Partei nicht zukunftsfest macht.

Dazu ein Beispiel: Sie fordern in Ihrem Papier den Aufbau einer Tankstelleninfrastruktur für Erdgas in den Städten und auf Autobahnen. Dazu sage ich: Löblich! Aber sind Sie damit auf der sicheren Bank? In welche Abhängigkeiten begeben wir uns damit? Wollen wir tatsächlich unsere Abhängigkeit von Erdgaslieferanten, insbesondere von Russland, weiter steigern? Können Sie das wirtschaftlich, können Sie das politisch wirklich verantworten?

Hinzu kommt: Hat der Verbrennungsmotor – einschließlich eines gasbetriebenen – eine Ewigkeitsgarantie? Geht der Trend nicht viel stärker zu Elektroantrieben, auch im motorisierten Individualverkehr? Namhafte deutsche Hersteller wollen in zwei, drei Jahren Fahrzeuge in der Golf- oder A-Klasse mit Elektromotor auf den Markt bringen. Da sieht Ihre Frau Künast mit ihrem Faible für Fahrzeuge japanischer Produktion ziemlich hybrid aus. Die wird dann wohl versuchen, an einer staatlich verordneten Tankstelle ihre Batterien aufzuladen. Ich wage vorherzusagen: Das wird nicht gelingen.

(Beifall von der CDU)

Der Ersatz von Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren bedeutet ein Mehr an Strombedarf, bedeutet ein Mehr an Stromproduktion in Deutschland. Damit, Herr Priggen, sind all Ihre schönen Szenarien im Eimer, weil Ihr Denken diesbezüglich in der Gegenwart verhaftet bleibt und die Szenarien der Zukunft nicht kennt. Gleichzeitig gegen Kohle und gegen Kernkraftwerke zu kämpfen, das ist nicht nur dumm und konzeptionslos, sondern – davon bin ich überzeugt – damit versündigen Sie sich auch am Klimaschutz, am Geldbeutel und an den Mobilitätsbedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft.

(Beifall von der CDU)

Autobatterien laden, nur wenn der Wind weht oder die Sonne scheint, das, Herr Priggen, kann nicht Ihr Ernst sein. Sie können mehr, oder verschweigen Sie, dass Sie den Menschen das Autofahren unmöglich machen wollen?

Frau Kollegin Kraft, da es Ihnen an politischer Substanz und Orientierung gebricht, suchen Sie immer neu Ihr Heil in dem Anspruch, für soziale Gerechtigkeit einzustehen. Sie tun das meist ohne Begründung, stets im Behauptungsstil. Sie missbrauchen die soziale Gerechtigkeit, um Ihre politische Substanzlosigkeit zu kaschieren.

(Widerspruch von der SPD)

Sie nutzen erkennbar das Leitbild sozialer Gerechtigkeit, um weniger einkommensstarken, weniger begüterten Menschen Hoffnung auf mehr Geld zu machen, um diese Hoffnung politisch zu nutzen, wenn nicht sogar auszunutzen.

Oder es geht darum – beispielsweise in der Debatte um die Studienbeiträge –, die Illusion zu nähren, alles könnte besser werden, ohne dazu selbst einen Beitrag zu leisten. Ich kenne, Frau Kollegin Kraft, kein Studiengebührenmodell, das unsozialer war und ist, als das von Ihnen in Nordrhein-Westfalen eingeführte Studienkontenmodell.

(Beifall von CDU und FDP)

Hin und wieder ist es gut, sich ein paar Obersätze klarzumachen; sonst geht die Urteilskraft verloren.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Allen Menschen das Gleiche oder annähernd das Gleiche für ihre Arbeitsleistung in Form von Einkommen, Lohnersatzleistung, Alterseinkommen zu versprechen, das würde in kürzester Zeit jede Wirtschaft, jede Gesellschaft um ihre Zukunft bringen. Warum sich mehr anstrengen als andere, warum den Stress des Arztberufs, des selbstständigen Handwerkmeisters, der Stationsschwester oder der Pflegeleitung in Kauf nehmen, wenn es sich nicht lohnt? Seien wir also froh darüber, dass alle Menschen nicht das Gleiche wollen, nicht das Gleiche verdienen und auch nicht das Gleiche haben.

Genau diese Menschen sind es, die – leider Gottes – in all unseren Diskussionen kaum oder viel zu kurz zu Wort kommen. Es sind diejenigen, ohne die soziale Gerechtigkeit gar nicht herstellbar wäre. Es sind diejenigen, die morgens aufstehen, sich duschen, frühstücken, sich in den Bus oder in ihr Auto setzen, zur Arbeit fahren und abends wieder in den Bus oder ihr Auto steigen, um zu ihrer Familie zurückzukehren oder ihren Feierabend in Vereinen zu verbringen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Zähne putzen!)

Das sind die Menschen, die Steuern und Sozialabgaben zahlen, die unter dem Energiekostenschub und den hohen Preissteigerungsraten stöhnen und oftmals an der Grenze ihrer Belastbarkeit stehen. Diese Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft brauchen wir für soziale Gerechtigkeit, weil sie es sind, die anderen helfen können und auch helfen müssen. Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur auf der Ausgabenseite zu Hause. Sie muss auch auf der Einnahmeseite einen Stammplatz haben.

(Michael Groschek [SPD]: Mindestlohn!)

Sie haben das Thema Schule, das Thema Bildung angesprochen. Es ist zweifelsfrei so, dass Bildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist. Diesen Satz hat Jürgen Rüttgers sehr frühzeitig geprägt und konsequent begonnen in unserer Politik in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Koalition umzusetzen.

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie handeln nicht danach!)

Deshalb war es sozial ungerecht, dass Sie Kinder aus Migrationsfamilien in den Kindergärten über Jahre ohne Hilfe gelassen haben. Das war in hohem Maße sozial ungerecht.

(Beifall von der CDU)

Spracherwerb ist der Schlüssel zur Teilhabe an unserer Gesellschaft. Das haben Sie den Kindern über viele Jahre verweigert. Das haben wir durch Sprachstandsfeststellungen und Förderung schon im Kindergarten geändert. Das haben wir mit dem Kinderbildungsgesetz geändert. Und dieses Gesetz ist erfolgreich. Es wird angenommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Menschen lernen, damit umzugehen. Und viele sagen schon: Ja, es klappt, dank KiBiz klappt es! – Das ist eine Politik, die den Leitsätzen sozialer Gerechtigkeit folgt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Gehen Sie doch mal in die Mitte der Kindertagesstätten!)

Sozial ungerecht war und ist es beispielsweise, dass Sie, Frau Kraft, Ihre Politik auf das Ruhrgebiet konzentrieren. 60 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen leben im ländlichen Raum. Sie verdienen es, mit ihren Problemen wahrgenommen, mit ihren speziellen Anliegen anerkannt zu werden. Ihr Bild von Nordrhein-Westfalen, Frau Kraft, ist eines ohne Kopf und ohne Unterleib. Selbst Politik für die Region Ruhr machen wir zwischenzeitlich um Längen besser als Sie – mit Bür-

germeistern im Ruhrgebiet, mit Hunsteger-Petermann oder Sauerland, mit Oliver Wittke und Christa Thoben, mit Wettbewerb zur Mobilisierung der Eigenkräfte statt mit der Gießkanne von Subventionen. Das bringt die Region voran und nicht Ihre Politik, die diese Region wieder abhängig macht.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, soziale Gerechtigkeit verkommt, wird entwertet, wenn sie zu einem verhängnisvollen Wettbewerb degeneriert. Dieser Wettbewerb geht von der irrigen Annahme aus, dass Kühe im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken werden können.

(Lachen von der SPD)

In diesen verhängnisvollen Wettbewerb begeben Sie sich mit der PDS. Nur: Die Linken, die PDS, melken schneller. Der Vorsitzende dieser Gruppierung in NRW hat in einem Interview mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Vorgaben gesetzt. Dazu einige Beispiele: Abschaffung von Hartz IV, Rentenantritt mit 60, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, existenzsichernde Grundeinkommen für alle, Verstaatlichung der Energieversorgung. – Das ist, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf den Punkt gebracht ein Programm zur Zerstörung unseres Landes.

(Zuruf von der SPD: Das sind Versprechen, wie Sie sie 2005 gemacht haben!)

Da sind die Linken ganz nah bei den extrem Rechten – nur links herum im Kreis von Politik.

Frau Kraft, wie Sie es mit den Linken halten, diese Frage wird Sie begleiten, notfalls bis zum Mai des Jahres 2010.

(Beifall von der CDU)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich diesbezüglich erklären. In Wirklichkeit – das ist unsere Befürchtung – sind Sie nämlich längst von der Mitte weg, scharf links in den Graben abgebogen, wo Sie natürlich auf Frau Ypsilanti treffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Was für ein Identitätsverlust für die stolze, die frühere SPD! Allen, die in dieser großen alten Volkspartei engagiert sind,

(Zuruf von der SPD: Wollen Sie einen Aufnahmeschein?)

sage ich: Wer mit der PDS flirtet, der küsst Margot Honecker.

(Große Unruhe von der SPD)

Und für alle, die über ein Fünkchen Geschichtsbewusstsein verfügen, sage ich: Dieser Kuss ist tödlich.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Können Sie das wiederholen?)

– Ja, gerne, das kann ich. Wer mit der PDS flirtet, der küsst Margot Honecker. Und dieser Kuss ist tödlich. Merken Sie sich das!

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, wie können Sie und Ihre Fraktion Helmut Linssen vorwerfen, er spare nicht genug, wenn Sie sich gleichzeitig die Option offenhalten, sich von der Linken aushalten zu lassen? Die Vorstellungen der Linken kosten Bund, Länder und Gemeinden plus Sozialversicherungen etwa 155 Milliarden € pro Jahr. Das hat Ihnen Peter Struck vorgerechnet, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Frau Kraft, solange Sie sich nicht eindeutig von einer möglichen Zusammenarbeit mit den Linken distanzieren, ist jede Aufforderung an uns, zu sparen, das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Eigentlich ist es – damit komme ich auf Ihren Einstieg zurück – das Papier heute schon nicht wert – jedenfalls so lange nicht, solange Sie nicht von Ihrer unseligen finanzwirtschaftlichen Tradition lassen.

Sie kritisieren, dass im Haushalt des Jahres 2009 eine Reduktion der Nettokreditaufnahme in Höhe von 100 Millionen € vorgesehen ist. Allein in den letzten zehn Jahren von SPD und Grünen haben Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen die riesige Last von 47 Milliarden € neuen Schulden auferlegt. Sie haben während dieser zehn Jahre jedes Jahr im Durchschnitt 4,7 Milliarden € zusätzlich an Schulden draufgelegt. Wie kommen Sie dann dazu, Kritik zu üben? Sie müssten doch in den Boden versinken!

(Beifall von CDU und FDP)

Das war eine zukunftsfeindliche Politik nach dem Motto: Was schert mich Enkel, was schert mich Kind, lass sie betteln, wenn sie hungrig sind! – Alles auf dem Buckel unserer Kinder, alles auf dem Buckel unserer Enkel!

(Gisela Walsken [SPD]: Rechnen Sie doch mal Ihre Schulden nach!)

Fast 5 Milliarden € mehr Schuldendienst pro Jahr! Frau Kraft, was könnte man mit diesen 5 Milliarden € machen: für unsere Hochschulen, für unsere Krankenhäuser, für unsere Kindergärten, für unsere Straßen, für neue Radfahrwege! Alles wäre ruck, zuck umsetzbar, wenn Sie nicht eine so maßlose, hässliche Finanzpolitik betrieben hätten.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch sage ich: Selbstverständlich hat Helmut Linssen unsere volle Unterstützung bei den Zielen, die wir uns gesetzt haben. Diese Ziele sind recht einfach: schnellstmöglicher Ausgleich des Haushalts

(Gisela Walsken [SPD]: 2010!)

ohne den Rückgriff auf den Kapitalmarkt, schnellstmöglicher Beginn einer Rückzahlung der von Ihnen maßgeblich verursachten Schulden.

Frau Kraft, substanzielle Beiträge kamen von Ihnen nicht. Subventionierter Steinkohlenbergbau und Einheitsschule, das ist das Einzige, was Sie an substanziellen Aussagen bisher getätigt haben. Unter Ihrem Vorsitz ist die SPD noch nicht weitergekommen.

Frau Kraft, allein in diesem Jahr haben wir uns als Fraktion in wesentlichen politischen Fragen positioniert.

(Michael Groschek [SPD]: Wo denn?)

Wir haben uns bezogen auf eine Politik der ländlichen Räume positioniert. Wir haben uns im Verbraucherschutz positioniert. Wir haben uns in der Energiepolitik positioniert. Ich warte einfach darauf, dass irgendetwas Vergleichbares einmal von Ihrer Seite kommt. Bei Ihnen ist Politikverweigerung, Oppositionsverweigerung zu konstatieren.

(Beifall von CDU und FDP)

In wenigen Monaten beginnt der Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen. In meiner Stadt, in Bonn, werde ich den Eltern, werde ich den Kindern sagen: Die SPD will eure Realschulen abschaffen. Die SPD will eure Gymnasien abschaffen. Die SPD will keine Hauptschulen mehr.

(Michael Groschek [SPD]: Das ist politische Sittenstrolcherei!)

Die SPD hat die Einheitsschule beschlossen. Sie hat beschlossen, flächendeckend integrierte Gesamtschulen zu schaffen. Nichts gegen integrierte Gesamtschulen, wenn sie gut geführt sind und wenn sie Teil unseres gegliederten Schulsystems sind! Aber alles gegen Einheitsschulen, weil Kinder und junge Menschen eben unterschiedlich

sind und unterschiedliche Schulen und unterschiedliche Möglichkeiten der Förderung brauchen!

(Beifall von CDU und FDP)

Unser Ziel war und ist, jedem Kind, jedem Jugendlichen

(Ralf Jäger [SPD]: Sie sind ein Bildungsdinosaurier!)

die besten Möglichkeiten zu geben, sich zu entfalten. Darum geht es und nicht darum, irgendeine Organisationsveränderung zu vollziehen.

(Michael Groschek [SPD]: Jedem seine Pflichtschule!)

Sie wollen uns einen Schulkampf aufzwingen. Wir wollen diesen Schulkampf nicht.

(Beifall von der FDP)

Wir möchten ruhig, bedächtig unsere Schulen im Interesse unserer Kinder und jungen Leute weiterentwickeln.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wir möchten inhaltliche Antworten geben. Wir möchten über Qualität reden und nicht über diese leidige Frage der Organisation, die uns seit 30 Jahren begleitet, bei der bei kein einziges neues Argument zwischenzeitlich hinzugetreten ist.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Die Debatte über die Schulstruktur und über die Organisation ist nicht Teil der Lösung. Sie ist Teil des Problems,

(Beifall von CDU und FDP)

weil sie es unmöglich macht, dorthin zu schauen, wo es notwendig ist.

Wir bekennen uns zu unseren Schulen. Wir sorgen für mehr Lehrerinnen und Lehrer. Wir geben der Hauptschule ein neues Profil. Wir stehen zu unseren Realschulen. Und das tut, Frau Kraft, erfreulicherweise auch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, und zwar wollen das die Menschen weit überwiegend in unserem Land.

(Zuruf von Michael Groschek [SPD])

Selbst diejenigen, die mit Ihrer Partei, die selbst mit den Grünen, sympathisieren, haben eine Präferenz, ziehen unser gegliedertes Schulsystem vor und wollen nicht, dass Realschulen, dass Gymnasien abgeschafft werden.

(Ralf Jäger [SPD]: Wo haben Sie das denn her?)

– Wo haben sie das her? Die Frage kommt wie gerufen; die Antwort nunmehr von mir. Herr Jäger, weil ich es wissen wollte,

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

haben wir eine Umfrage in Auftrag gegeben, die Sie dankenswerterweise zitiert haben.

(Ralf Jäger [SPD]: Das war eine CDU-Umfrage! – Gisela Walsken [SPD]: Das erklärt manches!)

– Nein, das war keine CDU-Umfrage, das war eine Umfrage, die just in diesem Thema durch Kontrollfragen sicherstellen sollte, dass eben nicht in der Fragestellung die Antwort schon liegt.

(Zurufe von der SPD)

Sie hat sorgfältig abgeprüft, was die Menschen wollen. Und die Menschen wollen eine gute Allgemeinbildung. Sie wollen Erziehung. Wer redet denn von Ihnen darüber, was eine gute Allgemeinbildung ist, wie man Kinder bestmöglich erzieht, wie man Kinder bestmöglich bildet? Wer redet denn davon? Dazu haben Sie doch gar keine Kraft mehr! Sie reden nur über Schulorganisation. Zu mehr reicht es doch bei Ihnen nicht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Eine Folge ist, Frau Kraft: Umfragen sehen die SPD in Nordrhein-Westfalen schon lange unterhalb von 30 %, gegenwärtig irgendwo um die 25 % herum. Solange Sie den dampfplaudernden Demagogen und Ideologen wie Lafontaine und Gysi keine substanzielle Alternative entgegensetzen, wird Ihr Weg besorgniserregend weiter nach unten führen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Die Forderung der Linken entspricht SPD-Forderungen plus 500 €. In dieser schmutzigen Konkurrenz haben Sie keine Chance zu gewinnen. Sie werden verlieren.

Meine Empfehlung an Sie ist: Hören Sie statt auf Ihre „Kehlkopfhörler“ Schmelzer, Jäger und andere, wie ich Sie liebevoll bezeichne,

(Ralf Jäger [SPD]: Soll ich mal dazwischen rufen, damit Sie den Unterschied kennenlernen?)

statt auf Menschen wie Börschel, die den roten Filz in Köln und anderswo kultivieren, auf Ihre Ur-

gesteine! Hören Sie auf die Fahrtmanns, Schnoors und andere, die eine bodenständige nordrhein-westfälische SPD verkörpern und repräsentieren.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Sonst – das sage ich Ihnen voraus – sind Sie bald platt, Sie und die SPD in Nordrhein-Westfalen. Ich habe keine Freude daran. Ich wünsche Ihnen rund 30 % und uns an die 50 %. Dann wird es unserem Land gut gehen und Nordrhein-Westfalen wird eine gute Zukunft haben. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stahl. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt deren Vorsitzender, Herr Dr. Papke, das Wort.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kraft hat

(Marc Jan Eumann [SPD]: Eine gute Rede gehalten!)

zu Beginn ihres Redebeitrages gesagt, sie vermute, ich würde mich in meinem Beitrag kritisch mit der Politik der Sozialdemokraten auseinandersetzen. Ich darf Ihnen sagen, Frau Kollegin Kraft, das hatte ich eigentlich gar nicht vor. Denn dafür gibt es Wolfgang Clement. Was soll man den täglichen Äußerungen von Wolfgang Clement eigentlich noch hinzufügen?

Für den Fall, dass Sie es noch nicht gesehen haben, trage ich Ihnen vor, was Wolfgang Clement heute gesagt hat. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus einer dpa-Meldung von 11:21 Uhr. Wolfgang Clement hat seine Partei erneut vor einer Zusammenarbeit mit der Linken gewarnt: „Kein überzeugter Sozialdemokrat dürfe die Steigbügel halten wollen, wenn Oskar Lafontaine versucht, das ganze Land durcheinanderzubringen“, sagte Wolfgang Clement der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“.

(Beifall von FDP und CDU – Gisela Walsken [SPD]: Ist das alles? – Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Jetzt hören Sie zu: Er sehe in den Reihen der SPD zu viele, „die auf eine Vereinigung mit der Linkspartei Oskar Lafontaines zuzusteuern scheinen.“

Frau Kollegin Kraft, das sollte gerade Ihnen hier in Nordrhein-Westfalen zu denken geben: nicht nur, weil Wolfgang Clement bisher einer der Ihren war,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ist!)

sondern weil Sie diejenige neben Frau Ypsilanti sind, die diesen verhängnisvollen Öffnungskurs der SPD hin zur Linkspartei zu verantworten hat.

(Beifall von der FDP)

Im Übrigen habe ich vor einiger Zeit gelesen, Sie hätten vor, Wolfgang Clement im nächsten Jahr für den Wahlkampf der SPD in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Darauf freuen wir uns alle. Das werden sehr spannende Veranstaltungen. Ich hätte dafür gern eine Einladung, Frau Kollegin.

Jetzt zu dem, was Sie hier vorgetragen haben: Ich war ein bisschen verduzt, weil die Zahlen, die Sie, Frau Kollegin Kraft, hier präsentiert haben, durch die Bank genauso falsch waren wie Ihre Zitate. Mir sind irgendwann wirklich die Schmierzettel ausgegangen. Ich bin gar nicht mehr so schnell mitgekommen, all das aufzuschreiben, was Sie an falschen Zahlen und verdrehten Fakten präsentiert haben. Meine Liste reicht bis Punkt 7; weiter bin ich nicht gekommen. Ich will dies einmal Punkt für Punkt abarbeiten. Fangen wir einmal an!

(Gisela Walsken [SPD]: Welches Jahr?)

– Nein, wissen Sie, wir müssen ja hier vernünftig und seriös debattieren. Das heißt, die Zahlen, die Sie hier der Öffentlichkeit und dem Parlament präsentieren, müssen doch halbwegs belastbar sein, Frau Kollegin. Ansonsten wäre dies doch keine seriöse Debatte.

(Beifall von der FDP)

Fangen wir einmal an! Ich mache es im Telegrammstil, Frau Kollegin Kraft, ich verspreche es Ihnen.

Erstens zur Nettokreditaufnahme: Sie haben gesagt, diese Koalition habe die Nettokreditaufnahme seit 2005 um insgesamt 13,7 Milliarden € erhöht.

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig!)

Ich nenne Ihnen einmal die Nettokreditaufnahmen aus den jeweiligen Haushalten: 2006 waren es 3,4 %, 2007 1,98 %, 2008 1,78 %, 2009 1,67 %. Das macht summa summarum 8,82 %.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt haben Sie den Nachtrag 2005 vergessen, Herr Kollege!)

– Ich bin noch nicht zu Ende, Frau Kollegin Walsken. Wenn wir jetzt großzügigerweise

(Gisela Walsken [SPD]: Sie haben den gemacht! 106,5!)

– hören Sie mir doch zu; ich will es Ihnen doch gerade erklären, Frau Kollegin Walsken – auch noch die 2,2 Milliarden aus dem Nachtragshaushalt 2005 hinzunehmen, dann kommen Sie auf 11,02 Milliarden €. Da ist dann nun wirklich alles drin. Aber dann erklären Sie uns einmal, wie Sie auf 13,7 Milliarden € kommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Mache ich gleich!)

Das ist eine lumpige Differenz von 2,6 Milliarden €. So wie Sozialdemokraten mit Zahlen umgehen, mag das eine Petitesse sein, Frau Kollegin Kraft. Aber ich will das einfach einmal abbilden, was Sie uns hier vortragen. Das ist leider falsch.

(Gisela Walsken [SPD]: Fragen Sie Ihre Kollegen, die kennen sich damit aus!)

Dann habe ich Sie gefragt ...

(Hannelore Kraft [SPD] führt am Rande des Plenarsaals Gespräche.)

– Ich kann mir vorstellen, dass Sie die Zahlen jetzt noch einmal prüfen lassen wollen. Aber hören Sie mir doch jetzt einmal zu. Ich habe Ihnen noch mehr zu bieten. Seien Sie doch so nett! Ich war doch auch so höflich und habe mich hingeworfen und Ihnen zugehört.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich bin Multitaskerin!)

– Sie können doch Ihre Mitarbeiter gleich noch bitten, Ihre Zahlen zu überprüfen. Jetzt nehmen Sie doch bitte einen kleinen Moment Platz. Das ist ein Gebot der demokratischen Debattenkultur.

Ich habe Ihnen wirklich noch ein paar andere interessante Zahlen zu bieten, die Sie dann gleich mit überprüfen lassen können, Frau Kollegin Kraft.

(Hannelore Kraft [SPD]: Muss ich dabei sitzen?)

Dann müssen Sie nicht nach jedem Zahlenbeispiel immer nach hinten laufen.

(Beifall von der FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Bin ich Ihnen zu groß? Dann kann ich mich auch wieder setzen!)

Ich habe Sie gefragt, wo die Sozialdemokraten sparen wollen. Da haben Sie netterweise drei Beispiele genannt.

Erstens haben Sie gesagt, die 72 prolongierten kw-Stellen hätten Sie nicht verlängert. Sie reden über 72 Stellen, die wir über 2010 hinaus verlängern wollen, von 284.500 Stellen insgesamt. Sie

bringen diese 72 Stellen allen Ernstes als Beispiel für den Sparwillen in einem Personalhaushalt von 284.500 Stellen, das ist doch nicht Ihr Ernst!

(Beifall von der FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Sie können gern die Presseerklärung noch einmal nachlesen! Der Presseerklärung haben Sie nicht widersprochen!)

Ihr zweites Beispiel betraf den Flughafen Münster/Osnabrück. Das war auch klasse; gut, dass Sie uns noch einmal daran erinnert haben. Sie haben gesagt, da könnte man jetzt sparen. Zufälligerweise habe ich den Antrag aus den letzten Haushaltsberatungen dabei, mit dem Sie das unterlegt haben. Da ging es um die Streichung von Zuschüssen an den Flughafen Münster/Osnabrück mit dem Gesamtvolumen von 2,3 Millionen €.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die haben Sie jetzt noch einmal draufgelegt!)

– Aber hallo, das ist ja ein wirklicher Konsolidierungsbeitrag! Ich verrate Ihnen jetzt einmal ein Geheimnis: Wissen Sie, von wem dieser Antrag eigentlich kam? Von dem Chefökonom dieses Parlaments, von Herrn Sagel.

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU)

Sie haben als Sozialdemokraten dem Antrag von Herrn Sagel zugestimmt, Zuschüsse für ein Infrastrukturprojekt komplett zu streichen,

(Gisela Walsken [SPD]: Es geht an dieser Stelle doch gar nicht um Infrastruktur! Das wissen Sie doch genau!)

das unter Ihrer politischen Verantwortung so beschlossen worden ist. Herr Horstmann ist ja leider nicht mehr in diesem Parlament; er ließe die Ohren hängen, wenn er dies jetzt hören müsste, weil er als Verkehrsminister dafür im Münsterland gefochten hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir werden diesen Antrag und diese tolle Initiative gerne noch einmal den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern im Münsterland zukommen lassen, damit sie nicht vergessen, wie die SPD hier im Düsseldorfer Landtag zu diesem wichtigen Projekt steht.

Als drittes Beispiel, bei dem man sparen könnte, sprachen Sie von 21 Millionen € für die WestLB. Es ist nur eine Kleinigkeit, aber es sind 23 Millionen €, die jetzt aus den Risiken schlagend werden. Meinen Sie denn allen Ernstes, eine andere Regierung als diese könnte diese Zahlungen vermeiden?

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch erst der Anfang, Herr Kollege!)

Das ist doch wirklich absurd. Sie waren doch über Jahrzehnte stolz auf Ihre Staatsbank WestLB. Sie haben sie doch gegen unsere Initiativen, das Eigentum des Landes an der WestLB einmal kritisch zu hinterfragen, immer verteidigt. Es gab ja auch diverse Vorteile in früheren Zeiten: Flugbereitschaft und andere Dinge. Das war doch Ihre Verantwortung. Sie haben noch in der letzten Wahlperiode unsere Initiativen mit Gelächter zurückgewiesen, die Bürger von diesen Risiken zu befreien. Jetzt werden hier erste dieser Risiken schlagend, und Sie sagen allen Ernstes, eine solche Zahlung könnte diese Landesregierung vermeiden?

(Hannelore Kraft [SPD]: Wer hat denn zu welcher Zeit die Papiere gekauft?)

Es ist immerhin eine Zahlung für das, was Sie dem Land eingebrockt haben, Frau Kollegin Kraft.

(Gisela Walsken [SPD]: Da sitzt er im Kabinett, Mitglied des Aufsichtsrats! – Zuruf von Michael Groschek [SPD])

– Herr Kollege Groschek, ich kann das nur reflektieren. Das waren die drei Sparvorschläge, die Frau Kollegin Kraft in Ihrer Rede benannt hat. Das wird nicht ausreichen, um das Land zu sanieren. Das ist meine Ahnung.

Nun möchte ich by the way noch auf ein paar andere Punkte hinweisen.

(Gisela Walsken [SPD]: Wann fangen Sie mit Haushaltspolitik an?)

Ich habe mir nämlich einmal angeguckt, welche haushaltsrelevanten Vorschläge Sie persönlich und Abgeordnete Ihrer Fraktion in den letzten Monaten unterbreitet haben. Das war so eine Art Dauerfeuer. Auf 100 Millionen € kommt es ja nicht an. Ich möchte Ihnen nicht alles vortragen, denn dann wäre meine Redezeit abgelaufen.

Sie persönlich haben gefordert: Sonderprogramm 200 Millionen € zur Unterstützung des Ruhrgebiets nach dem Steinkohleausstieg; Kritik an der Streichung von 148 Stellen in der Landesforstverwaltung; Antrag zur Befreiung von Rundfunkgebühren für Geringverdiener; Sofortprogramm in Höhe von 75 Millionen € zur Verbesserung der Ausbildungssituation; Forderung, es bei der bisherigen Anzahl an Amtsgerichten zu belassen und von geplanten Fusionen abzusehen; 300 Millionen € mehr für Familie und Kinder, unter anderem für ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr; Kritik, dass die Landesregierung die Kürzung des

Bundes in Höhe von 519 Millionen € für den Nahverkehr nicht komplett kompensiert. – Wollen Sie eigentlich das Parlament und die Öffentlichkeit auf den Arm nehmen, Frau Kollegin,

(Beifall von FDP und CDU – Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch Ihr Job!)

oder spielen Sie hier „Alice im Wunderland“? Sie haben nichts zu bieten. Sie fordern nur permanent in allen Politikfeldern zusätzliche Ausgaben. Sie haben keine Linie für die Modernisierung des Landes. Sie haben einen langen Wunschzettel, der vermutlich morgen schon wieder verlängert wird, weil ja absehbar ist, dass einer Ihrer Abgeordneten oder Sie persönlich wieder einen neuen Wunsch durch das Land pusten.

Ich möchte nun noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, weil es da wirklich um Geld geht und wir in der Tat die exakt gegenteilige Position zu Ihnen haben, nämlich auf den Steinkohlebergbau. Ich habe eine Erklärung von Ihnen mitgebracht, in der Sie einen Sockelbergbau in Nordrhein-Westfalen mit einem Gesamtvolumen von 10 Millionen t fordern. Da werden Sie mit den Worten zitiert: Die Kosten für diesen Sockelbergbau schätzt die SPD-Politikerin auf 700 Millionen bis 1 Milliarde €

Damit Sie sich dem tatsächlichen Wert etwas besser nähern, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Die unstrittige – die Wirtschaftsministerin hat die Zahlen im Wirtschaftsausschuss dieser Tage vorgetragen – Vollkostenrechnung pro Tonne Steinkohle – Herr Kollege Priggen wird das gerne bestätigen – liegt momentan bei etwa 340 € je Tonne. Das macht bei 10 Millionen t 3,4 Milliarden € Subventionskosten. Rechnen wir einmal mit einem Erlös von etwa 1 Milliarde € – dieser steigt ja momentan, weil man derzeit am Weltmarkt je Tonne Steinkohle deutlich mehr Erlösen kann als noch vor zwei oder drei Jahren –, dann sind wir immer noch bei einem zusätzlichen Finanzbedarf, Frau Kollegin Kraft, von etwa 2,5 Milliarden €. Sagen Sie doch bitte, wie Sie das auch nur anteilig aus dem Landeshaushalt finanzieren wollen. Das ist die Traumtänzeri,

(Beifall von FDP und CDU)

die Sie gerade in der Haushaltspolitik hier seit Jahren betreiben. An jeder Ecke, wo Sie gehen und stehen, jagen Sie eine neue Sau durch das Dorf, fordern Sie eine neue zusätzliche Ausgabe. Das ist alles nicht seriös zu finanzieren, Frau Kollegin Kraft.

Deshalb sind wir – das möchte ich gerne an dieser Stelle kontrastieren – als FDP der Auffassung,

dass wir uns die Ausgaben für die Absatzbeihilfen noch einmal anschauen müssen. Im Etatentwurf – das Thema Steinkohlesubvention ist ja seit unserem historischem Durchbruch beim Ausstieg aus dem Subventionsbergbau ein bisschen aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden – stehen noch 516 Millionen € Absatzbeihilfen für die Steinkohle. Das ist mehr als die Hälfte der gesamten Haushaltsmittel des Wirtschaftsministeriums. Hinzu kommen 54 Millionen € im Haushalt des Arbeitsministers für das Anpassungsgeld der Bergleute.

Es gehört zu den großen historischen Erfolgen dieser Koalition, dass wir es unter Führung des Ministerpräsidenten zu Beginn des vergangenen Jahres geschafft haben, den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau zu verabreden. Es gab eine Grundlinie, die wir immer geteilt haben: Wir wollen diesen Ausstieg sozialverträglich gestalten. Niemand soll betriebsbedingt gekündigt werden.

In diesem Zusammenhang will ich auf Folgendes hinweisen: Seitdem haben wir eine außerordentlich positive Entwicklung am Arbeitsmarkt gerade auch in Nordrhein-Westfalen. Alleine in den 160.000 Unternehmen des nordrhein-westfälischen Handwerks sind 20.000 Arbeitsplätze unbesetzt, ganz zu schweigen von den vielen Facharbeiterstellen in der Industrie, die momentan nicht qualifiziert besetzt werden können. Auf der anderen Seite haben wir 25.000 Bergleute, die eine neue Stelle brauchen. Noch nie war der Arbeitsmarkt so aufnahmefähig wie derzeit. Noch nie waren die Chancen für Bergleute in Nordrhein-Westfalen, jetzt schnellstens einen neuen zukunftssicheren Arbeitsplatz zu bekommen, so gut wie momentan. Deshalb ist es eine Aufgabe der nächsten Monate – im übrigen wäre das nicht nur ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, sondern auch zur Unterstützung der Bergleute, denen wir ja eine Zukunftsperspektive aufzeigen wollen –, in Gespräche einzutreten, nicht ob man die verabredeten Rahmenbedingungen einseitig aufkündigt – darum geht es nicht –, sondern ob man nicht nachjustiert, ob man nicht gemeinsam mit allen Beteiligten darüber nachdenkt, wie wir diesen sozialverträglichen Prozess des Ausstiegs aus dem Subventionsbergbau beschleunigen können.

(Michael Groschek [SPD]: Da hat der Minister Laumann ja einen interessanten Vorschlag!)

Dann hätten wir von den 3 Milliarden €, die Nordrhein-Westfalen in den nächsten zehn Jahren noch an Steinkohlesubventionen bezahlen müsste, einen erheblichen Beitrag für Zukunftsinvestitionen und auch für die Haushaltskonsolidierung

zur Verfügung. Das möchte ich deutlich kontrastieren.

(Beifall von der FDP)

Ferner habe ich mir – das ist ja ein Dauerbrenner bei Ihnen – die angeblich fehlende soziale Durchlässigkeit im Bereich der Bildungspolitik aufgeschrieben. Damit haben Sie schon letztens zu glänzen versucht, als ich die Freude hatte, gemeinsam mit Ihnen die Podiumsdiskussion bei der Evangelischen Landeskirche zu bestreiten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich erinnere mich, das war, als Sie vom begabungsgerechten dreigliedrigen Schulsystem gesprochen haben!)

Sie trompeten durch das Land, die unsoziale Politik dieser Landesregierung werde nicht zuletzt daran deutlich, dass sich die soziale Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen verschlechtert habe. Sie haben versucht, das auch mit Zahlen zu unterlegen. Jetzt werde ich Ihnen einmal andere Zahlen dageghalten.

Die Anzahl der sogenannten Absteiger zwischen den Schulformen – ich vergleiche das Schuljahr 2000/2001 mit dem Schuljahr 2007/2008 – hat sich von 19.605 auf 14.497 verringert. In dem Zeitraum von 2001 bis 2007 ist diese Zahl um rund 5.000 Schüler gesunken. 25 % weniger Absteiger im Schulsystem als 2001! – Sie gucken mich an. Ich liefere Ihnen die Zahlen gerne zu.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich lese Ihre offiziellen Statistiken!)

– Sie suchen sich eben immer selektiv die Zahlen heraus, von denen Sie meinen, dass man sie passend machen könne.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie tun das natürlich nicht!)

Im selben Zeitraum ist die Zahl der Aufsteiger zwischen den einzelnen Schulformen von 1.066 auf 1.429 Schüler gestiegen, Frau Kollegin Kraft. Wir haben also 25 % weniger Absteiger und 50 % mehr Aufsteiger. So viel zu Ihrer Argumentation! Sie sollten sie anhand der Faktenlage noch einmal überprüfen, Frau Kollegin Kraft. Das darf ich Ihnen doch sehr ans Herz legen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wie gesagt sind mir dann einfach die Zettel ausgegangen. Deshalb komme ich jetzt direkt aus Sicht der FDP zum Entwurf des Haushalts 2009, mit dem die Koalition einen weiteren Schritt zur Sanierung und Konsolidierung der Landesfinanzen unternimmt.

Die Neuverschuldung – darauf muss man immer wieder hinweisen – lag 2005 noch bei 6,7 Milliarden €. Jetzt wird sie auf 1,67 Milliarden € reduziert. Das ist eine Reduktion um fast 75 %.

Im Übrigen haben wir gestern ja mit Interesse gelesen, dass die SPD eine Verfassungsklage gegen die Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Europawahl einreichen will. Da kann ich Ihnen nur zum wiederholten Mal zurufen: Gute Reise nach Münster!

Frau Kollegin Kraft, in diesem Zusammenhang darf ich Sie aber daran erinnern, dass Sie diesem Parlament seit 2001 einen verfassungswidrigen Haushalt nach dem anderen präsentiert haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben ja auch noch nie verfassungswidrige Haushalte vorgelegt!)

Das nur zur Ergänzung Ihrer Argumentation, diese Landesregierung würde gegen die Verfassung verstoßen! Sie haben in den letzten Jahren Ihrer eigenen Regierungsverantwortung keinen einzigen verfassungskonformen Landeshaushalt mehr auf die Reihe bekommen.

(Beifall von FDP und Helmut Stahl [CDU])

Von daher wäre auch beim Thema „angeblicher Verfassungsbruch“ etwas mehr selbstkritische Zurückhaltung nicht schlecht.

(Michael Groschek [SPD]: Eine neue Qualität!)

Wir könnten – darauf hat der Finanzminister sehr zu Recht hingewiesen – mit unserer Konsolidierungspolitik heute wesentlich weiter sein, wenn uns SPD und Grüne nicht diesen gigantischen Schuldenberg von 113 Milliarden € hinterlassen hätten.

(Beifall von der FDP – Michael Groschek [SPD]: Wie hoch ist er denn jetzt? – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich Ihnen die Zahlen noch einmal zufiefere, Frau Kollegin Kraft. Das waren nicht 106,8 Milliarden €.

(Hannelore Kraft [SPD]: Diese Zahl kommt aus der Haushaltsrede des Finanzministers!)

– Ich weiß nicht, aus welcher.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aus der Einbringungsrede des Finanzministers zum Nachtragshaushalt!)

– Sie müssen aber gucken, mit welchen Zahlen der Haushalt verabschiedet worden ist. Ich weiß

nicht, aus welcher Lostrommel Sie diese Zahl gezogen haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aus der Haushaltsrede des Finanzministers!)

Aber glauben Sie mir: Sie ist falsch.

(Beifall von der FDP)

Apropos: Um diese 113 Milliarden € abzuzahlen, müsste ein Lottospieler 310 Jahre jeden Tag 1 Million € im Lotto gewinnen – um einmal die Dimension zu verdeutlichen. Das ist die Erblast, die wir übernommen haben. Diese Erblast müssen wir jetzt bewältigen. Das ist ein sehr schmerzhafter und schwieriger Prozess.

(Michael Groschek [SPD]: Man sieht Ihnen an, wie schmerzhaft das ist!)

– Herr Kollege Groschek, mit Ihren feinsinnigen und hochgeistigen Zwischenrufen haben Sie sich hier ja schon einen entsprechenden Ruf erworben.

(Michael Groschek [SPD]: Immer wieder gern! – Minister Andreas Krautscheid: Herr Groschek ist ein intellektueller Filigrantechner!)

4,6 Milliarden € muss das Land jedes Jahr nur für die Bedienung Ihrer Altschulden, der rot-grünen Altschulden, zahlen. Ohne diese Lasten der Vergangenheit könnten wir schon in diesem Jahr beim Primärsaldo einen Überschuss von über 3 Milliarden € verbuchen – um das einmal klarzumachen. Ohne die Schuldenlast, die Sie uns mit auf den Weg gegeben haben, wäre der Haushalt also schon längst ausgeglichen, und wir würden einen gewaltigen Überschuss erwirtschaften.

(Gerda Kieninger [SPD]: Was haben Sie denn mit den Mehreinnahmen gemacht? – Gegenruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

2005 hatte das Land noch einen negativen Primärsaldo von 2,1 Milliarden €. Das heißt: Die Ausgaben ohne Zinsen lagen im letzten Jahr Ihrer Regierungsverantwortung gut 2 Milliarden € über den regelmäßigen Einnahmen. Selbst ohne den Schuldendienst, den Sie damals zu leisten hatten, haben Sie Jahr für Jahr also mehr Geld ausgegeben, als Sie eingenommen haben – um das auch noch einmal zu kontrastieren.

Mehr und mehr Bundesländer gleichen ihre Haushalte aus und machen keine neuen Schulden mehr. Das muss auch in Nordrhein-Westfalen unser Ziel sein; denn wenn andere Bundesländer den Schuldenberg schon abtragen können, bedeutet das, dass sie mehr und mehr investive

Spielräume gewinnen, woraus Wettbewerbsvorteile gegenüber Nordrhein-Westfalen entstehen. Schon deshalb ist es nicht nur ein Gebot der Generationengerechtigkeit, schnellstmöglich zum Haushaltsausgleich zu kommen, um dann Schulden zurückzahlen zu können, sondern auch ein Gebot im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Auch deshalb sind wir so vehement dafür, den Haushaltsgleich schnellstmöglich herbeizuführen.

Dass wir länger brauchen als andere Bundesländer, liegt an den zerrütteten Finanzen, also an den ungleich schwierigeren Voraussetzungen, die wir von Ihnen übernommen haben. 2005 hatten wir in Nordrhein-Westfalen eine Pro-Kopf-Verschuldung von 6.032 € Dagegen lag die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2005 in Baden-Württemberg bei 3.685 € und in Bayern bei nur 1.853 €. Das sind nun einmal unterschiedliche Ausgangsbedingungen.

Inzwischen steht die Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern aber gut da. In der Vergleichsgruppe der westdeutschen Flächenländer hat Nordrhein-Westfalen seit 2005 den größten Fortschritt bei der Haushaltskonsolidierung gemacht. Das ist ein Erfolg dieser Koalition und dieser Regierung, auf den wir gemeinsam stolz sein können.

(Beifall von FDP und CDU)

Diese Erfolge sind umso bemerkenswerter, wenn man berücksichtigt, welche enormen Zukunftsinvestitionen gleichzeitig getätigt werden. Noch nie in der Geschichte Nordrhein-Westfalens ist so viel in Bildung investiert worden wie in den Jahren 2008 und 2009, meine Damen und Herren –

(Beifall von FDP und Christian Weisbrich  
[CDU])

und das trotz dieser unglaublich schwierigen Konsolidierungsleistung.

Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz steigt die Förderung des Landes bereits in diesem Jahr auf über 1 Milliarde €. In 2009 kommen weitere 110 Millionen € obendrauf.

Die imposanten Zahlen des Betreuungsangebots für unter Dreijährige – im Kontrast zu Ihren jämmerlichen Ergebnissen –

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

sind häufig genug thematisiert worden. Ich will das hier aber auch noch einmal kurz ansprechen. Im Jahr des Regierungswechsels hatten wir in Nordrhein-Westfalen gut 11.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Das war der schlechteste Wert im gesamtdeutschen Vergleich.

(Widerspruch von der SPD)

Zu Beginn des Kindergartenjahres 2008/2009 haben wir die Zahl der Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen auf 44.600 und in der Tagespflege auf über 14.000 erhöht, insgesamt also auf mehr als 58.000. Das sind bereits jetzt mehr als fünf Mal so viele Betreuungsplätze wie im letzten Regierungsjahr von Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Das sind konkrete Maßnahmen, die sich nicht einfach wegmanipulieren lassen, die den Familien in Nordrhein-Westfalen zugutekommen, nach der desaströsen Bilanz, die Sie uns auch in diesem Bereich hinterlassen haben.

2010/2011 wird es einen Rechtsanspruch mit einer Platzgarantie für Familien mit unter Dreijährigen geben. Jede junge Familie weiß bei ihrer Familienplanung, dass sie Planungssicherheit hat und sich nicht den Kopf darüber zerbrechen muss, wohin ihr Kind kommen soll, wenn die Mutter oder der Vater wieder arbeiten gehen will. Dafür haben wir eine konkrete und verlässliche Zukunftsperspektive aufgebaut.

Frau Kollegin Kraft, zu Ihrem Stil und dem Stil Ihrer Truppe, Opposition zu machen, lassen Sie mich Folgendes sagen: Wenn Sie keine konkreten Alternativen entwickeln, geschieht das in Ihrer eigenen Verantwortung. Ich finde es bedauerlich – an der Stelle befinde ich mich an der Seite von Herr Stahl – und warte schon seit drei Jahren darauf, Modernisierungsprojekte der Sozialdemokratie parlamentarisch debattieren zu können. Jedes Mal, wenn ich einen Zettel zur Hand nehme, um Ihre Projektvorschläge zu notieren, bleibt der Zettel leer. Von Ihnen ist bisher nichts, aber auch gar nichts gekommen.

Sie verlegen sich als Einziges in Ihrer Oppositionspolitik auf Verunsicherungskampagnen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reformprojekte, die wir hier seit mehr als drei Jahren organisieren. Das ist wirklich schlimm.

Lassen Sie mich das einmal am Beispiel des Kinderbildungsgesetzes festmachen: Sie haben Tausende junger Frauen, Erzieherinnen und Erzieher systematisch und gezielt verunsichert,

(Beifall von FDP und CDU)

indem Sie denen gesagt haben, Sie müssten Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Sie haben diesen Menschen tatsächlich gesagt, es würde zu Massenentlassungen in Kinderbetreuungseinrichtungen kommen, wenn das Kinderbildungsgesetz verabschiedet wird. Sie haben die Menschen so dreist beschwindelt und verunsichert, wie ich es für unverantwortlich halte, Frau Kollegin Kraft. Bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung darf es nicht zu einem Instrument der politischen Debatte werden, Menschen zu verunsichern. Das ist nicht in Ordnung. Wenn Sie die soziale Verpflichtung Ihrer Parteihistorie ernst nehmen, machen Sie sich das bitte endlich zu eigen!

Die Realität ist: Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen gehen seriöse und ganz konkrete, belastbare Schätzungen derzeit von 7.400 neuen und damit zusätzlichen Vollzeitstellen in Kinderbetreuungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen bis 2010 aus.

(Beifall von FDP und CDU)

Da in der Kindererziehung viele Kräfte nicht Vollzeit arbeiten, werden durch das KiBiz voraussichtlich rund 10.000 neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden, meine Damen und Herren. Das ist die Realität, nachdem Sie Tausende Betroffene aufgehetzt haben. Realität ist: Es gibt zehntausend neue Arbeitsplätze. Erste Zahlen aus den Kommunen in unserem Land bestätigen dies. So wurden beispielsweise in Duisburg im Vorfeld von KiBiz bereits 100 neue Vollzeitstellen in den 80 städtischen Einrichtungen geschaffen. Es waren 100 zusätzliche Vollzeitstellen allein in Duisburg zur Betreuung der unter Dreijährigen, Frau Kollegin Kraft. Was sagen Sie denn zu diesen Zahlen? Es wäre nicht schlecht – Sie haben ja noch etwas Redezeit –, wenn Sie ganz konkret dazu gleich einmal Stellung bezögen.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

Ich darf dann noch auf die Neueinstellungen an den Schulen als weiteres Glanzstück dieser Koalition hinweisen. Darauf sind wir stolz. Denn es war ein verdammt hartes Stück Arbeit, jede einzelne zusätzliche Lehrerstelle zu finanzieren und zu organisieren. Das muss man einfach sagen. Bisher sind es 5.084 Stellen, 1.831 Stellen kommen noch hinzu. Summa summarum macht das 6.915 zusätzliche Lehrerstellen im Lehrstellenhaushalt.

Frau Kollegin Kraft, ich habe noch ein besonderes Bonbon für Sie. Sie putzen unsere Leistungen immer herunter, indem Sie sagen, Sie hätten das

auch so gemacht, alles wären nur manipulierte Zahlen der Landesregierung. Ich habe zu dem Thema eine Seite im dpa-Kulturdienst Nummer 12/04 mit Äußerungen der damaligen Bildungsministerin Schäfer gefunden. Ich darf Ihnen das einmal vortragen, weil es ein sehr schöner Kontrast zu den 6.915 zusätzlichen Stellen ist, die diese Regierung und diese Koalition geschaffen haben. Ich zitiere:

Bis zum Abiturjahrgang 2012/2013 werden nach Angaben der Landesregierung allein an den Gymnasien 12.000 zusätzliche Stellen nötig sein. Da die Schülerzahlen ab 2008/2009 spürbar zurückgingen, seien aber keine neuen Planstellen nötig, stellte Schäfer klar.

Jetzt kommt es:

Mit dem Finanzminister sei aber Einvernehmen hergestellt worden, dass bis 2013 statt der von ihm vorgesehenen Einsparung von insgesamt 28.000 Lehrerstellen höchstens 16.000 gestrichen werden können.

(Lachen von der FDP)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. – Wo ist eigentlich Frau Kollegin Schäfer?

(Zuruf von der Regierungsbank: Auf der Flucht!)

– Auf der Flucht! Das kann ich verstehen.

(Zurufe von der SPD)

Eine Schulministerin verkündet stolz, der Finanzminister habe 28.000 Lehrerstellen streichen wollen; sie habe aber – was für ein Erfolg! – durchkämpfen können, dass höchstens 16.000 Stellen gestrichen werden.

Jetzt erklären Sie bitte einmal Frau Kollegin Schäfer in Absentia ...

(Zurufe von der SPD)

– Da sind Sie ja, Frau Kollegin Schäfer. Erklären Sie dem Parlament doch einmal, woher Sie die Traute nehmen, unsere Schulministerin immer wieder mit dieser Vehemenz zu attackieren – angesichts des Zahlenwerks, das Ihr totales Versagen in der Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen doch überaus deutlich macht.

(Beifall von FDP und CDU)

Bitte nehmen Sie es nicht persönlich, aber wenn ich Sie wäre und dafür in einem Kabinett die Verantwortung getragen hätte, würde ich mich bei je-

der schulpolitischen Debatte in den hintersten Winkel dieses Parlaments verkriechen.

(Beifall von FDP und CDU)

Dass Sie allen Ernstes regelmäßig den Rücktritt unserer Schulministerin fordern – in welchem politischen Paralleluniversum leben Sie eigentlich? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Sie haben damals stolz verkündet, Sie streichen lediglich 16.000 Lehrerstellen. – Diese Schulministerin hat eine Bilanz, in der fast 7.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden sind, und Sie kritisieren die Schulpolitik dieser Landesregierung! Liebe Frau Kollegin Schäfer, das kann doch nur ein schlechter Scherz sein. Ich wollte das gerne noch einmal erwähnt haben, damit es nicht in Vergessenheit gerät.

(Beifall von FDP und CDU)

Noch einige Anmerkungen zu den Hochschulen, wo es auch vorangeht, und zwar kräftig. Den NRW-Hochschulen stehen insgesamt rund 500 Millionen € mehr zur Verfügung als im Jahre 2005. Das sind nicht nur Bundesmittel und Studienbeiträge, sondern 190 Millionen € aus dem Landeshaushalt.

Für die Aufbruchstimmung an unseren Hochschulen steht eben auch die Zahl der Studienanfänger, meine Damen und Herren. Das ist doch ein ganz wichtiges Indiz. In diesen Tagen beginnen 68.000 Studierende ihr Studium an einer Hochschule in Nordrhein-Westfalen. Das sind so viele wie seit 1990 nicht mehr.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das sind doch nicht alles NRW-Leute!)

Insbesondere die Fachhochschulen melden steigende Studierendenzahlen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie müssen die Statistik lesen! – Gegenruf von Helmut Stahl [CDU]: Zählen Sie auch die Bayern mit, Frau Kollegin?)

Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr beträgt 8 %. Es ist aus unserer Sicht besonders erfreulich, dass gerade der Zulauf zu den MINT-Fächern in Nordrhein-Westfalen so positiv ist. Dort hat es im Wintersemester 2007/2008 besonders viele zusätzliche Studierende gegeben.

(Zuruf von der SPD: Wie ist die Abbrecherquote? – Hannelore Kraft [SPD]: Haben Sie die Abbrecherquote auch berücksichtigt?)

In Mathematik und in den Naturwissenschaften betrug der Anstieg fast 8 %, in den Ingenieurwissenschaften sogar 11,5 %. Das sind Zukunftsfel-

der für Nordrhein-Westfalen. Dort müssen wir junge Leute gezielt ausbilden.

Das ist Ihnen sicherlich kürzlich bei Ihrer Tour durch mittelständische Betriebe in Nordrhein-Westfalen auch mit auf den Weg gegeben worden, Frau Kollegin Kraft. Sie können, wenn Sie demnächst wieder einen Betrieb besuchen, dort in Ruhe sagen: Jawohl, die Landesregierung ist dabei, diesen Wunsch der Industrie in Nordrhein-Westfalen zu erfüllen. Wir bilden gerade in diesen Zukunftssegmenten hoch qualifizierte junge Fachkräfte aus, die unser Land auch in Zukunft auf Wachstumskurs halten werden.

Wie geht es nun weiter mit der Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das fragen wir uns auch!)

Zunächst noch einmal: Was unsere Koalition bislang an Konsolidierungsleistungen erbracht hat, ist beachtlich, ist aller Ehren wert. Damit können wir uns – und Sie, Herr Finanzminister, an der Spitze – blicken lassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie daran Zweifel gehabt?)

Aber wir wissen auch, Herr Linssen: Wir sind noch nicht am Ziel. Ziel unserer Politik muss es sein, schnellstmöglich einen ausgeglichenen Landeshaushalt ohne neue Schulden vorzulegen, um dann mit dem Abbau des Schuldenbergs beginnen zu können.

(Beifall von der FDP)

Das muss – und es ist meiner Fraktion ein Kernanliegen – strategisches Ziel unserer Regierungspolitik in den nächsten Jahren bleiben.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Das ist die Voraussetzung für eine dauerhaft nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Der Finanzminister hat dem Parlament eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die die derzeitige Haushaltsentwicklung bis 2012 fortschreibt und einen Abbau der Neuverschuldung in 2012 auf dann noch 600 Millionen € vorsieht.

Bei der mittelfristigen Finanzplanung, die dem Parlament mit dem Haushaltsgesetz vorgelegt wird, handelt es sich ja nicht um einen Beschlussantrag, um ein Gesetz, sondern das Parlament nimmt diese mittelfristige Finanzplanung zur Kenntnis. Es handelt sich dabei lediglich um eine Projektion – das muss man auch sagen –, in der

die aktuellen Rahmendaten unverändert fortgeschrieben werden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ach so!)

Die mittelfristige Finanzplanung, meine sehr verehrten Damen und Herren, beinhaltet also noch nicht die Kerndaten für die nächsten Landeshaushalte bis 2012.

(Ralf Jäger [SPD]: Es ist nur Spaß!)

Sie ist nicht in Stein gemeißelt. Sie ist eine wichtige Orientierungsgrundlage, die man in der Perspektive, Frau Kollegin Kraft, aber noch verändern kann. Meine Fraktion ist der Überzeugung, dass wir sie auch noch weiter verändern müssen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Man liest davon in der Zeitung!)

Da liegt – das gehört mit zur Ehrlichkeit in dieser Debatte – noch sehr viel Arbeit vor uns. Wir haben außerordentlich viel geschafft,

(Beifall von der FDP)

aber gerade bei der Haushaltskonsolidierung liegt noch viel Arbeit vor uns.

Wir müssen dringend zu weiteren strukturellen Verbesserungen im Haushalt kommen. Dies gebietet allein schon die Vorsorge dafür, dass infolge einer sich abschwächenden Konjunktur auch die Einnahmehasis – der Finanzminister hat darauf hingewiesen – unter Druck geraten kann. Deshalb ist es unsere Überzeugung, dass wir in der Koalition – das geht nur gemeinsam – Vorschläge erarbeiten müssen, wie wir den Landeshaushalt strukturell deutlich weiter verbessern können.

(Hannelore Kraft [SPD]: Hört, hört!)

Dazu gehören nach Überzeugung meiner Fraktion weitere Anstrengungen bei der Privatisierung von Landesaufgaben, die bisher schon sehr erfolgreich waren. Ich darf noch einmal an die LEG erinnern. Da haben Sie doch auch eine Ihrer Hetzkampagnen gefahren. Was ist das Resultat? Ein hervorragender zusätzlicher Erlös auch für den Landeshaushalt

(Hannelore Kraft [SPD]: Steigende Mieten!)

und die beste Sozialcharta, über die irgendein Mieter in Nordrhein-Westfalen überhaupt verfügt!

(Beifall von der FDP)

Also, colorandi causa: Bei der Privatisierungspolitik sind noch einige Schätze zu heben. Dazu gehört ein weiterhin beschleunigter Stellenabbau.

(Hannelore Kraft [SPD]: Mal hören, was der Ministerpräsident dazu sagt!)

Auch bei der Zusammenlegung von Landesbehörden – verlassen Sie sich darauf – werden wir noch mit Vorschlägen aufwarten,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gehen Sie erst wieder an die Presse?)

aber die stimmen wir intern ab. Das bereden wir gemeinsam.

(Hannelore Kraft [SPD]: Hört, hört!)

Dann werden wir hier noch zu weiteren Vorschlägen kommen.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Kollege Remmel kann gleich noch in die Debatte eingreifen. Die Grünen haben noch 45 Minuten Redezeit. Wenn Frau Kollegin Löhrmann ihm davon etwas abgibt, dürfte es ihm reichen.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Okay.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Die Koalition hat eine hervorragende Zwischenbilanz erreicht. Jetzt gilt es darauf aufzubauen und mit zusätzlichen Sparanstrengungen einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen.

Ich will zum Ende meines Beitrags in der Haushaltsdebatte noch einmal ausdrücklich unterstreichen – es ist mir gerade nach der Debatte in diesen Tagen wichtig –, was ich in den vergangenen Wochen für meine Fraktion so und genauso auch öffentlich gesagt habe.

Erstens. Meine Fraktion will ein verbindliches Datum, eine Zielmarke, bis wann der Haushalt spätestens ausgeglichen sein soll. Wir glauben, eine solche Zielmarke ist wichtig für Verlässlichkeit nach innen und nach außen,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

damit klar ist, wann wir wirklich den Turnaround geschafft haben.

Zweitens. Wir halten unter der Voraussetzung, dass uns nicht eine Konjunkturkrise die Steuereinnahmen wegbrechen lässt, einen ausgeglichenen Haushalt schon 2010 für möglich, für machbar, unter der Voraussetzung, dass wir uns gemeinsam auf zusätzliche Anstrengungen verständigen können.

Ich will hier klar sagen:

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

Das kann nicht als einzelne Initiative einer Fraktion gelingen. Ich möchte, meine Damen und Herren, der Landesregierung, dem Finanzminister zum Schluss ausdrücklich anbieten, dass die FDP-Fraktion vorbehaltlos zu zusätzlichen Anstrengungen bereit ist, um das, was wir bisher erreicht haben – das kann sich wirklich blicken lassen, Herr Finanzminister, meine Damen und Herren –, noch weiter zu optimieren. Unser Ziel ist und bleibt schnellstmöglich der ausgeglichene Landeshaushalt.

(Beifall von der FDP)

Ich meine, es ist den Schweiß der Edlen wert, wenn wir uns zusammensetzen und schauen, was wir kurzfristig noch an Verbesserung erreichen können.

(Gisela Walsken [SPD]: Doch, 2010!)

Wir werden nicht mit zusätzlichen Ausgabenwünschen kommen. Wir sind bereit, alle auch konsequenten Konsolidierungsschritte mitzugehen.

(Gisela Walsken [SPD]: Was denn jetzt? 2010 oder nicht? – Michael Groschek [SPD]: Das ist die Rede für die Hutablage!)

Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, damit wir im Bereich der Haushaltsentwicklung die Voraussetzungen für die weiterhin erfolgreiche Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam schaffen können. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden das noch einmal abgleichen,

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

was der Herr Papke uns gerade vorgetragen hat.

(Beifall von der SPD)

Mich hat das sehr an seinen Beitrag im letzten Jahr erinnert.

(Gisela Walsken [SPD]: Hochinteressant!)

Da ist dann nicht so ganz viel nachgekommen, aber darauf komme ich im Verlauf meines Bei-

trags noch zurück. Aber immerhin hat doch das Herausgehen von Herrn Dr. Linssen und Herrn Dr. Papke ein bisschen geholfen zur Abstimmung dessen, was Herr Papke hier vortragen darf, damit die Unstimmigkeiten in der Koalition nicht zunehmen.

(Heiterkeit von Gisela Walsken [SPD])

Auch darauf komme ich aber noch zurück.

Herr Stahl, zu Ihrem Beitrag: Ich weiß ja nicht, wen Sie so geküsst haben in letzter Zeit.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Seine Frau!)

Bei der Vorbereitung dieser Rede hier war es auf jeden Fall nicht die Muse. So viel will ich hier zunächst einmal feststellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mich hat Ihr Beitrag eher an das Niveau des Plakats erinnert, das da draußen an der Zufahrt hängt. Wenn eine Partei und eine Fraktion sich so sicher ist, dass sie alles richtig macht und dass sie alles im Griff hat, dann finde ich das relativ niveaulos. Dann spricht das nicht für das Selbstbewusstsein, das Sie hier versuchen zur Schau zu stellen – angesichts der Herausforderungen, die wir auch weiterhin in unserem Land meistern müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese Haushaltsberatungen stehen wahrlich nicht unter einem guten Stern. Gut drei Jahre nach dem schwarz-gelben Regierungsantritt haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen merklich verschlechtert, und die Koalition streitet sich, was das Zeug hält, anstatt endlich die Dinge anzupacken, die jetzt notwendig sind. Man merkt eines immer wieder: Sie haben keinen Plan für Nordrhein-Westfalen. Sie haben keine Vision, keine Vorstellung vor Augen, wie dieses Land in 10, 20 Jahren aussehen soll. So wirtschaften Sie, und so haushalten Sie auch.

Das zeigt sich auch im Entwurf des Landeshaushalts für das letzte Jahr von Schwarz-Gelb: ohne Kontur, ohne Ehrgeiz, ohne Wärme.

Meine Damen und Herren, natürlich komme auch ich darauf zurück: Einer tut so, als sei es ihm zu wenig, nämlich FDP-Fraktionschef Papke. Da hat er letzte Woche einmal wieder den dicken Max gemacht.

(Heiterkeit von der SPD)

Er forderte schon für 2010 einen ausgeglichenen Haushalt. Dabei lehnte er sich so weit aus dem

Fenster, dass FDP-Chef Pinkwart ihn rabiati zurückziehen musste, damit er nicht abstürzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Selbst auf der gestern eiligst einberufenen Pressekonzferenz wurde dieser offene Streit trotz allen Bemühens richtig deutlich. Papke schlägt sich, Pinkwart verträgt sich.

(Heiterkeit von Gisela Walsken [SPD])

Meine Damen und Herren, so war's, aber nehmen wir doch den kleinen Koalitionspartner einmal beim Wort. Herr Papke, wir hätten Ihre Anträge ja wenigstens gern einmal gesehen, mit denen Sie 1,5 Milliarden € einsparen wollten.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie wissen doch genau, dass Haushaltsberatungen in einer Koalition nicht über öffentliche Anträge laufen! Das ist doch Quatsch!)

Zeigen Sie sie! Bringen Sie sie ruhig ein, Herr Papke! Schlagen Sie das wenigstens einmal konkreter in der Öffentlichkeit vor! Aber alles heiße Luft! Wie gesagt, wir prüfen das noch einmal nach. Keine Vorschläge in Sicht!

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist Unsinn!)

Es ist ja auch keine einfache Aufgabe, die Sie sich da gestellt haben. 1,5 Milliarden € – das sind Tausende von Lehrkräften, das Dreifache der Elternbeiträge für die Kitas im Land, eine Menge Holz, die Sie da schultern wollten, Herr Dr. Papke.

Aber es hat sich ja mit Ihnen entpuppt wie immer, wie in den gesamten drei Jahren seit Ihrem Regierungsantritt. Im Zweifel wirft er sich wie bei der Steinkohle auch, bei der Schließung der Bergwerke, dann hinter den Zug, der schon längst abgefahren ist.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Ich prophezeie Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Herr Papke wird mit dieser Quengelei nicht aufhören, bis er endlich da sitzt, wo Herr Wolf jetzt sitzt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist nämlich sein Ziel. Da will er hin. So lange er das nicht erreicht hat, wird er rumquengeln, so lange wird er keine Ruhe geben.

(Gisela Walsken [SPD]: Genauso ist es!)

Meine Damen und Herren, Herr Finanzminister, eines ist zumindest sehr interessant: dass es nicht mehr nur die Opposition ist, die Ihnen vorwirft, nicht ernsthaft den Haushalt zu konsolidieren.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Die Kritik kommt von Jahr zu Jahr heftiger aus den eigenen Reihen. Kein Wunder, Herr Linssen! Denn Sie wollten bei den Personalkosten massiv einsparen. Passiert ist so gut wie nichts. Per Saldo gab es fast keinen Abbau, im Gegenteil, neue Stellen auch in der Verwaltung.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Haben Sie nicht zugehört?)

– Ich habe sehr gut zugehört. Sie haben ja den Stellenabbau im Bewusstsein Ihres Schulprogramms versprochen. Man muss das doch immer wieder deutlich machen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

dass Sie alles nach vorne gerichtet versprochen haben. Außerdem wollten Sie sämtliche Steuermehreinnahmen zum Abbau der Nettoneuverschuldung verwenden.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Nein! Das habe ich nie gesagt!)

Doch wie schrieb diese Woche der Bonner „General-Anzeiger“? Ich zitiere: „Bis zum Ende der Legislaturperiode wird der Landesfinanzminister 14,5 Milliarden € an neuen Schulden aufgenommen haben.“

(Minister Dr. Helmut Linssen: Wo ist die Zahl denn her?)

„Wenn man berücksichtigt, dass er 9 Milliarden € an Steuermehreinnahmen hatte, fällt seine Bilanz nicht besser aus als die der abgewählten rot-grünen Landesregierung.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer noch genauer hinschaut, meine Damen und Herren, stellt fest, dass Rot-Grün in Wahrheit angesichts der Haushaltslagen einen wesentlich schärferen Konsolidierungskurs gefahren ist als die Regierung Rüttgers.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Jawohl!)

Sie sind doch zu all den Demonstrationen, die stattgefunden haben, hingegangen,

(Beifall von der SPD)

und wir wissen doch, was wir hier an Einsparungen verkraften mussten und vorgeschlagen haben.

Ihre Bilanz sähe noch schlechter aus, werter Finanzminister, wenn Sie nicht den Kommunen so schamlos in die Taschen greifen würden, wie Sie es nach wie vor tun. Dann sähe Ihre Bilanz noch

viel schlechter aus. Echte Konsolidierung ist das nämlich nicht.

Ihre Bilanz sähe außerdem schlechter aus, wenn Sie Ihre Versprechen gegenüber den Landesbeschäftigten eingehalten hätten. Da haben Sie sich nämlich auch noch einmal kräftig bedient.

Das ist ein dreifacher Wortbruch, meine Damen und Herren. Das muss hier immer wieder gesagt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nicht einmal in der Haushalts- und Finanzpolitik, also in dem Feld, für das Sie sich ständig für überkompetent erklären, haben Sie einen Plan für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Dass Sie keinen Plan, kein Ziel, kein Bild für unsere Schulen haben, müssen wir leidvoll mit ansehen, und das müssen leidvoll die Beteiligten, die Kinder, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer ertragen. Dass Sie planlos, ziellos und fantasielos durch das Energieland NRW stolpern, erleben wir fast täglich. Und auch beim Haushalt wird immer klarer: Sie haben auf fast allen Feldern den Mund zu voll genommen und den Menschen das Blaue vom Himmel versprochen. Jetzt merken Sie, dass Sie an Ihre Grenzen kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese gebrochenen Versprechen stehen der Mehrwertsteuererhöhung der Großen Koalition in Berlin in nichts nach.

Die Relativierungen – ich habe sehr genau zugehört, Herr Dr. Linssen –, die Sie heute erstmals vorgenommen haben, es würde ein bisschen schwieriger und man wisse nicht so genau, haben wir in den letzten Jahren nicht gehört. Damals haben Sie sich den Hinweis auf die Konjunktur und auf die Wirtschaftsdaten verkniffen und so getan, als hätten Sie das alles in den letzten zwei Jahren bewerkstelligt. Jetzt, wenn es anders wird, drehen Sie dieses Muster herum. Das haben wir erkannt, und das werden wir bei jeder Beratung deutlich machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn jemand so wenige Vorstellungen von einer guten Zukunft unseres Landes wie diese Landesregierung hat, verwundert das Motto „Privat vor Staat“ auch nicht mehr. Wer keine Ideen hat, wie das Land gestaltet werden kann, braucht keinen starken Staat, sondern überlässt es lieber den Privaten.

Meine Damen und Herren, auch wenn es manche nicht hören wollen: Spätestens seit der Bundestagswahl 2005 ist klar: Für die marktradikalen Ansätze in der Politik gibt es in unserer Bevölkerung keine Mehrheit. Das bestätigen Ihnen auch Politikwissenschaftler von Karl-Rudolf Korte bis Franz Walter. Das ist ein Paradigmenwechsel, Herr Stahl, der stattgefunden hat!

Das weiß im Grunde auch der Ministerpräsident. Deswegen formuliert er in Interviews, in Aufsätzen und in Reden vor Bundesparteitagen, dass das alles nicht mehr so sei und holt sich prompt bei Herrn Papke die nächste Watsche ab. In einer Ausgabe vom „Kölner Stadt-Anzeiger“ in der letzten Woche nennt Sie Ihr Koalitionspartner in einem Atemzug mit Oskar Lafontaine und wirft Ihnen verzerzte Realitätswahrnehmung vor.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Och, och!)

Aber Herr Ministerpräsident, Sie lassen Herrn Papke nicht nur gewähren, sondern Sie bleiben in der konkreten, von Ihnen verantworteten Politik in Nordrhein-Westfalen an die Privat-vor-Staat-Ideologie Ihres Koalitionspartners gekettet. Das ist wichtig für die politische Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen als Antwort auf die Globalisierung und ihre Herausforderungen einen handlungsfähigen Staat, der den Rahmen setzt, in dem sich alle Akteure bewegen können und müssen, und der mit diesem Rahmen dafür sorgt, dass das Klima wirkungsvoll geschützt wird, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen und dass wir endlich mehr Chancengerechtigkeit erreichen. Dafür muss der Staat sorgen; dafür brauchen ihn die Menschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir diesen Anspruch aufgeben, verlieren der Staat und die Politik zunehmend an Legitimation. Dann haben es neue Parteien mit gewagten Sprüchen und populistischen Ansätzen ohne Substanz leichter, die politische Bühne zumindest zeitweise erfolgreich zu betreten.

Übrigens, Herr Ministerpräsident: Ihr Presseauftritt nach der Sommerpause war auch schon einmal besser. Das hat viel mit Frau Sommer zu tun, aber nicht nur. Herr Rüttgers, der Unterschied zwischen Konjunkturprogramm und Antirezessionsprogramm ist ungefähr so groß wie der Unterschied zwischen einer Kontamination und einer Vergiftung des Grundwassers. Das eine lehnen Sie ab, für das andere tragen Sie die politische Verantwortung. So ist es, wenn man beim Meister

des Ungefähren ein bisschen genauer hinschaut, meine Damen und Herren. Aber sei's drum.

(Beifall von GRÜNEN und Monika Ruff-Händelkes [SPD])

Schauen wir genauer auf Ihre Vorschläge. Da steht zum Beispiel: Wiedereinführung des Abzugs von Steuerberatungskosten oder vereinfachte Spendenbescheinigungen. – Super, Herr Ministerpräsident! Das ist mal ein Programm, mit dem der Staat unsere Wirtschaft so richtig ankurbeln wird – hier und sofort aus Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit von Frank Sichau [SPD])

Ich sehe die blühenden Landschaften schon wachsen – dank vereinfachter Spendenbescheinigungen und absetzbarer Steuerberatungskosten!

Herr Lindner ist nicht mehr anwesend.

(Gisela Walsken [SPD]: Feierabend!)

Er hat ausnahmsweise Recht, wenn er sagt, dass er das niedlich fände. Es ist aber im Grunde lächerlich und grotesk. An anderer Stelle ist es schlicht grob fahrlässig. Wenn der Ministerpräsident über den künftigen Energiemix spricht und ihm die erneuerbaren Energien nicht einmal einen Halbsatz wert sind, spricht das Bände. Stattdessen redet er immer öfter der Atomenergie das Wort, ebenso wie Herr Stahl.

Wir Grünen, meine Damen und Herren, werden den Atomausstieg mit Zähnen und Klauen verteidigen. Diese Risikotechnologie ist aus vielerlei Gründen unverantwortlich. Wenn ich heute lese, wie leichtfertig Ministerin Thoben angesichts der Unfälle mit Chemiegasen davon spricht, man müsse möglicherweise ein gewisses Restrisiko in Kauf nehmen, mag ich mir eine solche Haltung, Frau Thoben, mit Blick auf die Atomenergie überhaupt nicht mehr ausmalen. Das finde ich unverantwortlich!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist nachzulesen in der „WAZ“.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich weiß, wie schwer es Ihnen fällt, auf uns zu hören. Aber nehmen Sie doch wenigstens die Mahnungen der Kirchen ernst. Sie wollen diesen Eingriff in die Schöpfung nicht. Präses Alfred Buß warnt vor den unberechenbaren Gefahren der Kernenergie und sagt zur ungeklärten Endlagerfrage – ich zitiere –: „Wir sind im Flugzeug losgeflogen, aber wir wissen noch nicht, wie wir landen sollen.“ – Ich bin erschrocken, Herr Stahl, wie leichtfertig Sie über

diese Haltungen und Grundsatzbedenken hinweggehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bei den Alternativen, Herr Rüttgers, waren Sie bei Ihrer letzten USA-Reise schon einmal weiter. Da wussten Sie schon, dass zum Beispiel in der Windenergie die Zukunft liegt. Außer Landes gibt es gewisse Anflüge von Einsicht, aber wenn es konkret darauf ankommt, sehen wir das im politischen Handeln leider nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie und Ihre Landesregierung durch den unsäglichen Windenergieerlass NRW von der Entwicklung der Windenergie abschneiden, müssen Sie sich doch nicht wundern, wenn es in unserem Land Jahr für Jahr mit den Windenergieinvestitionen bergab und nicht bergauf geht. Gerade bei der Energiepolitik zeigt sich, wer die Herausforderungen der Zukunft erkannt hat und die Weichen richtig stellt. CDU und FDP tun das ganz offensichtlich nicht.

Ganz konkret spürbar wurde das für jede Einzelne und für jeden Einzelnen durch die Preissteigerungen beim Öl und als Folge davon durch die Preissteigerungen beim Gas. Diese Preissteigerungen werden erhebliche soziale und gesamtwirtschaftliche Probleme verursachen. Die Probleme sind offenkundig; man kann sie nicht mehr leugnen. Die hohen Preise treffen insbesondere Familien, die von ihren knappen Einkommen einen immer größeren Teil allein für Energie ausgeben müssen. Dann bleibt natürlich weniger Geld für andere Güter übrig. Dieser Abfluss von Kaufkraft hin zur Energie ist dramatisch.

1999 hat Deutschland per Saldo für 18 Milliarden € Erdöl und Erdgas importiert. Für 2008 sagt die Bundesbank etwa 85 Milliarden € voraus. Das ist fast eine Verfünffachung seit 1999 und hat ganz konkrete Folgen: soziale Probleme und erhebliche Belastungen für private und öffentliche Haushalte, Einschränkungen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, weniger verfügbares Einkommen und entsprechendes Sparverhalten.

Die daraus folgende Konsumflaute ist bereits im Tourismus, in der Gastronomie und vor allem im Handel spürbar. Die Menschen kaufen eben auch weniger ein. Dann ist es auch zum Abbau von Arbeitsplätzen nicht mehr weit. Wenn einzelne Branchen weniger umsetzen, werden sie Menschen entlassen. Die Pleiten von SinnLeffers, Wehmeyer und Hertie sprechen eine deutliche Sprache. Das hat natürlich konkret mit der wirt-

schaftlichen Grundlage unseres Landes und damit auch mit dem Landeshaushalt zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen und können gegensteuern. Wir haben einen Vorschlag gemacht, den ich hier noch einmal wiederholen möchte; wir werden ihn noch öfter diskutieren, weil er so überzeugend ist: Wenn wir beispielsweise massiv in die energetische Gebäudesanierung einsteigen, folgen daraus weniger Kosten für Öl- und Gasimporte, mehr Geld für die heimische Bauindustrie und die Zuliefergewerke und mehr Geld im Portmonee der Menschen. Das bedeutet neue Arbeitsplätze im Baugewerbe sowie weniger Arbeitsplatzverluste in der Textil- und Konsumindustrie.

Es geht darum, hier eine Wende einzuleiten und eine Win-win-Situation massiver Art auszunutzen. Ich verstehe nicht, warum Sie sich hier verweigern.

Frau Ministerin Thoben hat in Reaktion auf die gemeinsame Pressekonferenz von Frau Kraft und mir gesagt, dass 30.000 Wohnungen pro Jahr saniert werden. – Der Altbaubestand beläuft sich auf 6,3 Millionen vor 1984 errichteter Wohnungen. Haben Sie einmal ausgerechnet, wie lange Sie für die Altbausanierung benötigen, wenn Sie in diesem Schneckentempo weitermachen? Es sind mehr als 100 Jahre, meine Damen und Herren.

Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung bei der Gebäudesanierung zur Einsparung von Öl- und Gasimporten. Nicht kleckern, sondern klotzen muss hier die Devise sein – auch im Landeshaushalt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist ein wirkliches und vernünftiges Antirezessions- und Konjunkturprogramm. Einfache Spendenbescheinigungen oder die Absetzbarkeit von Steuerberatkungskosten reichen nicht aus.

Es geht also um den Wirtschaftsstandort NRW. Es geht aber auch und vor allem um die Menschen, die sich teure Energie schlicht nicht leisten können. Es geht selbstverständlich auch um Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, eine weitere ganz zentrale Herausforderung für die wirtschaftliche Entwicklung in NRW ist die Bildungspolitik. Um im globalen Wettbewerb mithalten und von der Globalisierung profitieren zu können, müssen wir die Ergebnisse unseres Bildungssystems radikal verbessern. Die Stärke von NRW müssen die Menschen sein: gut ausgebildete und hochqualifi-

zierte Menschen, die innovative Entwicklungen vorantreiben.

Aber auch hier bewegen Sie sich mit Rekordgeschwindigkeit in die Sackgasse. Die Landesregierung zementiert ein Schulsystem, das auf Selektieren und Aussortieren setzt. Das ist bestenfalls „50er-Jahre“, eher noch „vorletztes Jahrhundert“.

Das Ganze geschieht mit einer Führungscrow im Schulministerium, die nicht einmal in der Lage ist, die politisch unstrittigen Reformprozesse einigermaßen vernünftig umzusetzen. Es ist eine Crew, die die Schulen in unserem Land mit einer nie dagewesenen Erlassflut überzieht. Das ist Bürokratielärm pur, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bei Sommer und Winands kommt ein Scherbenhaufen zum nächsten.

(Zuruf von der SPD: Bei Winands und Sommer!)

– Die Grünen nennen die Damen immer zuerst. Soweit wollen wir es nicht kommen lassen.

Der Ministerpräsident schaut stur in die andere Richtung. Herr Ministerpräsident, wer die dort liegenden Scherben nicht sieht, kann auch nicht anfangen, die Scherben aufzuräumen. Damit sollten Sie aber endlich einmal anfangen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Leistung unserer Schulen ist nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend. Es geht um mehr. Es geht um gelingende Integration, um Bildungsaufstieg. Es geht um das Ausschöpfen aller Potenziale und Talente. Es geht um soziale Gerechtigkeit. Nirgendwo in der westlichen Welt hängt der Bildungserfolg in solchem Maße vom sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland. Es geht um jede und jeden Einzelnen, die/den wir mit einer besseren Bildung in die Lage versetzen, ihr/sein Leben erfolgreich zu gestalten und in die eigenen Hände zu nehmen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das war schlimm zu Ihrer Regierungszeit!)

Die Befürworter eines anderen Weges und die Belege dafür nehmen tagtäglich zu, Herr Linssen. Ganz aktuell zeichnet die Bertelsmann Stiftung die Bildungsregion Toronto aus und will damit bewusst die politische Diskussion in Deutschland beflügeln: hin zu besseren Leistungen und zu mehr sozialer Gerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen. Aber ich fürchte, auch diese Signale werden und wollen Sie wieder nicht hö-

ren. Sie bleiben weiterhin in Ihrem Schützengraben stecken.

Herr Stahl, ich muss Sie nicht ans Händchen nehmen. Ich lade Sie aber ein: Kommen Sie doch zur Preisverleihung mit. Schauen wir es uns gemeinsam an. Vielleicht lassen Sie sich von diesen neuen Ideen anstecken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber auch hier nutzen Sie die Chance zum Win-win nicht. Sie sind als NRW-CDU eine eingemauerte Truppe, die sich nicht auf den Weg macht, während andere längst angefangen haben.

In der Hochschulpolitik rühmen Sie sich insbesondere zweier Punkte: der Schaffung von drei neuen Fachhochschulen und der Verankerung eines Stipendiensystems. Lassen Sie mich zu beiden Punkten nur wenige Sätze sagen.

Sie haben großspurig angekündigt, den besten 10 % der Studierenden 300 € monatlich zu gewähren. Das notwendige Geld dafür ist aber beim besten Willen nicht im Haushaltsentwurf zu finden. Selbst wenn 10 % der Studierenden Stipendien bekommen, löst das nicht das Problem, dass die Abiturientinnen und Abiturienten aus ärmeren Familien systematisch durch die Studiengebühren abgeschreckt werden. Johannes Rau lässt grüßen, Herr Ministerpräsident.

Bei den neuen Fachhochschulen sieht es ähnlich aus. Das dafür im Haushalt vorgesehene Geld reicht bei Weitem nicht aus. Ganz abgesehen davon sind Neugründungen von Fachhochschulen unflexibler und teurer als der Ausbau bestehender Standorte. Diese Haltung haben wir schon vorge tragen. In dieser Haltung haben uns die Unternehmer, mit denen wir vorgestern Abend in Meschede gesprochen haben, auch ausdrücklich bestätigt. Sie sagten, der Ausbau bestehender Standorte ist der bessere Weg und hilft uns schneller, um den Fachkräftemangel abzubauen und die Qualifizierung der zukünftigen Beschäftigten voranzutreiben.

Was Sie schaffen, das sind populistische Leuchttürme: Clement – schwarz-gelb-gestreift, meine Damen und Herren.

Sie rühmen sich Ihrer Investitionen bei der Kinderbetreuung. – Ja, hier gibt es einen immensen Nachholbedarf. Das haben wir auch eingeräumt. Wir haben die Priorität auf die offene Ganztagsgrundschule gelegt und dort angefangen. Inzwischen haben alle Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ein offenes Ganztagsangebot. Darin lag unsere Priorität. Es war klar, dass andere Schritte folgen werden.

Über eines können Sie aber nicht hinwegreden: Sie als Land bremsen die Kommunen beim bundesrechtlich vorgesehenen Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren aus. Sie bremsen die Kommunen, die mehr tun wollen, aus. Geben Sie diese Deckelung auf, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung hat noch einen Scherbenhaufen durch Ihr Verschleppen, Ihren Dilettantismus und Ihr Wegsehen angerichtet: den bei der WestLB. Nun, wo sie selbst den Scherbenhaufen nicht mehr übersehen kann, fordert sie andere auf, ihn möglichst schnell zu beseitigen. Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, so etwas nennt man: sich vor der Verantwortung drücken.

Ich darf daran erinnern, dass Herr Rüttgers noch 2007 die WestLB zur Chefsache erklärt hat. Sie haben gemeinsam mit Ihrem Finanzminister vom großen Finanzplatz Düsseldorf geträumt und deshalb sinnvolle und notwendige Fusionsverhandlungen mit der LBBW torpediert.

Nun, wo das Desaster seinen Lauf nimmt, ziehen Sie sich zurück und versuchen, mit präsidialem Stil so zu tun, als wenn Sie mit all dem nichts zu tun hätten. Jetzt, ein Jahr später, muss der arme Herr Linssen kleinlaut erklären, dass die Aufrechterhaltung des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen so nicht mehr möglich ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht zu viel Mitleid!)

Diese späte Erkenntnis kommt uns alle sehr teuer zu stehen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn im schlimmsten Fall muss das Land beim Risikoschirm für fast 4 Milliarden € komplett einstehen. Es ist jetzt schon klar, dass Sie beim Verkauf der Landesanteile allenfalls die Hälfte hereinholen können. Die brauchen Sie, damit die NRW.BANK nicht auch noch vor die Wand fährt.

Herr Ministerpräsident, wenn das kein finanzpolitischer Offenbarungseid ist, was denn dann? Sie sind mit Ihrer Politik in Bezug auf die WestLB auf der ganzen Linie gescheitert. Auch der Verweis auf die Vergangenheit hilft nicht.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das haben Sie nicht so gern!)

– Sie waren doch immer dabei, Herr Dr. Linssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Schon an anderer Stelle haben wir darauf hingewiesen, dass Sie dabei waren wie kein anderer im Hause.

(Gisela Walsken [SPD]: Das kann man nicht oft genug sagen!)

An Ihrer Stelle wäre ich ganz vorsichtig.

Ich zitiere noch einmal den Bonner „General-Anzeiger“ vom 26. August 2008:

Aus vertraulichen Unterlagen der Bank geht hervor, dass die Bank zwei Drittel der Schrottanleihen erst nach dem Regierungswechsel angehäuft hat und zwischenzeitlich fast 30 Milliarden € in ihren Depots führte.

Das Zitat ist es wert, auch zweimal im Protokoll vermerkt zu werden.

Wer soll das jetzt alles hinbiegen? Nicht der Chef – es ist keine Chefsache mehr –, nicht einmal der Finanzminister, sondern die Sparkassen sollen eingreifen, und zwar vor dem Hintergrund der Drohkulisse Sparkassengesetz. Herr Linssen, Herr Rüttgers, so können Sie mit unseren Sparkassen nicht umgehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von Minister Dr. Helmut Linssen)

Sie können nicht erst den Scherbenhaufen anrichten und dann für den Fall, dass die Sparkassen ihn nicht beseitigen, mit dieser Drohkulisse kommen. Das Sparkassengesetz muss vom Tisch. Wir sind nicht die Einzigen, die das fordern. Beim Scherbenhaufen WestLB sollten Sie für jede Hilfe dankbar sein, die Sie überhaupt noch von irgendeiner Seite erhalten.

Niemand weiß heute, was in einem Jahr oder in zwei Jahren mit der WestLB sein wird. Trotzdem sollen die Sparkassen auf Gedeih und Verderb an die privatisierte WestLB gekettet werden. Das ist eine Blindheirat auf Verdacht.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Natürlich stimmt das!)

– Ihr Freund Breuer schlägt doch die Hände über dem Kopf zusammen, wenn er Ihnen zuhört. Dann werde ich doch die Sachen im Parlament formulieren dürfen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Sparkassengesetz kann unter diesen Voraussetzungen das Aus für diese bewährte kundennahe und die Region unterstützende Banklandschaft bedeuten, die nicht nur die großen Geschäfte im Blick hat, sondern auch die kleinen

Leute, die soziale Struktur und das kulturelle Angebot vor Ort. Die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen brauchen gute Finanzierungen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. – Herr Ministerpräsident, ich kann Ihr Agieren bei der WestLB auch kurz zusammenfassen: erst Chefsache, dann Tauchstation! Das häuft sich.

Wenn die Arbeitslosenzahlen wieder steigen, werden Sie alles und jeden dafür verantwortlich machen, nur nicht sich selbst. Als Arbeitsplätze entstanden sind, war es genau andersherum, obwohl Sie genau wissen, dass das auf die schwierigen Reformen der rot-grünen Bundesregierung zurückzuführen ist. Damit betreiben Sie eine Politik der Täuschung, Herr Rüttgers, von der sich die Menschen abwenden.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Diese Politik macht eine Partei wie Die Linke und andere Protestparteien stark. Dafür tragen auch Sie mit Ihrem Handeln Verantwortung.

Wenn Sie dann noch versprechen, dass trotz der Kürzungen der letzten Jahre kein Arbeitslosenzentrum geschlossen wird, von 183 Zentren aber nur noch 20 überbleiben, weil alle anderen wegen Ihrer Kürzungen schließen müssen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und davon nur noch neun bis zum 31. Dezember!)

ist das nur ein weiteres aktuelles Beispiel dafür, wie Schwarz-Gelb die soziale Spaltung vergrößert, konkret die Politikverdrossenheit fördert und die Menschen im Stich lässt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Kurzsichtigkeit und Stümperei sind die Kennzeichen dieser schwarz-gelben Landesregierung.

Dabei stecken in den Herausforderungen der Zukunft so gute und lohnenswerte Chancen. Ich habe sie genannt: bessere Bildung, Klimaschutz als Jobmotor und nachhaltige Haushaltskonsolidierung. So sieht die Zukunft von NRW aus, Herr Ministerpräsident: nachhaltig auf allen Ebenen. Das ist anders als in den 50er-Jahren und anders als heute, auf jeden Fall besser.

Ich wiederhole mich, auch wenn Sie es nicht mehr gerne hören wollen: Wer so gut ist wie diese Landesregierung, hat einfach keinen Ehrgeiz.

(Anhaltender Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Löhrmann. – Als Nächster spricht der Ministerpräsident. Herr Dr. Rüttgers, Sie haben das Wort.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist im Aufbruch. Es gibt mehr Arbeit. Im Juli hatten wir 300.000 Arbeitslose weniger als im Mai 2005. Es gibt 240.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

(Zuruf von der SPD: Trotz Ihrer Regierung!)

Das Wirtschaftswachstum lag 2006 und 2007 bei 2,6 % und damit über dem Bundesdurchschnitt. 2005 waren es noch 0 %. Wie der Finanzminister dargelegt hat, machen wir weniger Schulden: der niedrigste Stand seit 30 Jahren, zwei Drittel weniger als 2005.

(Beifall von CDU und FDP)

Gestern haben wir in Gelsenkirchen zusammen mit dem Herrn Bundespräsidenten den ersten 6.300 Zweitklässlern ihre Instrumente im Rahmen der Aktion „Jedem Kind ein Instrument“ überreicht. 20.000 Erstklässler fangen in diesen Tagen mit ihrem Unterricht bei JeKi an.

Am vergangenen Freitag habe ich zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Hiddenhausen eine Kindertagesstätte besucht und in Löhne eine Hauptschule. Beide zeigen schon heute, wie wir uns das überall vorstellen; das Ziel ist klar: Jedes Kind soll in Nordrhein-Westfalen die Chance zum sozialen Aufstieg bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Am nächsten Freitag werden wir in Hamm-Uentrop den Grundstein für ein neues, hypermodernes Kohlekraftwerk legen, damit die Energie sicher und die Luft sauberer wird.

Diese Beispiele zeigen: In Nordrhein-Westfalen hat sich etwas getan. Es geht aufwärts, und wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Vor dem Hintergrund dieser Realität habe ich mir, als ich zugehört und vor allen Dingen die Reden von Frau Kraft und Frau Löhrmann interessiert aufgenommen habe, gedacht: Wie passt das eigentlich zusammen? – Ich bin sogar einmal kurz zum Kollegen Stahl gegangen, weil ich dachte, es hätte etwas mit der Optik zu tun und von dort aus ginge es besser.

Ich frage mich die ganze Zeit: Was soll diese Miesmacherei,

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Fakten!)

was soll diese Nöhlerei, was soll diese Keiferei? Wenn man das hört, kann man nur mit dem Kopf schütteln. Früher war jedenfalls Frau Löhrmann gelegentlich für ein paar interessante neue Denk-

und Argumentationsansätze gut. Heute, Frau Löhrmann, hatte ich den Eindruck, Sie haben anscheinend denselben Redeschreiber gehabt wie Frau Kraft: dieselben Zitate, dieselben Zahlen, dieselben Punkte. Leider Gottes waren Ihre Zahlen genauso falsch wie die von Frau Kraft. Das ist natürlich schwierig.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb will ich zu dieser Rede nur noch eine Bemerkung machen. Sie lautet: Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Grünen keinen ausgeglichenen Haushalt fordern. Das ergibt sich zumindest aus der Rede. Das sollten wir vielleicht festhalten, weil es ein politischer Punkt ist.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Papke auch nicht mehr!)

Frau Kraft, es ist klar – ich war auch einmal Oppositionsführer –: Ich bin als Ministerpräsident für alles verantwortlich in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel auch dafür, dass die SPD im Moment in den Umfragen bei 27 % liegt,

(Beifall von CDU und FDP)

zum Beispiel dafür, dass sich die Linkspartei abgespalten hat und Sie immer noch nicht wissen, ob Sie sie nun lieben, mit ihr koalieren oder sie bekämpfen sollen, oder dafür, dass der DGB und der Arbeitgeberverband gesagt haben, die Sache mit dem Antirezessionsprogramm sei eine gute Idee. Ich bin für alles verantwortlich.

Ich weiß aber auch, dass ich nichts damit zu tun habe, dass das Zentralabitur zumindest nach den Zahlen das Beste war, das wir in Nordrhein-Westfalen je gehabt haben, seitdem Zahlen erhoben worden sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Das war schon interessant, dass Sie das gar nicht mehr erwähnt haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das Krisenmanagement war auch das Beste, was wir je hatten!)

Dass in Nordrhein-Westfalen plötzlich Straßen und Fahrradwege in großem Maße gebaut werden, weil es jetzt Planungsrecht gibt und nicht alles wie bei Rot-Grün verhindert worden ist, damit habe ich absolut nichts zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe nichts damit zu tun, dass immer mehr Firmen etwa ihre europäischen Zentralen nach Nordrhein-Westfalen verlegen, hier investieren und sich ansiedeln: Honda, Boing, BlackBerry,

Scanbull, QVC. Dass die Geschichte mit Nokia prima gelaufen ist und wir den Leuten helfen konnten, mit all dem habe ich nichts zu tun. Ich habe es zur Kenntnis genommen.

Während Ihrer Rede, Frau Kraft, kam Helmut Linssen – Sie haben es vielleicht gesehen – mehrfach zu mir und hat mir eine Reihe von Zetteln gegeben, die übrigens alle mit Zahlen beschrieben waren, Herr Papke, und da stand immer drauf: Die Zahl stimmt nicht, und die Zahl stimmt nicht.

Normalerweise gibt es in einer politischen Debatte zwei Dinge, die man auseinanderhalten muss – zumindest habe ich das so gelernt –: Fakten und Meinungen. Normalerweise müsste bei den Fakten Konsens zu erzielen sein, wenn man die Grundrechenarten anwendet und nach Adam Riese addiert oder nicht addiert. Voraussetzung für einen möglichen Konsens über Zahlen ist aber das Zuhören. Das aber ist einer der schwierigen Punkte. Frau Kraft, Sie haben es geschafft, sogar die klaren Fakten so zu verdrehen, dass sie Ihren Meinungen entsprachen, anstatt Ihre Meinungen an den Fakten zu orientieren. Das führt immer ins Elend, Frau Kraft.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man dann noch mit einer vorbereiteten Rede kommt und nicht gehört hat, was der Finanzminister gesagt hat, und es nicht gebacken kriegt, das anzupassen, stellt man die Frage: Was habt Ihr zum Beispiel mit den Steuermehreinnahmen getan?

(Rainer Schmelzter [SPD]: Zu wem reden Sie eigentlich?)

Helmut Linssen hat die Antwort gegeben: 90 % sind in den Haushalten, für die er die Verantwortung trägt, eingesetzt worden, um die Nettoneuverschuldung zurückzufahren. 90 %, und dann ziehen Sie hier diese Show ab!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Sie wollen von Fakten reden, wo Sie die Fakten so verdrehen!)

Mal ganz von den Peinlichkeiten abgesehen, Frau Kraft, mit denen Sie schon heute Morgen in Ihrem Radiointerview angefangen haben. Sie haben dort gesagt, Sie wollten heute noch nicht das Geheimnis lüften, wie Sie Ihre Forderungen nach schneller Absenkung der Nettoneuverschuldung bei gleichzeitiger Entlastung der Bürger und bei gleichzeitigen Mehrausgaben für Institutionen querfinanzieren wollen. Das haben Sie heute Morgen und auch hier gesagt. Sie haben nur bei den drei Punkten, über die Herr Papke schon ge-

sprochen hat, so ein klein bisschen den Schleier des Geheimnisses gelüftet, aber das war von den Zahlen her nichts.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Reden Sie nur mit Ihren Koalitionsfraktionen?)

Was habe ich also gemacht? – Ich weiß noch aus meiner Oppositionszeit um die Schwierigkeit, sich von Haushalt zu Haushalt etwas Neues einfallen zu lassen. Ich habe nachgesehen, welche Anträge Sie in den letzten Jahren gestellt haben, zum Beispiel zu den Haushaltsentwürfen 2006, 2007 und 2008.

2006 haben Sie, um schneller mit der Neuverschuldung klarzukommen – der Hauptvorwurf lautete ja, er spart nicht genug –, Anträge gestellt, die saldiert eine Mehrausgabe von 238 Millionen € zur Folge hatten. 2007 haben Sie zugegebenermaßen, wenn man alle Anträge saldiert, Minder Ausgaben von 100 Millionen € beantragt. Einige davon waren nicht so überzeugend, sodass Sie sie dann im Plenum gar nicht angeführt haben. Das hier sind die Plenarzahlen. Und 2008 haben Sie wieder Anträge mit plus 251 Millionen € an Ausgaben eingereicht.

Das heißt: Saldiert auf diese drei Jahre haben Sie Anträge mit Mehrausgaben in Höhe von 389 Millionen € gestellt. Das ist genau die Art, wie Sie uns während Ihrer Regierungszeit in das Schuldendestaster hineingeführt haben, nämlich zu erklären, das sei Konsolidierung, und gleichzeitig mehr Geld auszugeben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Und Sie wollen von Fakten reden? Sie verdrehen sie! – Ralf Jäger [SPD]: Lügen haben kurze Beine!)

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, das liegt natürlich auf der Linie. Insofern hat das in der allgemeinpolitischen Debatte auch ein Stück damit zu tun, dass sich gewisse Verhaltensmuster herausgestellt haben. Ich habe in Nordrhein-Westfalen eigentlich noch niemanden getroffen, der weiß, wofür Frau Kraft eigentlich steht. Und die Rede heute war genauso.

(Beifall von der CDU)

Wir wissen nicht, mit welcher Machtperspektive sie hier auftritt, wir wissen nicht, wie ihr Verhältnis zu den Linken ist. Trotz Aufforderung hat sie nichts dazu gesagt.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Deutlich! Sie müssen zuhören!)

Noch am Wochenende wurde von der SPD verkündet, man sei natürlich ohne Wenn und Aber für den Ausstieg aus der Atomenergie. Jetzt habe ich gelesen, dass Herr Römer, ihr Stellvertreter, gesagt hat: Na ja, man könnte doch darüber reden, wenn es wieder weitere Subventionen für die Kohle gäbe.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das hat er nicht gesagt!)

Der DGB-Vorsitzende hat sich dem angeschlossen. Wir haben es auch von den Mittelständlern im Sommer gehört, was gut ist.

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt haben Sie so viele Berater, lassen Sie sich doch mal beraten!)

Gleichzeitig kämpft sie jetzt für eine Erbschaftsteuer, die eine große Anzahl von Mittelständlern bei jedem Erbgang in den Ruin treiben wird, weil dann das Geld, was sie haben, schlichtweg weg ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Ding ist übrigens nicht nur wachstumsfeindlich, sondern ohnehin nicht mal umsetzbar. Liebe Frau Kraft, was denn nun? Für Mittelstand oder gegen Mittelstand? – Zuerst waren Sie für die Chemie, jetzt ist Herr Steinbrück gegen die CO-Pipeline. Was ist denn Ihre Haltung dazu? Warum haben Sie uns dazu nichts gesagt? Da laufen doch Kampagnen.

(Gisela Walsken [SPD]: Oh! Das Thema! Hervorragend, wir warten schon lange auf Ihre Haltung! Jetzt bin ich gespannt! – Unruhe)

Ja was denn nun, Steinbrück oder Sie? Was denn nun?

(Unruhe von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Tolles Thema!)

Arbeitslosengeld I – zuerst riesige Debatten, das sei alles unseriös, Veränderungen vorzunehmen,

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

dann fällt der Beck um, und sofort sagt Frau Kraft, das sei eine sinnvolle Sache, die die SPD jetzt durchgesetzt hat.

Oder: Auflösung der Grundschulbezirke – der soziale Anschlag auf unsere Schulen.

(Zustimmung von Michael Groschek [SPD])

Wir haben nachgefragt, was passiert ist. – Gar nichts ist passiert, überhaupt keine sozialen Verwerfungen.

Über KiBiz ist schon geredet worden. KiBiz sei das Schlimmste, was man für Kinder tun könnte. – Heute sind alle Betroffenen dankbar, dass es das KiBiz gibt.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Definieren Sie mal „alle“!)

Sie ärgern sich darüber – kriminell –, dass Sie der SPD und den Grünen bei der Debatte aufgesessen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsfraktionen, als ich letztes Jahr aus den Sommerferien kam, wurde ich bei der Landespresskonferenz scharf nach KiBiz gefragt. In diesem Jahr war angeblich etwas mit den Schulen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Angeblich?)

Ich prognostiziere: Nächstes Jahr um diese Zeit werden die Leute sagen, dass sich die von uns in den Schulen eingeleiteten Maßnahmen bewährt haben. – Und genau das ist es: Wenn man etwas verändert, dann braucht es eine gewisse Zeit, bis es sich verändert.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Ihnen Ihre Redeschreiber so aufgeschrieben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein paar Bemerkungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation machen. Das ist das wichtigste Thema, was es gibt. Der aktuelle Außenwirtschaftsbericht zeigt,

(Zuruf von der SPD: Den Wetterbericht!)

dass wir in Nordrhein-Westfalen eine international beachtete Wirtschaftsmacht sind. Die Zahlen haben gezeigt ---

(Michael Groschek [SPD]: Was die Bruderschaft mit Georgien macht!)

Meine Vorgänger Herr Kollege Clement und auch Herr Kollege Steinbrück haben sich auch immer auf diese Sache bezogen. Da kann man sehen, wo man steht. Ich finde es interessant, dass wir auf Platz 17 sind, gleich hinter den Niederlanden, vor der Türkei, vor Belgien und vor Schweden. Es ist wichtig, dass wir sowohl im Bereich Export 2007 um 9,1 % zugelegt haben und dass die Importe um 6,5 % gestiegen sind.

Nun haben Sie bei der Rede von Frau Kraft gehört,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die zum Parlament gesprochen hat!)

dass Sie das, was ich in der Pressekonferenz nach den Sommerferien und dann bei einem WDR-Interview in einer natürlich erheblich verkürzten Form gesagt habe, offensichtlich nicht verstanden hat. Sie sagen doch immer, Sie seien Ökonomin. Dann müssten Sie doch wissen, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem, was es an Grundwellen gibt.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie sind schlecht zu verstehen. Sie nuscheln etwas! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenruf von der CDU: Haltet doch mal den Mund!)

– Ja, das ist auch immer so eine Geschichte. Diejenigen, die den Mund am meisten aufreißen, haben in der Regel die Ohren zu und bleiben deshalb dumm.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Das sind Sie gerade, Herr Minister!)

Es gibt eine Grundwelle – das ist die gute Nachricht, wie jeder Fachmann bestätigt –, dass durch die Einbeziehung von 2 Milliarden Menschen in die Marktwirtschaft weltweit eine große Nachfrage besteht, unter anderem eine große Nachfrage nach Gütern, bei denen wir in Nordrhein-Westfalen, aber auch insgesamt in Deutschland besonders stark sind.

(Zuruf von der SPD: Frohe Botschaft! Das hören wir gerne!)

Ich glaube nicht an eine Rezession. Das ist nicht einfach nur eine allgemeine Betrachtung. Es ist klar: Wir werden in diesem Jahr eine Verlangsamung des Wachstums bekommen. Das ist so. Aber wir haben die Chance, dass die Wachstumsdynamik wieder zunimmt, wenn wir jetzt das Richtige tun. Fachleute sagen mir,

(Michael Groschek [SPD]: Wie Johannes Rau zu Helmut Schmidt!)

der Preisauftrieb lässt nach, der private Konsum erholt sich. Allein das ist schon ein Grund, weshalb wir jetzt kein Konjunkturprogramm à la Keynes wollen. Frau Löhrmann, ich erkläre es Ihnen später, wo die Unterschiede liegen zwischen einem angebotsorientierten und einem nachfrageorientierten Programm. Danach, meine ich, werden Sie es verstehen.

(Unruhe von der SPD)

Es geht also nicht darum, die Nachfrage auf Pump anzukurbeln, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil es schon zwei wie Konjunkturprogramme wirkende Maßnahmen gibt. Das eine ist die

Unternehmensteuerreform und das andere ist die Senkung der Arbeitslosenbeiträge. Zusammen macht das, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, eine Summe zwischen 13 und 15 Milliarden € aus, die im Moment für den Konsum zusätzlich zur Verfügung steht. Und das wird eine gewisse Wirkung haben.

Die Fachleute sagen, dass der Konsum wieder anspringen wird. Da geht es jetzt nicht um die Nachfrage, sondern darum, angebotsorientiert etwas zu machen. Das, was ich versucht habe darzulegen, – das ist überhaupt kein Wegschieben in Richtung Berlin –, ist, dass wir uns gerade in den letzten Monaten der Großen Koalition nicht nur damit beschäftigen, in welchem Zustand die SPD ist oder was mit Kanzlerkandidaturen oder Ähnlichem passiert, ob wir Krach haben zwischen CDU/CSU und SPD, sondern auch damit, was jetzt notwendig ist, damit es kein Abrutschen in eine Rezession gibt, was wir tun können, um die angebotsorientierten Rahmenbedingungen für unser wirtschaftliches Handeln zu verbessern. Wenn wir das schaffen, können wir das immer noch vorhandene Wachstum wieder steigern und über die Schwierigkeiten, die es international gibt, hinwegtragen.

Wir brauchen mehr Wachstum, wir brauchen mehr langfristig wirkendes Wachstum. Das hat etwas damit zu tun, dass der Aufschwung bisher nicht alle Menschen erreicht hat, vor allen Dingen nicht die mit kleinen Gehältern.

(Michael Groschek [SPD]: Wer verhindert denn Mindestlöhne?)

Gerade heute Morgen hat die Hans-Böckler-Stiftung noch einmal gesagt: Die Realeinkommen des am wenigsten verdienenden Bevölkerungsviertels sind zwischen 1995 und 2006, also hauptsächlich unter Rot-Grün, um fast 14 % gesunken. Das ist das, was jetzt aufgeholt werden muss.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist das, was am meisten wehtut. Das ist das, wo die Inflation zuschlägt. Das ist das, wo die Preisexplosion bei den Energiepreisen zuschlägt. Um diese Fragen geht es. Wir müssen uns also um die mit den kleinen Einkommen kümmern.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Wir haben im zweiten Quartal das erste Mal eine Schrumpfung des Wirtschaftswachstums. Im Grunde ist klar: Das ist der starke Euro, das ist die Situation auf den Energiemärkten, das ist die amerikanische Finanzkrise. Aber auch da gibt es noch einen zweiten Punkt. Der Aufschwung hat eine ja unglaublich wichtige Wirkung: Nach all

dem Auf und Ab im Konjunkturbereich ist es seit Langem zum ersten Mal wieder gelungen, die Sockelarbeitslosigkeit auf jetzt 3 Millionen zu senken.

Nun haben wir wahrscheinlich – so sagen die Fachleute – eine Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus, vielleicht sogar angebotsbedingt ein Ende des Beschäftigungsaufbaus. Jetzt darf es nicht passieren, dass, wenn eine Konjunkturschwankung kommt, auf diese Sockelarbeitslosigkeit wieder aufgebaut wird. Gerade bei der Sockelarbeitslosigkeit müssen wir weiter heruntersinken, nicht nur damit die Menschen mit ihrer Arbeit eine Chance haben, ihr Leben selber zu gestalten, sondern auch damit Zahlungen in die Sozialkassen erfolgen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen haben Sie die Arbeitslosenzentren zerschlagen!)

die dann wiederum dafür sorgen, dass wir mit all den Problemen leichter fertig werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern. Und deshalb habe ich die Vorschläge gemacht. Sie sind natürlich ein Stück weit auch mit der Frage verbunden: Was ist in einem nationalen Konsens denn vielleicht machbar, nicht nur zwischen den Parteien der Großen Koalition in Berlin, sondern auch darüber hinaus. Da gibt es ein paar Dinge.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Löhrmann, es ist nicht okay, was Sie da gemacht haben. Es gibt eine Liste – Helmut, wie viele sind es? – mit 15, 16, 17 Vorschlägen aus dem Finanzministerium, die Sie auch kennen. Da geht es nicht um irgendwelche Einzelpunkte, sondern es ist gefragt worden, und zwar nicht irgendein Fachmann, nicht irgendein Professor, sondern die Steuerbeamten sind gefragt worden: Welche Vorschriften könnt ihr überhaupt nicht umsetzen, welche sind nicht administrierbar?

Diese Vorschläge haben wir jetzt in die Debatte eingebracht. Da geht es jetzt nicht in erster Linie um die große Frage, ob Geld für Steuersenkungen usw. da ist, sondern es geht darum – wenn man es richtig macht, bekommt man es so hin, dass es nicht viel Geld kostet –, dass wir das Steuerrecht einfacher machen. Ich garantiere Ihnen: Allein ein einfacheres Steuerrecht – das ist nicht der Bierdeckel, es sind konkrete Sachen – würde etwa im Mittelstand, wo die Arbeitsplätze entstehen, als Befreiung empfunden. Man würde

wenigstens mal wieder verstehen, wie manche Vorschriften anzuwenden sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Genauso geht es um die Frage des Energiemix. Ich will das jetzt nicht im Einzelnen behandeln. Mir ist zuerst einmal wichtig, dass wir bei uns in Nordrhein-Westfalen den Konsens erhalten, das Kraftwerkerneuerungsprogramm umsetzen zu wollen. Das ist keine Banalität.

(Michael Groschek [SPD]: Die CDU in Köln muss noch überzeugt werden!)

Es gibt keine vertraglich verbindlichen Verabredungen. Wir brauchen daher Rahmenbedingungen, die es den Vorständen der Investoren ermöglichen, Milliarden aufzuwenden.

Ich glaube, dass es in dem Zusammenhang auch möglich sein müsste, wenn man sich schon bei der Kernenergie nicht verständigen kann – ich verstehe das ja: bei der Kernenergie ist es wohl nicht möglich, sich schnell zu einigen; eben wurde gesagt, es sei eine Übergangsenergie, denn in dem Ausstiegsvertrag stehe, dass sie auslaufe –, einmal gemeinsam darüber nachzudenken – ist das wirklich so unvernünftig? –, zumal wir Kernkraft auf jeden Fall noch 15, 16, 17 Jahre in Deutschland haben werden, ob wir den Beginn des Abschaltens von Kraftwerken nicht ein Stück hinausschieben sollten, um die zentralen Fragen gemeinsam zu beantworten: Was ist mit dem Energiemix? Wie bekommen wir das mit den erneuerbaren Energien hin?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wenn wir ständig warten und nicht anfangen?)

– Das ist jetzt Ideologie: Wenn wir warten, passiert nichts. – Nein! Wir könnten uns zum Beispiel darauf verständigen, dass das Geld, das die Firmen dadurch mehr verdienen, dass die Kraftwerke nicht stillgelegt werden, in Alternativenergie investiert werden muss. Das wäre ein Punkt.

(Beifall von der CDU)

Nicht für zehn Jahre! Es würde für den politischen Prozess reichen, wenn wir versuchen, das – wenn wir über die Wahlen hinweg sind – in zwei oder drei Jahren zu erledigen. Jedenfalls wäre es möglich.

(Zurufe von der SPD)

In einer Situation, in der wir sowieso schon zu hohe Energiepreise haben, durch eine Verknappung des Angebotes noch einmal die Strompreise für die kleinen Leute zu erhöhen, das ist ökonomisch wohl das Falscheste, was man machen kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Gleiche gilt für die Frage des nationalen Rohstoffkonzepts.

(Zuruf von der SPD)

Das Gleiche gilt für die Frage der Finanzmärkte. Das Gleiche gilt – da sind wir natürlich massiv gefordert – für die Frage des Ingenieurmangels. Es ist eben schon gesagt worden, dass wir stolz darauf sind, dass die Zahlen der Studienanfänger in den MINT-Fächern und in Mathematik gestiegen sind.

Wir werden uns in einer der nächsten Debatten, um nicht immer Äpfel mit Birnen zu vergleichen, darauf verständigen müssen: Die Anzahl der Studierenden wird aus demografischen Gründen sowieso zurückgehen. Aber lassen wir das jetzt einmal weg.

Wir wollen drei Fachhochschulen gründen. Wir wollen Fachhochschulen erweitern. Ich glaube, dass das auch ein Thema sein wird, das auf dem Bildungsgipfel, der aus Anlass der Ministerpräsidentenkonferenz stattfinden wird, zwischen Bund und Land behandelt werden muss, genauso übrigens wie das Thema eines nationalen Stipendiums.

Werte Kolleginnen und Kollegen, noch einige Bemerkungen zum Thema Haushaltskonsolidierung: Ökonomisch ist jedenfalls klar – das haben die letzten drei Jahre gezeigt –, dass Konsolidierung, also weniger Schulden, mehr Wachstum schafft. Wir wollen den Haushaltsausgleich so schnell wie möglich in der nächsten Legislaturperiode, aber eben nicht nur auf dem Papier, sondern durch entsprechende strukturelle Veränderungen. Das wird noch eine schwierige Sache. Danach werden wir – auch das ist wahr – an den Schuldenberg herangehen müssen.

Jetzt höre ich – das war der Hauptvorwurf –, das könnten wir alles schneller machen. Jeder, der sich ein bisschen mit Ökonomie beschäftigt, weiß, dass wir früher solche Debatten immer mit Inbrunst geführt haben. In den Zeiten der Regierung Kohl wurde der Vorwurf erhoben, sie spare die Konjunktur kaputt, sie spare auf dem Rücken der kleinen Leute. Inzwischen wissen wir, dass jede Konsolidierungspolitik, wenn sie intelligent gemacht wird, auf der einen Seite durch strukturelle Maßnahmen die Verschuldung zurückführt und auf der anderen Seite zugleich in Zukunft investiert. Beides fördert Wachstum, schafft neue Einnahmen und sorgt dafür, dass es sowohl der Wirtschaft als auch den öffentlichen Haushalten besser geht.

Dann muss man noch die von vielen noch nicht wahrgenommene Situation hinzunehmen, dass heute unter den Bedingungen der Globalisierung, der Wissensgesellschaft und der Demografie Wirtschaft und Sozialpolitik keine Gegensätze mehr sind, sondern zusammengehören: Wirtschaftspolitik ist Sozialpolitik, und Sozialpolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Dass dies richtig ist, kann man am Beispiel Bildung gut erkennen. Ökonomen haben jetzt festgestellt, dass die Länder mit den besten PISA-Ergebnissen auch die höheren Wachstumsraten haben. 50 zusätzliche PISA-Punkte bedeuten 0,6 Prozentpunkte zusätzliches Wachstum pro Jahr.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das erzählen wir Ihnen doch seit der ersten Stunde!)

Also ist es doch richtig, nicht wie auf einen Fetisch darauf zu sehen, ob man in diesem Jahr auf einen ausgeglichenen Haushalt kommt, sondern es eigentlich immer zusammen mit den Investitionen zu sehen, und da zuvörderst mit den Bildungsinvestitionen. Da geht es um Wirtschaftspolitik, um Sozialpolitik und um Bildungspolitik. Alle drei Politikbereiche gehören zusammen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe am Wochenende einen interessanten Aufsatz gelesen,

(Gisela Walsken [SPD]: Ach ja? Lesen lassen?)

in dem ein Wirtschaftswissenschaftler aus Nordrhein-Westfalen uns noch einmal darauf hingewiesen hat, dass das Problem unseres Arbeitsmarktes – natürlich gibt es auch die Sockelarbeitslosigkeit; ich habe davon gesprochen – nicht ein Mangel an Flexibilität ist – das haben wir inzwischen weitgehend und im Konsens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und Betriebsräten in unserer Wirtschaft gut geregelt –, sondern ein Überschuss an unqualifizierten Kräften.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sieht man an der Landesregierung!)

Wenn das richtig ist, dann müssen wir uns natürlich mit den Fragen beschäftigen, wie wir möglichst früh mit Bildung anfangen, wie wir es schaffen, dass jeder genügend Deutsch spricht, um dem Unterricht in der Schule folgen zu können, wie wir es schaffen, dass es bessere Ganztagsangebote sowohl im vorschulischen als auch im schulischen Bereich gibt, und wie wir die Übergänge besser organisiert bekommen. Das alles, Werte Kolleginnen und Kollegen, ist ungeheuer wichtig. Weil dies von bestimmter Seite gefordert worden ist, sage ich: Deshalb kann und wird es

auch keine Reformpause im Bildungsbereich geben,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es wäre schön, wenn es mal richtige Reformen gäbe!)

sondern die klare Strategie der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen lautet konsolidieren und gleichzeitig in Bildung, in Innovation und in Infrastruktur investieren. Nur auf diese Weise entsteht Wachstum.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr werden wir im Bereich von Schule, Kinder, Jugend insgesamt 2,3 Milliarden € an zusätzlichem Geld zur Verfügung gestellt haben, die eben schon angesprochenen 6.915 zusätzlichen Lehrerstellen geschaffen haben, im Bereich der U3-Plätze ein Plus von 44.600 und bei den Ganztagsplätzen ein Plus von 198.300 erreicht haben und die Ausgaben für die Ganztagsplätze um mehr als 300 Millionen € gesteigert haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Sie ursprünglich verhindern wollten!)

Hier mögen wir uns jetzt noch über die Frage unterhalten, wo und in welcher Form man das macht. Hier wird in den nächsten Jahren sicherlich noch manches – der Prozess läuft noch – weiter zu bedenken und zu steuern sein. Aber eines ist völlig klar: Das, was da passiert, ist die größte Veränderung unseres Bildungssystems, an die zumindest ich mich erinnern kann. Und darauf bin ich stolz.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die größte Veränderung zulasten der sozial Schwächeren!)

Das Ziel dieser Anstrengungen ist, jedem Kind in diesem Land eine Chance zu geben. Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen sozialer Aufstieg möglich ist, egal, ob man in einem schwierigen großstädtischen Umfeld, im ländlichen Bereich oder in einer Universitätsstadt geboren und aufgewachsen ist. Wichtig ist, dass man in diesem Land eine Chance bekommt.

(Michael Groschek [SPD]: Warum tun Sie dafür nichts Praktisches?)

Der zweite Schwerpunkt ist Innovation. Im nächsten Jahr wird es im Bereich des Innovationsministeriums Steigerungen von gut 4 % geben. Wir tun etwas bei den Hochschulen und Kliniken; dort beträgt das Plus 2,9 %. Für den Ausbau der Fachhochschulen stehen 3,5 Millionen € und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 72 Millio-

nen € zur Verfügung. Bei der Innovationsförderung im Bereich des Innovationsministeriums beträgt das Plus 3,8 %. Das geht zum Beispiel in Projekte wie den gigantischen Rechner in Jülich, den Petaflop-Rechner, einen der größten privat genutzten Rechner, die es überhaupt gibt. Eines der wichtigsten neuen Projekte ist der Gesundheitscampus, weil wir auch im Bereich der Gesundheitsforschung ganz vorne dabei sein wollen.

Ich will jetzt nicht darüber reden, was es alles an zusätzlichen Forschungsinstitutionen in den letzten drei Jahren gegeben hat. Hier freut mich insbesondere eine Partnerschaft mit Pennsylvania, die dazu geführt hat, dass es inzwischen in einem bemerkenswerten Umfang möglich ist, Kooperationen zwischen nordrhein-westfälischen Hochschulen und der Universität in Pittsburgh oder der Universität in Philadelphia abzuschließen. Das ist, glaube ich, eine wichtige Sache.

Der letzte Punkt betrifft die Infrastruktur. Für die Landesstraßen werden im nächsten Jahr 34,3 % mehr als im Jahr 2005 zur Verfügung stehen. Es gibt 19 % mehr als im vergangenen Jahr für den Ausbau der Schifffahrtswege und der Häfen. Auch das ist wichtig.

Werte Kolleginnen und Kollegen, am kommenden Wochenende feiern wir den Nordrhein-Westfalen-Tag in Wuppertal und damit den 62. Geburtstag unseres schönen Heimatlandes. Ich bin sicher, das wird ein großartiges Fest, genauso wie das Fest im vergangenen Jahr in Paderborn und das Fest zum runden Geburtstag im Jahr zuvor in Düsseldorf. Ich meine auch, dass das Motto „Wuppertal bewegt. Sich. Mich. Dich.“ zu uns in Nordrhein-Westfalen gut passt.

Bei diesem Fest am Wochenende – ich hoffe, wir sehen uns da wieder – steht die Gemeinsamkeit in Nordrhein-Westfalen im Vordergrund – trotz allem, was uns politisch trennen mag, was auch strittig behandelt werden muss. Ich bin ganz sicher, dass es uns gelingt, dort mit vielen Tausenden Menschen deutlich zu machen: Wir stehen zusammen für das Wohl Nordrhein-Westfalens. Wir arbeiten zusammen für den Aufschwung unseres Landes. Und wir feiern zusammen, weil wir, so glaube ich, nach 62 Jahren Nordrhein-Westfalen allen Grund zum Feiern haben.

Es sind an diesem Wochenende übrigens 10.000 Aktive im Einsatz, die sich schon seit Wochen auf dieses Fest freuen und es vorbereiten. Wer da sein wird, wird ganz sicher sehen, dass Nordrhein-Westfalen nicht nur wunderschön ist, sondern dass es sich auch lohnt, dahin zu kommen. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP –  
Rainer Schmeltzer [SPD]: Nichts weiter als  
Überschriften!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr  
Ministerpräsident.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Debatten-  
lage: Nach den vereinbarten Reihenfolgen hätte  
jetzt die SPD, danach die CDU und dann die FDP  
das Wort. Aber die SPD hat die vereinbarte Re-  
dezeit bereits voll ausgeschöpft, sodass als  
nächster Redner ein Kollege der CDU das Wort  
erhalten würde, und zwar der Abgeordnete Klein,  
wenn er das denn wünscht.

(Volkmar Klein [CDU]: Nein!)

Dann frage ich die Kollegin der FDP, Frau Frei-  
muth, ob sie reden möchte.

(Angela Freimuth [FDP]: Zu diesem Zeit-  
punkt nicht!)

– Nein. – Dann frage ich den fraktionslosen Ab-  
geordneten Sagel, ob er auf seiner Rede besteht.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ja! – Zurufe)

Dann folgt auf den Ministerpräsidenten der frakti-  
onslose Abgeordnete Sagel. Bitte schön.

(Zurufe)

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das  
Vergnügen hat man nicht so oft. Es ist auch ein  
sonderbares Vergnügen, kein wirkliches Vergnü-  
gen, wenn man gehört hat, was der Ministerpräsi-  
dent hier vorgetragen hat.

Ich möchte mit einer Zahl beginnen, die zwischen  
Koalition und Opposition umstritten ist. Am 1. Juni  
2005 betrugen die Schulden im Landeshaushalt  
106,8 Milliarden €. Das ist die Zahl, die die Koali-  
tionsfraktionen offensichtlich nicht wahrnehmen  
wollen. Ende 2009, wenn der Haushalt so eintritt,  
wie es in der mittelfristigen Finanzplanung steht,  
werden wir Schulden in Höhe von 120,5 Milliar-  
den € haben. Das sind 13,7 Milliarden € mehr.  
Das heißt, dann hätten Sie die Gesamtschulden  
des Landes innerhalb kurzer Zeit um etwa 15 %  
erhöht. Das ist die reale Situation.

Interessant ist auch, Herr Ministerpräsident, was  
Sie zur CO-Pipeline gesagt haben und dass Sie  
der Opposition vorwerfen, dass sie dem kritisch  
gegenübersteht. Ich weise darauf hin, dass Ihre  
eigenen Abgeordneten vor Ort diese CO-Pipeline  
ebenfalls ablehnen. Nur Sie in der Landesregie-  
rung betreiben eine andere Politik. Das ist übri-

gens typisch: Bei Widersprüchen vor Ort tut man  
so, als wäre man dagegen, und hier in der Lan-  
despolitik will man die CO-Pipeline durchsetzen.

Interessant fand ich natürlich auch die Ausführun-  
gen zur Wirtschaftspolitik. Wir werden uns überra-  
schen lassen, wie sich die wirtschaftliche Entwick-  
lung weiter darstellt. Ich habe von der SPD wirt-  
schaftspolitisch allerdings mehr erwartet. Konkre-  
te Sparvorschläge habe ich hier nicht gehört.

Ich möchte nun noch etwas zur Nachfrage- und  
Angebotsorientierung sagen. Eine Nachfrageori-  
entierung werden wir hier in Nordrhein-Westfalen  
nicht bekommen, Herr Ministerpräsident, denn Sie  
ziehen den Leuten das Geld aus der Tasche. Ich  
habe mich heute schwarz gekleidet, denn das ist  
heute eine Beerdigung: Die Sozialpolitik in NRW  
wird mit diesem Haushalt endgültig zu Grabe ge-  
tragen. Der Landeshaushalt lässt uns im Herbst  
frieren, und im Winter wird es bei Ihrer Politik ei-  
sig.

Herr Rüttgers, Sie sind kein Arbeiterführer, son-  
dern ein Sozialräuber, und der Schlimmste in Ihrer  
Räuberbande ist Ihr Arbeitsminister Laumann. Die  
Arbeitslosen, Obdachlosen und in prekären Ar-  
beitsverhältnissen Beschäftigten, die nicht einmal  
existenzsichernde Löhne erhalten, sondern auf  
ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind – das  
sind mehr als 1 Million Menschen in Nordrhein-  
Westfalen –, haben Ihre Botschaft verstanden.  
Das Ende der Arbeitslosenberatung, das Schlie-  
ßen der Beratungsstellen infolge des Wegfalls der  
Landesförderung und damit auch das Ende dieser  
Arbeitsplätze ist ein sozialer Kahlschlag und  
drückt die ganze Kälte Ihrer Politik aus. Was Sie  
machen, ist zynisch.

Herr Finanzminister Linssen, Ihre Haushaltspolitik  
ist gegen die Ärmsten in unserem Land gerichtet.  
Gleichzeitig sind Sie aber dreist genug, Ihren ei-  
genen Leuten 72 höchstdotierte Stellen mit Ein-  
kommen von fast 10.000 € monatlich dauerhaft zu  
bewilligen. Sie sollten sich schämen. Krasser  
können die Gegensätze kaum sein. Das, was Sie  
mit dieser Maßnahme gemacht haben, hätte zum  
Beispiel die gesamte Arbeitslosenberatungsstel-  
len-Finanzierung sicherstellen können. Aber, wie  
gesagt, Sie kümmern sich um Ihre eigenen Leute,  
setzen sie auf höchstdotierte Stellen und sorgen  
auf der anderen Seite für Kahlschlag.

Der Kahlschlag bei den Arbeitslosenzentren ist  
aus meiner Sicht und aus Sicht der Linken völlig  
unerträglich. Er ist eine Folge der Hartz-Gesetze  
von SPD, Grünen und CDU. Die CDU bringt es ja  
auch auf den Punkt: Sie will nicht fördern, was ihr

schadet; von daher will sie die Hartz-IV-Empfänger möglichst uninformiert lassen.

Auch in NRW hat Hartz IV zu einem Flächenbrand geführt. Mit ca. 1,05 Millionen ALG-II-Beziehern ist die Langzeitarbeitslosigkeit auch 2008 nahezu genauso hoch wie 2005 zu Beginn von Hartz IV. Insbesondere die Kinderarmut ist durch Hartz IV erheblich gestiegen. Bundesweit werden über 2 Millionen Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Verhältnissen tagtäglich von adäquater Schulbildung und gesunder Ernährung ausgegrenzt. Auch an dieser Stelle haben Sie mit Ihrem Programm – 15 Millionen € für ein warmes Essen in Schulen – nur sehr begrenzt etwas getan; damit wird nur ein Teil der Kinder gepflegt. Das ist die reale Situation.

Ich kann nur feststellen: Soziale Projekte gibt es in Ihrem Haushalt so gut wie gar keine mehr. Gemäß Ihrem neoliberalen Motto „Privat vor Staat“ setzen Sie auch im Landeshaushalt 2009 unvermindert den Rotstift an. Das ist die Politik, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen. Reiche werden in NRW immer reicher, Arme immer ärmer. Ihre Finanzpolitik geht in die völlig falsche Richtung.

Sie machen auch immer mehr Schulden. In Kürze liegen sie, wie gesagt, bei 120 Milliarden €. Und Ihre Glückszeit – nämlich die Zeit, in der Sie das Glück rasant steigender Steuereinnahmen haben – nähert sich dem Ende.

Der Finanzminister trickst immer noch und will täuschen, doch die Tricks versagen immer mehr. Zu diesem Fazit kommt übrigens auch das nicht im Verdacht einer Verbindung zur Linken stehende „Handelsblatt“. Auch in dieser konservativen Zeitschrift wird von Finanztricks gesprochen, die Sie im Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen anwenden.

Außerdem gehen – das haben wir heute noch einmal sehr deutlich gehört – 80 % der Milliarden, die von Mitarbeitern der WestLB verzockt worden sind, auf Ihre Kosten gehen. Sie mussten schon in diesem Jahr viele Millionen für die WestLB aufwenden. Das wird auch in Zukunft notwendig sein. Wir haben nach wie vor massivste Risiken. Allein jetzt müssen, wie gesagt, 23 Millionen € in den Haushalt 2009 eingestellt werden. Darüber hinaus bestehen weiterhin Risiken in Millionenhöhe, für die wir hier in Nordrhein-Westfalen aufkommen müssen.

Sie haben sich längst von einer nachhaltigen Haushaltspolitik verabschiedet. Nachdem der Koalitionsstreit zwischen CDU und FDP beendet ist, gibt es auch keinen Plan mehr, die jährliche

Haushaltsverschuldung auf null zu bringen. Das ist auch kein Wunder; denn die katastrophale Unternehmensteuerreform, die von SPD und CDU in Berlin beschlossen wurde, schlägt ein Riesenloch in den Haushalt 2009. 800 Millionen € – man höre: 800 Millionen €! – fehlen im Landeshaushalt. Diese Unternehmensteuerreform wirkt sich natürlich zugunsten der Unternehmen aus, die die Milliardengewinne, die sie erzielen, wieder „wunderbar“ an ihre Aktionäre auszahlen können. Und das sind mit Sicherheit nicht die Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, die Leute mit niedrigem Einkommen, die Leute in prekären Beschäftigungsverhältnissen, sondern das sind natürlich die Leute, die sowieso schon vermögend sind.

Das Motto „Privat vor Staat“ gilt für die CDU und leider auch für die SPD, wie man feststellt, wenn man sich anguckt, welche Politik in Berlin gemacht wird. Ich kann dazu nur sehr deutlich sagen: Nicht mit uns! Die Linke hält Kurs, sowohl sozial- als auch finanzpolitisch.

(Lachen von der CDU – Horst Becker [GRÜNE]: Immer im Kreis!)

– Sie können in der letzten Reihe bei der CDU ruhig lachen. Ich habe bei den Beratungen für den Haushalt 2008 im letzten Dezember sehr konkrete Sparvorschläge gemacht. Mit meinen Sparvorschlägen lag ich noch deutlich unter dem, was Ihr Finanzminister vorgeschlagen hat. Ich habe Ihnen aber auch gesagt, an welcher Stelle Sie fälschlicherweise Geld einsparen, und sehr konkrete Vorschläge gemacht, wo mehr Geld ausgegeben werden muss, nämlich im Sozialbereich, im Ökologiebereich und für Kinder, Jugend und Familie.

(Zuruf von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die FDP hat noch Frau Kollegin Freimuth um das Wort gebeten. Sie hat auch noch Redezeit. Bitte schön.

**Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was Herr Kollege Sagel hier gerade geäußert hat, kann man nicht völlig unkommentiert lassen.

Zum einen: Den Begriff „Räuberbande“ halte ich schon einmal für eine unverschämte Unterstellung.

Zum anderen: Wenn hier überhaupt von einer Räuberbande gesprochen werden kann,

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

dann sind das Sie, Herr Sagel, und die Partei Die Linke; denn Sie wollen alles verstaatlichen, Sie wollen den Menschen das Privateigentum wegnehmen.

Weil Sie der Landesregierung den Vorwurf machen, hier eine Politik – so haben Sie es formuliert – gegen die Ärmsten zu betreiben, und in diesem Zusammenhang das Beispiel der Mahlzeiten an Schulen ansprechen, muss ich einmal in aller Deutlichkeit auf Folgendes hinweisen: In der Zeit, in der Sie eine Landesregierung unterstützt haben – damals, als Sie noch Mitglied der Fraktion und der Partei Bündnis 90/Die Grünen waren –, hat es das überhaupt nicht gegeben.

Sie haben hier weiter die Entwicklung der Verschuldung angeführt. Wie Ihre Wahrnehmung ist, möchte ich Ihnen an einem ganz kurzen Beispiel belegen, und zwar an einem Beispiel aus den Jahren 1995 bis 2000, bei dem man nicht damit argumentieren kann, dass die Steuereinnahmen weggebrochen seien. Damals hatten wir Schulden von 44,141 Milliarden, die auf 80,4 Milliarden in 2000 angestiegen sind. In diesen fünf Jahren, 1995 bis 2000, saßen Sie in diesem Parlament. In diesen fünf Jahren haben Sie jedem Haushalt, den die Landesregierung seinerzeit vorgelegt hatte und den Sie hier im parlamentarischen Verfahren gestaltet haben, zugestimmt.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Da war ich noch nicht im Landtag!)

Sie haben jedes Mal zugestimmt. Damit haben Sie insgesamt 36 Milliarden € an Schulden aufgehäuft, und das bei steigenden Steuereinnahmen.

Ich halte es für eine Unverschämtheit, dass Sie sich heute hierhin stellen und den Haushaltskonsolidierungskurs kritisieren, den wir mühsam beschreiten, um die Scherben zu beseitigen, die Sie angerichtet haben. Das finde ich einfach infam von Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Meine Damen und Herren, zur ersten Lesung des Haushaltes 2009 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kann ich die Beratung zu diesem Komplex abschließen.

Ich eröffne dann die Aussprache zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Jäger von der SPD-Fraktion das Wort.

**Ralf Jäger (SPD):** Herr Präsident, vielen Dank! Mit Freude nehme ich zur Kenntnis, dass der In-

nenminister just in time zum Gemeindefinanzierungsgesetz, das er heute Vormittag eingebracht hat, an der Plenarrunde teilnimmt. Gestatten Sie mir allerdings noch einmal zwei Feststellungen, nachdem ich den Haushaltsberatungen einige Stunden folgen durfte: Eigentlich ist Nordrhein-Westfalen aus Sicht der Kommunen in einer äußerst günstigen Position: Seit 2006 sind die Steuereinnahmen des Landes um 25 % gestiegen. Eigentlich hätte die Finanzausstattung der Kommunen nach der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen in gleichem Maße steigen müssen. Eigentlich wäre die Ausgangssituation für die Kommunen sehr günstig.

Tatsächlich aber hat der Finanzminister heute einen Landeshaushalt vorgelegt, der in der Summe seit 2006 13,7 Milliarden € mehr Schulden bedeutet. Herr Linssen, dass dieser Haushalt nur neue Schulden in Höhe von 1,67 Milliarden € vorsieht, Sie, jetzt feiern, dass die Neuverschuldung um 100 Millionen € geringer ausfällt als ursprünglich geplant, und sich jetzt als Konsolidierer aufspielen, ist relativ feist. Sie mögen das Wort „Konsolidierer“ schreiben und fehlerfrei aussprechen können, aber von wirklichem Konsolidieren sind Sie sehr weit entfernt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wichtig zu wissen: Wenn man es überhaupt als einen Konsolidierungserfolge bezeichnen kann, weniger Schulden als ursprünglich geplant gemacht zu haben, dann nur deshalb, weil Sie, Herr Linssen und Herr Wolf, einen wirklich infamen Griff in die kommunalen Kassen getan haben: In den Jahren 2006, 2007 und 2008 haben Sie den Kommunen ihnen zustehende Mittel in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden € entzogen. Sie haben den Kommunen, die es bitter nötig hätten, diese Mittel sozusagen, geraubt.

Herr Krautscheid, ich weiß nicht, was Sie ständig zu schwätzen haben, aber vom Haushalt haben Sie gar keine Ahnung.

(Widerspruch von Minister Krautscheid)

– Dann sollten Sie Ihre Selbstgespräche vielleicht etwas reduzieren. Das stört ein bisschen.

(Beifall von der SPD)

Herr Präsident, vielleicht können Sie einmal im Klassenbuch vermerken, dass der Herr Krautscheid wieder ungefragt schwätzt.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege, es gibt hier kein Klassenbuch. „Geschwätzt“ wird hier auch nicht. Bleiben Sie bitte am Thema.

(Zuruf von Minister Dr. Ingo Wolf)

– Ich habe gerade etwas dazu gesagt, Herr Innenminister. Ich brauche nicht Ihren Kommentar dazu.

(Unruhe – Ralf Jäger [SPD]: Herr Präsident, dürfte ich dann jetzt wieder?)

– Jetzt ist aber gut hier! Beruhigen Sie sich wieder. Und jetzt macht Herr Jäger für die SPD-Fraktion weiter. Bitte schön.

**Ralf Jäger (SPD):** Ich danke Ihnen, Herr Präsident! Die Kassenkredite der nordrhein-westfälischen Kommune, also das, was im privaten Haushalt üblicherweise der Dispositionskredit ist, sind auf mittlerweile 13,7 Milliarden € gestiegen, und zwar allein seit Juli 2007 um weitere 1,2 Milliarden €.

Auch wenn es jetzt vielleicht letztendlich einen leichten Rückgang gibt, ist das ausschließlich auf die konjunkturelle Situation zurückzuführen und täuscht nicht darüber hinweg, dass die Kommunen eine mangelnde Finanzausstattung haben und viele faktisch pleite sind.

Das kann man am besten daran festmachen, dass sich 190 Kommunen Ende 2007 im Haushaltssicherungskonzept befanden; 113 Kommunen im Nothaushalt. Wenn der Innenminister hier darstellt, dass deren Zahl gesunken sei, liegt das schlichtweg daran, dass die Buchführung in den Kommunen verändert worden ist, nicht aber daran, dass sie sich konsolidiert haben.

Herr Wolf, das was Sie hier vorgetragen haben, finde ich wirklich dreist. Tatsache ist, dass die Kommunen vom Land Schlüsselzuweisungen in Höhe von 7,7325 Milliarden € erhalten. Das sind – man kann es zu Recht sagen – knapp 160 Millionen € mehr als im letzten Jahr. Herr Innenminister, einerseits geben Sie den Kommunen zwar 160 Millionen € mehr, im gleichen Atemzug verschweigen Sie aber, dass Sie ihnen alleine bei der Grunderwerbsteuer 180 Millionen € klauen. Bei der Krankenhausfinanzierung sind es 94 Millionen €, 27 Millionen € bei den Schülerfahrtkosten sowie 85 Millionen € bei den Elternbeiträgen für die Kindergärten. Herr Innenminister, seit dem Jahr 2006 haben Sie den Kommunen damit insgesamt 1,8 Milliarden € aus den Kassen geklaut. Darüber kann man nicht jubeln, Herr Wolf, sondern man sollte vor Scham im Boden versinken.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Wolf, Sie sprechen von 23 % der Verbundmasse. Die Kommunen haben im Jahr 2005 20 %

aller Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten; in diesem Jahr sind es nur noch knapp über 17 %, Herr Wolf. Auch diese Zahl, die Sie vorgetragen haben, war schlichtweg falsch.

Herr Wolf, angesichts der finanziellen Situation der Kommunen fand ich Ihren Vortrag heute Vormittag äußerst zynisch. Sie haben ein völlig anderes Bild gezeichnet. Sie haben weichgespült und mit Zahlen jongliert. Sie haben zwar auf der einen Seite Zahlen genannt, wie viel Mittel Sie den Kommunen mehr geben, auf der anderen Seite haben Sie verschwiegen, welchen deutlich höheren Betrag Sie den Kommunen an anderer Stelle wegnehmen. Das ist und bleibt – ich wiederhole es – die kommunalfeindlichste Landesregierung seit Bestehen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Herr Lux, ich bin gespannt, ob Sie heute wieder diesen selbstgefälligen Kniefall vor diesem Innenminister machen, der alles tut, nur nicht die Kommunen in Nordrhein-Westfalen unterstützt.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Es sind ja nicht mehr viele da, die einen Kniefall machen könnten!)

Ich habe im Übrigen den Eindruck: Wenn man den Innenminister und sein Wirken beobachtet, der sich zwischen Klagenfurt, Wien und Peking um die Pflege des deutschen Hockeysports kümmert, ist das eigentlich eine heimliche Bewerbung um die Nachfolge von Michael Vesper, aber er tut nicht seine Arbeit, sich nämlich um die Belange der nordrhein-westfälischen Kommune zu kümmern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Neben der rein fiskalischen Betrachtungsweise: In Münster liegen drei Verfassungsklagen von Kommunen vor, die ihr Recht auf Konnexität aus der Landesverfassung einfordern und die überzogene Heranziehung bei der Finanzierung des Aufbaus Ost und die Übertragung von Aufgaben ohne das notwendige Geld in der Versorgungsverwaltung und der Umweltverwaltung bemängeln.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind 2006 zu Bittstellern des Landes geworden, sie sind keine Partner mehr, werden nicht mehr auf gleicher Augenhöhe respektiert. Herr Wolf, Sie gehen mit den verfassungsgemäßen Rechten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen um, als würde es sich um die Satzung eines Kleingartenvereins handeln.

Mehr noch: Ich kann mir vorstellen, dass sich der Landtag – wenn die drei Verfahren in Münster abgeschlossen sind und man die hinzuzählt, die Sie in Münster schon verloren haben, Herr Wolf – überlegen sollte, ob es wegen der vielen Verfassungsklagen, die in Münster anhängig sind, aus Kostengründen nicht sicherer und besser wäre, einen ständigen Verfassungsausschuss einzurichten.

(Beifall von SPD und Horst Becker [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen werden von dieser Landesregierung alleine gelassen. Sie werden hemmungslos ausgeplündert, weil das Land selber nicht in der Lage ist, sich zu konsolidieren. Anders als Sie es vor der Landtagswahl angekündigt haben, haben Sie, meine Damen und Herren, keine Kraft, um eine tatsächliche Kommunalreform zu betreiben. Sie haben noch nicht einmal die Kraft, die sprudelnden Steuereinnahmen gerecht an die Kommunen weiterzugeben. Sie haben Ihre Versprechen gebrochen und sind an Ihren eigenen Ankündigungen gescheitert, Herr Lux. Die Kommunen sind letztendlich die Verlierer Ihrer Politik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Lux das Wort.

**Rainer Lux (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst, auch als Kontrast zum wieder einmal total verunglückten Beitrag von Herrn Jäger, zu Beginn meiner Ausführungen zum Entwurf des GFG 2009 dem Finanzminister Helmut Linsen und dem Innenminister Ingo Wolf Dank und Anerkennung für diesen Gesetzentwurf aussprechen.

(Sören Link [SPD]: Das haben wir schon richtig vermisst!)

Denn im Gegensatz zu dieser billigen Polemik und der persönlichen Beleidigung, Herr Jäger, die Kern Ihres Beitrags waren, müssen wir uns doch hier vor Augen führen, dass dieser Entwurf des GFG in gelungener Kontinuität zu den vergangenen Gemeindefinanzierungsgesetzen steht.

Das Land erweist sich einmal mehr als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen, weil die Modalitäten des GFG 2009 im Wesentlichen die der vergangenen Jahre sind. Nach wie vor können sich die Kommunen auf die Zahlen des GFG

verlassen, weil durch die von uns vorgenommene Einführung des Referenzzeitraums jede Kommune bei Verabschiedung des GFG hier im Landtag auf Heller und Pfennig oder auf Euro und Cent weiß, in welcher Höhe ihr im kommenden Jahr Mittel aus dem GFG zufließen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die furchtbaren Zustände mit Kreditierung und Rückforderung, Herr Becker, mit politisch gesteuerten Verunsicherungen der Kommunen zur Zeit der rot-grünen Landesregierung sind endgültig vorbei, was alle Kommunen sehr zu schätzen wissen.

Die Mittel, die dieses GFG an die Kommunen ausschüttet – der Finanzminister und der Innenminister haben bereits darauf hingewiesen –, steigen nochmals gegenüber dem Vorjahr um 160 Millionen € auf jetzt ungefähr 7,7 Milliarden €, nachdem bereits im vergangenen GFG eine Steigerung von 650 Millionen € gegenüber dem Jahr 2007 möglich war.

Es muss noch einmal deutlich unterstrichen werden: 2007, 2008, 2009 – kontinuierlich konnten den Kommunen Jahr für Jahr höhere Mittel aus den Gemeinschaftssteuern zur Verfügung gestellt werden. Ehe Sie einmal mehr Ihr Lamento vom angeblichen Raubzug anstimmen – Herr Jäger hat es eben schon wieder versucht –, sollten Sie das mit den unsicheren, weil viel zu hoch angesetzten 6,7 Milliarden € vergleichen, die Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, im letzten von Ihnen zu verantwortenden GFG 2005 den Kommunen vorläufig zur Verfügung gestellt haben.

Lassen Sie mich hier einmal einen Einschub machen und einen Ball aufnehmen, den die Kollegen Helmut Stahl und Dr. Papke eben gespielt haben, als sie aufgezeigt haben, wie konzeptlos SPD und Grüne den drängenden Haushaltsfragen gegenüberstehen.

Schier unendlichen Katalogen von Mehrforderungen auf ungedeckte Haushaltsausweitung stehen geradezu lächerliche Einsparvorschläge gegenüber, die in einem derartigen Missverhältnis stehen, dass man nun wirklich feststellen muss, dass Ihnen jedes Mindestmaß an Seriosität fehlt.

Auch beim GFG setzen Sie dieses unmäßige Meckern, dieses unseriöse Gebaren fort.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Denn Herr Becker von den Grünen hat beim letzten GFG vorgerechnet – ich habe das eben noch einmal nachgelesen, Herr Becker; es gab auch

keinen Widerspruch von der SPD, Herr Körfges –, dass den Kommunen 1,1 Milliarden € vorenthalten würden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Moment, ich muss mal nachrechnen! – Hans-Willi Körfges [SPD]: 1,8 Milliarden €)

Der Ministerpräsident hat gerade in seinem bemerkenswerten Beitrag noch einmal darauf hingewiesen, wie seriös die SPD mit ihren Forderungen umgeht,

(Ralf Jäger [SPD]: Sie müssen nicht alles glauben!)

als er aufgezeigt hat, welche Änderungsvorschläge von der SPD – von den Herren Jäger und Körfges, die sich hier immer als die großen Anwälte der Kommunen aufspielen,

(Ralf Jäger [SPD]: Sonst tut ja keiner was!)

oder auch von den Grünen – zu dieser Summe vorgebracht worden sind. Nicht ein einziger Punkt dieser Kritik ist aufgegriffen und haushaltsmäßig beantragt worden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Stimmt nicht!)

Das ist Ihre Rolle: Sie beschränken sich darauf, Herr Jäger, zu meckern, zu beleidigen, zu verunsichern, aber Alternativen – da stimmen Sie mit Ihrer Fraktionsvorsitzenden überein – sind von Ihnen natürlich nicht zu erwarten.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen auch als Vorsitzender einer kommunalen Ratsfraktion und Vorsitzender des Finanz- und Personalausschusses meiner Heimatstadt Bielefeld: Ich kann sehr gut mit vielen Ihrer Forderungen leben

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– die kann ich unterstützen; das können auch viele vor Ort, die Sie immer zitieren –, aber Sie wissen doch ganz genau, dass kein einziger Kommunalpolitiker vor Ort, kein einziger Verantwortlicher in einer Verwaltung auch nur annähernd glaubt, dass Sie das, was Sie als Kritik hier vorbringen, tatsächlich in konkrete Politik umsetzen würden. Dazu haben die viel zu lange Erfahrung mit zehn Jahren Rot-Grün bzw. 39 Jahren Regierungszeit unter Führung der SPD.

(Beifall von der CDU)

Die wissen ganz genau, wie schlecht sie mit Ihnen gefahren sind. Deswegen können Sie Kritik üben wie Sie wollen – das ist richtig –, aber glauben Sie

bloß nicht, dass irgendeiner vor Ort Ihren Reden nur ein bisschen Glauben schenken würde.

Lassen Sie mich fortfahren! In diesem Haushalt, in diesem GFG setzt sich fort, was wir den Leuten versprochen haben. Wir haben ihnen gesagt: Wir geben euch eure Städte zurück. Ihr könnt mit den Mitteln aus dem GFG weitestgehend tun, was ihr wollt. Wir sind zuverlässig geblieben. 86 % der Mittel, die den Kommunen zur Verfügung stehen, sind völlig frei verfügbar. Das sind Werte, von denen Sie in Ihrer Zeit natürlich nur geträumt haben. Jeder kennt noch die furchtbaren Zeiten der Kreditierung und der „Goldenen Zügel“, als die Landesregierung massiv Einfluss darauf nahm, wie die Kommunen mit ihren Mitteln umzugehen hatten. Auch das steht für Kontinuität und dafür, dass wir das tun, was wir den Leuten versprochen haben.

Herr Jäger, Sie sollten, wenn Sie sich schon auf dünnes Eis begeben, ein ganz klein wenig bei der Wahrheit bleiben.

(Zuruf von der CDU: Das fällt ihm schwer!)

Es gibt nirgendwo einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf 23 %. Sie halten diese Mär immer hoch.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Haben Sie denn total vergessen, dass dieser Satz von 23 % zu Zeiten der SPD-Regierung mal von 28 auf 23 % abgesenkt worden ist? Die 23 % gibt es im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushalts.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie sollten nicht so tun, als wäre das eine Größe, die verfassungsrechtlich festgeschrieben ist.

Gerade aus dem Grund – das sage ich zum Schluss meiner Ausführungen sehr deutlich; wir werden in den nächsten Monaten ja spannende Debatten haben – möchte ich hier dem Finanzminister und dem Innenminister meinen Respekt aussprechen,

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

die mit diesem Haushaltsentwurf für die Gemeinden einen verlässlichen und guten Beitrag geleistet haben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Für die FDP erhält zum GFG 2009 jetzt der Abgeordnete Engel das Wort.

**Horst Engel** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der positive Trend der Vorjahre hält an. Das Volumen des Steuerverbundes vergrößert sich im dritten Jahr in Folge. 2009 stehen den Kommunen über 7,7 Milliarden € verteilbare Finanzausgleichsmasse zur Verfügung. Sie erhalten fast 160 Millionen € mehr als 2007.

Die eingeleiteten strukturellen Veränderungen im Steuerverbund werden im kommenden Jahr fortgeschrieben. Das bedeutet, dass der Verbundsatz nach wie vor bei 23 % verbleibt. Das haben wir schon gehört. Mit 6,7 Milliarden € werden rund 86,7 % der verteilbaren Finanzausgleichsmasse im Steuerverbund konsumtiv bereitgestellt, ohne Befrachtungen, so wie sie bis 2005 Usus waren, wie Kollege Lux es eben angedeutet hatte.

Der größte Anteil hiervon wird den Kommunen in Form von Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt. Das heißt, ein Großteil der verteilbaren Finanzausgleichsmasse fließt direkt in die Verwaltungshaushalte mit hohen Ausgabeposten für soziale Leistungen oder für das Personal einschließlich der Mehrkosten durch den Tarifabschluss vom März dieses Jahres.

Auch die im vergangenen Jahr zur Bildungspauschale fortentwickelte Schulpauschale bleibt mit 540 Millionen € ebenso unverändert wie die Sportpauschale mit einem Etatansatz von 50 Millionen €.

Erfreulicherweise wachsen im kommenden Jahr die Zuweisungen in Form von Investitionspauschalen, zum Beispiel für Sozialhilfeträger oder für Eingliederungshilfe, um 4,7 % auf insgesamt über eine halbe Milliarde Euro auf. Mehr Geld für kommunale Investitionen!

Das entspricht auch meiner kommunalpolitischen Linie, der kommunalpolitischen Linie unserer Landtagsfraktion.

Wir konnten im Frühjahr aus der Umfrage des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen lesen, dass sich die Finanzlage der Städte und Gemeinden gegenüber dem Vorjahr insgesamt entspannt hat. Die sinkende Zahl der Kommunen im Haushaltssicherungskonzept und der im Nothaushalt bestätigt diese positive Entwicklung. Zurzeit können 129 Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen. 73 Kommunen befinden sich im Nothaushalt. Im Vergleich zu 2005, dem Jahr der Regierungsübernahme, haben inzwischen 68 Kommunen zusätzlich den Weg zum Haushaltsausgleich geschafft. Das ist erfreulich.

Dabei spielt natürlich die Umstellung auf das NKF mit erweiterten Möglichkeiten zum Haushaltsausgleich gegenüber dem kameralen System genauso eine Rolle wie die positive wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen. Hierzu hat unsere Regierung einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Arbeit trägt Früchte. So ist der Juli-Ausgabe der Zeitschrift des Landkreistages zu entnehmen, dass Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr deutschlandweit zu den drei Ländern mit der stärksten Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage gehört. Er soll sich um einen Wert von 4,9 %, also fast 5 %, vermindert haben. Der Kurs stimmt.

Der von 2003 bis 2006 fast verdoppelte und somit rasante Anstieg der Kassenkredite von 6,8 Milliarden € auf 12,5 Milliarden € hat sich bis Ende 2007 auf 13,7 Milliarden € verlangsamt. Erstmals ist nach neuesten Erkenntnissen der Umfang der Kassenkredite sogar leicht rückläufig. Betrugen die Kassenkredite zum Jahresende noch 13,7 Milliarden €, so sind es Ende des I. Quartals 2008 13,6 Milliarden € gewesen. Ich hoffe, das ist ein Zeichen für die Trendumkehr.

Ein Kassenkreditstand – nach Behauptung der Grünen – von 13,8 Milliarden € ist daher genauso abwegig wie die Vorwürfe, dass der Innenminister als oberste Kommunalaufsicht die Kommunen in einen Teufelskreis aus nicht bezahlbaren Schulden treibt. Zunächst sind die Kommunen für ihren Haushalt selbst verantwortlich. Ein Eingreifen der Kommunalaufsicht in kommunale Haushalte und bleibt die Ausnahme und ist letztlich mit dem Ziehen einer Reißleine zu vergleichen.

Allerdings ist es noch ein langer Weg bis zur flächendeckenden Gesundung unserer 427 Kommunen. Das verdeutlicht die hohe Gesamtverschuldung inklusive der Schulden ausgelagerter Betriebe mit 4.236 € je Einwohner, wie der Kommunale Schuldenreport 2008 der Bertelsmann Stiftung feststellt. Hierzu tragen die in der Vergangenheit unter Rot-Grün aufgebauten Altlasten bei, deren Sanierung – darüber haben wir heute den ganzen Tag schon gesprochen – weiter einer Herkulesaufgabe gleicht.

Die Kommunen sind dringend auf sichere kommunale Einnahmequellen angewiesen. Es ist deshalb bedauerlich, dass die zweite Stufe der Föderalismusreform bisher nicht zu einer Lösung für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen geführt hat. Das Nachsehen haben hierbei die Kommunen und ihre Bürger.

Gestatten Sie mir deshalb auch hier erneut den Hinweis, dass wir Liberale seit Jahren für eine

Gemeindefinanzreform mit Abschaffung der unkalkulierbaren und konjunkturabhängigen Gewerbesteuer durch Ersatz einer kommunaleigenen, und zwar dem Wettbewerb der Kommunen untereinander ausgesetzten Steuer kämpfen.

Darüber hinaus möchte ich auf den Koalitionsantrag „Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen – mehr Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost“ vom 12. September 2006 hinweisen. Im Rahmen des Antrags haben wir die Landesregierung beauftragt, dem Anliegen der nordrhein-westfälischen Kommunen Rechnung zu tragen, sich dafür einzusetzen, dass die bisher für das Jahr 2010 vorgesehene Evaluation der erhöhten Gewerbesteuerumlage so weit wie möglich vorgezogen wird und dass in diesem Zusammenhang mit dem Bund und den Ländern auf eine größere Verteilungsgerechtigkeit zugunsten der Kommunen im Westen hinzuwirken ist. Leider fehlen hierzu noch die Verbündeten in den Ländern.

Zum Schluss meiner Anmerkungen noch einige Hinweise zum GFG 2009 und dem seit Juni vorliegenden Gutachten des ifo-Instituts über die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs: Das umfangreiche Gutachten enthält ausführliche Empfehlungen für eine Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. Allein für die Weiterentwicklung des Schlüsselzuweisungssystems werden 15 Empfehlungen ausgesprochen. Daran kann man die Komplexität des Gutachtens erkennen. Es wäre deshalb falsch gewesen, einige Empfehlungen ohne Vorberatung und Anhörung der Betroffenen und des Landtags schon jetzt in das GFG 2009 einzuarbeiten.

Ich möchte hier gern die Gelegenheit ergreifen, mich beim Innenminister dafür zu bedanken, dass der notwendige Diskussionsprozess im Rahmen einer Kommissionsarbeit unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Landtagsfraktionen nun beginnen soll. Wir sprachen in der letzten Ausschusssitzung bereits darüber.

In den Dank für diesen Gesetzentwurf schließe ich auch Finanzminister Linssen und Innenminister Wolf ein. Mehr Geld für die Kommunen 2009 – das ist eine gute Botschaft! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder

eindrucksvoll, wenn Herr Lux die Verlässlichkeit beschwört und Herr Engel das liberale Credo vorträgt. Führt man sich dann aber die Wirklichkeit vor Augen, wie man sie aus den kommunalen Spitzenverbänden und aus den Klagen von Landräten, Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern kennt, finde ich es ausgesprochen schwierig, diese Erfahrungen aus der kommunalen Praxis mit Ihren Ausführungen in Einklang zu bringen. Das ist nur zu verstehen, indem man sagt: Sie färben sich die Wirklichkeit, aber Sie haben damit, wie sie sich in den Kommunen abspielt, immer weniger zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wer heute Morgen die Debatte aufmerksam verfolgt hat – die Kollegin Löhrmann hat das an anderer Stelle schon erwähnt –, konnte die Vorboten für die Erklärungen der nächsten Jahre wahrnehmen, warum sich der Haushalt und die Zuweisungen für die Kommunen verschlechtern werden.

Der Kollege Lux hat heute gesagt: Die Zuweisungen in Höhe von 23 % seien nicht gottgegeben, und sie stünden in keinem Gesetz; aber das hat auch niemand behauptet.

(Rainer Lux [CDU]: Doch!)

– Niemand hat behauptet, dass Sie gottgegeben seien. – Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, warum Sie das heute betonen; selbstverständlich habe ich einen Eindruck davon, warum Sie das tun. Ich habe Ihnen im letzten Jahr vorhergesagt, wie Sie auf der Strecke arbeiten. Sie arbeiten ganz offensichtlich so, dass Sie an verschiedenen Stellen mit Verzögerungen wie zum Beispiel beim ifo-Gutachten – darauf gehe ich gleich noch ein – über das Kommunalwahljahr 2009 kommen wollen. Danach verschlimmert sich erst recht die schon jetzt angebrochene schlechte Zeit für die Kommunen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Oh!)

– Da können Sie abwinken, wie Sie wollen: Das ist Ihre Strategie.

Selbstverständlich verzögern Sie unter anderem die Umsetzung des ifo-Gutachtens deswegen, weil Sie auf der einen Seite den ländlichen Kommunen versprochen haben, für sie mehr im GFG herauszuholen, und weil Sie auf der anderen Seite selbstverständlich das Problem mit den großen Städten haben. Dieses Problem wollen Sie nicht vor der Kommunalwahl 2009 lösen, sondern Sie wollen es aussitzen.

Sie wollen 2009 an der kommunalpolitischen Front noch ein bisschen Ruhe haben, um im Jahr 2010 bei einer sich offensichtlich abzeichnenden schwächeren Konjunktur wieder einmal zulasten der Kommunen zuzuschlagen.

Herr Innenminister – Herr Finanzminister ist leider nicht mehr anwesend –, darauf möchte ich noch eingehen. Wenn Herr Lux vorträgt, es gäbe keine Belastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Milliarden €, ist das natürlich wieder einmal bewusst und vorsätzlich oberflächlich. Denn es gibt sie selbstverständlich strukturell, weil wir sowohl die entgangenen Einnahmen, die sie nach den alten GFG-Methodiken von Rot-Grün bekommen hätten, als auch die zusätzlichen Belastungen berücksichtigen müssen.

Wer die zusätzlichen Belastungen nicht sehen will, hat die Wirklichkeit nicht wahrgenommen oder ein Stück weit verpasst. Denn ich frage Sie umgekehrt: Warum klagen denn Kommunen gegen die Mehrbelastungen zum Beispiel aus der Verwaltungsstrukturreform? Warum klagen denn Kommunen gegen die Mehrbelastungen aufgrund Ihrer Strukturreform im Umweltbereich?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das sind keine wild gewordenen schwarzen Handfeger, sondern das sind Ihre Parteifreundinnen und Ihre Parteifreunde, die Ihnen durch die Bank unisono vorwerfen, Sie hätten sich zulasten der Kommunen einen schlanken Fuß gemacht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Hinweise, wie das mit der Wirklichkeit ist, Herr Lux und Herr Wolf. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Bertelsmann-Studie, die Anfang Juli vorgestellt worden ist, den Kommunen in NRW nach den Kommunen im Saarland und im Schlusslicht Mecklenburg-Vorpommern die bundesweit höchste Pro-Kopf-Verschuldung bescheinigt hat.

Herr Engel, völlig unerheblich ist, ob meine Zahl 13,8 Milliarden € stimmt – das glaube ich – oder ob Ihre Zahl 13,6 Milliarden € stimmt – das glaube ich nicht. Bildlich gesprochen schenke ich Ihnen 0,2 Milliarden €. Aber Tatsache ist: In den letzten drei Jahren hat sich dieser Betrag unter Ihrer Ägide von 10,0 auf 13,6 bzw. 13,8 Milliarden € erhöht. Das ist Ihre Politik!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Bodo Löttgen [CDU]: Das ist Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, das ist eine Politik in Zeiten glänzender Steuereinnahmen, derer Sie

sich in den letzten zwei Jahren gerühmt haben! Sie haben unisono und quer durch die Bank so getan, als hätten die etwas mit dem leuchtenden Erscheinen Ihrer Mehrheit in diesem Haus zu tun.

Wenn man Sie heute hört, fangen Sie an, vorsichtig von Konjunkturdämpfung zu reden: Man müsse noch einmal schauen. Die 23 % seien nicht gottgegeben. Im nächsten Jahr könnten wir, wenn die Wahlen vorbei sind, nachschauen, ob wir das nachjustieren müssten. – Damit bauen Sie für die Zeiten des konjunkturellen Abschwungs vor, von denen wir wissen, dass sie kommen. Auch dabei werden Sie die Kommunen wieder im Stich lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, aber auch an anderen Stellen, etwa bei den Einheitslasten – ich habe das Stichwort eben genannt –, arbeiten Sie nach dieser Methodik. Die Methodik „Lenk-Gutachten“ ist äußerst fragwürdig. Sie geben ein Gutachten in Auftrag, nachdem Sie einen Prozess vor dem VGH verloren haben, bei dem Sie im Sachvortrag bereits darauf abgehoben haben, dass Sie den Kommunen zusätzliche Lasten deswegen aufbürden könnten, weil Ihnen durch den bundesweiten Finanzausgleich zusätzliche Zuweisungen auf der Bundesebene entgangen seien, seitdem es die Einheit gibt.

Mit dieser Argumentation sind Sie vor dem Gericht faktisch gescheitert. Sie scheuen Sie nicht, über das Lenk-Gutachten genau diese Argumentation durch die Hintertür wieder einzuführen. Sie wissen ganz genau, dass die Kommunen das nicht wollen.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Keine Frage ist, wie Sie vorgehen. Sie haben die 650 Millionen € immerhin zahlen müssen; Sie haben Sie nicht freiwillig gezahlt – auch wenn Sie das immer behaupten. Hinter den Kulissen höre ich, dass den Kommunen signalisiert wird, wenn sie das bis zur Wahl so ließen, dürften sie die 650 Millionen € behalten. Ansonsten würde man versuchen, sie den Kommunen wegzunehmen.

Man wird sehen, ob der Druck vor der Kommunalwahl so hoch ist, dass man sich parteipolitisch ein Stück weit in Ihren Reihen einigt – noch haben Sie in vielen Kommunen die Mehrheit –,

(Volkmar Klein [CDU]: Keine Sorge, das bleibt auch so!)

oder ob sich die bestehende Not in vielen Kommunen durchsetzt. Ich bin der Auffassung: Ganz so einfach, wie Sie es im Moment versuchen,

werden Sie es nicht haben. Wir werden Ende September, wenn das Gesetz für das Jahr 2006 einzubringen ist, sehen, wie Sie vorgehen wollen.

Herr Lux, Herr Wolf und Herr Engels, ich behauptete, das alles hat mit kommunaler Verlässlichkeit so wenig zu tun wie eine ausführliche und ordentliche Sachdebatte mit der Einbringungsrede des Innenministers, der vier Minuten zur Lage der Kommunen gesprochen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genauso wenig hat das miteinander zu tun: nämlich nichts. – Das passt in den Kontext Ihres Vorgehens der letzten drei Jahre. Es war nicht nur ein Vorgehen gegen die Kommunen im Zusammenhang mit den Finanzen. Es war selbstverständlich auch ein Vorgehen gegen die Kommunen im Zusammenhang mit § 107. In der von Ihnen verabschiedeten Form schadet er den Kommunen. Daran muss an der Stelle noch einmal erinnert werden. Es ist auch ein Vorgehen gegen die kommunale Demokratie als Raubzug von Schwarz-Gelb: Der eine trennt die Wahlen, weil er es gerne so will. Der andere streicht die Stichwahlen, weil er dies so will. – So wie mit kommunaler Demokratie gehen Sie mit kommunalen Finanzen um.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, mit welchen kleinen und feinen Tricks Sie arbeiten, wenn Sie sagen, alles sei so wie im letzten Jahr. Ich habe Ihnen eben gesagt, wie es mit dem Lenk-Gutachten aussieht. Ich sage Ihnen, wie Sie an der Stelle arbeiten: Sie verändern den Text für die Einheitslasten. – Sie tun dies aus der Perspektive, die ich Ihnen eben vorgehalten habe. Nach den Kommunalwahlen wollen Sie entsprechende Schweinereien begehen.

In der neuen Formulierung der Definition heißt es in § 2, bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse wird nicht mehr das ermittelte gesamte Aufkommen der Gemeinschaftssteuern – bereinigt um die Einnahmen und Ausgaben des Landes – im Länderfinanzausgleich zugrunde gelegt, sondern es wird auf die sogenannten finanziellen Belastungen des Landes aus der deutschen Einheit abgestellt. Das bedeutet, Sie bereiten den Betrug von morgen im Text vor, behaupten aber, Sie wollten ein verlässlicher Partner der Kommunen sein.

Zusammengefasst kann man nur sagen, Sie haben in Zeiten, in denen es dem Land von den Steuereinnahmen her glänzend gegangen ist und noch eine kurze Weile gehen wird, den Kommunen ihren Anteil vorenthalten. Durch die von Ihnen

zu verantwortende Politik haben Sie für eine dramatische Steigerung der Kassenkredite gesorgt. Darüber, ob sie um 38,6 % oder um 38,8 % gestiegen sind, mag ich mit Ihnen gar nicht streiten, Herr Engels.

In Zeiten niedriger Zinsen hatten Sie gleichzeitig nicht den Mumm, den Kommunen, die keine Chance haben, diese Schulden im Moment abzutragen, eine Umschuldung von kurzfristig laufenden Kassenkrediten in langfristige Kredite zu günstigen Zinsen zu gestatten. Als Folge werden die Kassenkredite bei dramatisch steigenden Zinsen jetzt absehbar dramatisch steigen.

All das ist Ergebnis Ihrer Politik. Zu diesem Ergebnis gehört auch, dass Sie sich bis heute darum drücken, den eigentlich seit November letzten Jahres fälligen Bericht zur kommunalen Finanzlage vorzulegen. Sie sagten, Sie legen ihn im Mai vor. Sie haben ihn bis heute nicht vorgelegt. Sie drücken sich aus einem für Sie guten Grund davor. Es ist ein Zeichen einer kommunalfeindlichen Politik. Sie hinterlassen ein großes Vakuum.

Herr Lux, ich kann verstehen, dass Sie darüber beunruhigt sind, dass andere dieses Vakuum mit einer ordentlichen, kommunalfreundlichen Politik auffüllen wollen. Wir lassen uns von Ihnen aber nicht davon abhalten. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel<sup>\*)</sup>** (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Was man im Landeshaushaltsentwurf für das Jahr 2009 insgesamt feststellen kann, kann man natürlich auch im Gemeindefinanzierungsgesetz feststellen. Die Politik des Tricksens, Täuschens und Tarnens wird auch hier wieder realisiert.

Zu Recht ist vorhin auf die Verschuldung der Kommunen in NRW in Höhe von 13 Milliarden € hingewiesen worden. Im letzten Jahr hat der Städte- und Gemeindebund bei der Anhörung sehr deutlich beklagt, dass den Kommunen 900 Millionen € vorenthalten werden. Dieses Jahr ist es über 1 Milliarde €. Das ist Ihre reale Politik für die Kommunen.

Wir gehen jetzt langsam in die Auseinandersetzungen um die Kommunalwahlen. Die Sünden der Vergangenheit werden an die Oberfläche kommen. Sie werden Ihnen jetzt schon interessanterweise von Ihren eigenen, schwarzen Leuten in

den Städten und Gemeinden vorgehalten. Die drei zu Recht vor dem Verwaltungsgericht in Münster anhängigen Klagen machen sehr deutlich, wie groß die Unzufriedenheit mit der Landespolitik ist.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Insgesamt müssen wir feststellen, dass 129 Kommunen in Nordrhein-Westfalen weiterhin mit Nothaushalten ausgestattet sind. Das mussten Sie heute Morgen selbst zugestehen. Diese Kommunen können gerade noch das Notwendigste machen und sind höchst verschuldet. Teilweise gibt es sogar Sparkommissare. Das ist zum Beispiel in Waltrop der Fall. In der nördlichen Ruhrgebietszone gibt es besondere Probleme. All diese Dinge werden von Ihnen verantwortet.

Hinzu kommt das Sparkassengesetz, welches uns in den nächsten Monaten noch beschäftigen wird. Es ist ebenfalls gegen die Kommunen gerichtet. Gemeinnützige Einrichtungen werden eine Menge Geld verlieren, wenn die Privatisierung tatsächlich in der Form kommen wird, wie Sie sie vorhaben. Derzeit werden mehr als 150 Millionen € ausgeschüttet. Das ist das, was Sie konkret machen. Ich kann nur sagen: Das geschieht nicht mit der Linken. Wir werden gegen Ihre Haushaltspolitik stimmen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Sagel. – Wenn ich es richtig sehe, liegt von der Landesregierung keine Wortmeldung vor. Dann ist Herr Kollege Körfges an der Reihe. Bitte schön.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch bei der Einbringung durch den Innenminister war eine gewisse Sprachlosigkeit zu erkennen. Von daher liegt die Tatsache, dass sich Herr Dr. Wolf nicht mehr zu Wort gemeldet hat, durchaus in der Tendenz des heutigen Tages.

Herr Dr. Wolf, nach Ihren einleitenden Worten und insbesondere nach der Pressemitteilung könnte man aber glauben, diese Landesregierung hätte ein Füllhorn von Wohltaten über die kommunale Familie ausgeschüttet.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die versteht das nur nicht!)

Die bedankt sich aber nicht bei Ihnen. Der Jubel will keinen Anfang nehmen. Im Gegenteil: Die kommunalen Spitzenverbände sind unisono mit der Opposition einer Meinung. Sie ziehen die Städte und Gemeinden in unserem Lande seit Ihrem Regierungsantritt über den Tisch, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dies geschieht unstreitig auch mit Taschenspielertricks.

Wir freuen uns alle darüber, dass die öffentlichen Einnahmen gestiegen sind. Die 7,7 Milliarden €, die Sie in Ihrer Pressemitteilung in den Mittelpunkt der Erwägungen stellen, sind wirklich eine stattliche Summe. Aber um glaubwürdig und ehrlich zu bleiben, meine Damen und Herren, muss man die Relation zu den Steuereinnahmen des Landes sehen. Dann merkt man, dass Sie auch an dieser Stelle im Prinzip bei den Kommunen abgekocht haben.

(Zuruf von der CDU)

Im Augenblick sind es – ich will mich nicht um 100.000 € nach oben oder unten streiten – mindestens 1,7 Milliarden € aus den letzten Jahren, die Sie den Kommunen vorenthalten haben. Vergleicht man den Zuwachs der Steuereinnahmen des Landes mit der Steigerung der Finanzmasse für die Schlüsselzuweisungen, wird klar, wie Sie tatsächlich mit dem Thema Kommunalfinzen umgehen: Die Steuereinnahmen des Landes sind um 3,9 % gestiegen, die Schlüsselmasse lediglich um 2,1 %. Erklärung gefällig? Man kann es zum Beispiel mit der Herausnahme der Grunderwerbsteuer und ähnlicher Anschläge erklären, die Sie in diesem Bereich gemacht haben. Darüber hinaus haben Sie den Kommunen auch tüchtig in die Tasche gegriffen; darauf ist verschiedentlich eingegangen worden.

Wenn der verehrte Kollege Lux sagt, wir geben euch eure Städte zurück, ist das zum einen inhaltlich falsch, weil wir die kommunale Selbstverwaltung haben. Zum anderen wären die Kommunen besser bedient, Herr Lux, wenn Sie ihnen ihr Geld zurückgeben würden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zudem höre ich voller Erstaunen, dass die 23 % Ihrer Aussage nach nicht die Zehn Gebote bzw. kein Verfassungsgrundsatz seien. Was soll der geneigte Hörer sich nach dieser Ankündigung denken, Herr Lux? Zuerst gehen Sie an die Schlüsselmasse, und dann stellen Sie die Prozente für die Zukunft zur Disposition. Das kann doch alles nicht wahr sein.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wenn Kollege Engel von der FDP-Fraktion die Verlangsamung des Anstiegs der Kassenkredite angesichts der allgemeinen Konjunkturlage zu einem Markenzeichen für kommunalfreundliche Landespolitik macht, zeigt das eindeutig:

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Sie sind in der falschen Veranstaltung, insbesondere als kommunalpolitischer Sprecher.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Besonders bezeichnend – allerdings würde ich dazu ein internes Gespräch vorschlagen – finde ich den Hinweis auf die zahlreichen Kommunen, die sich nicht mehr in der Haushaltssicherung befinden. Das ist richtig. Wenn der Hintergrund eine strukturelle Verbesserung wäre, könnte man sich darüber tatsächlich freuen. Herr Kollege Engel, an diesem Punkt bin ich ganz nah bei Ihnen: Das ist im Zusammenhang mit dem Umstieg auf NKF zu sehen.

Wenn der Innenminister als Antwort auf die strukturelle Notlage von Kommunen zusätzliche Sparbarkeit – darüber kann man immer diskutieren – und die Veräußerung von kommunalem Eigentum empfiehlt, zeigt das zwei Dinge:

Erstens. Die Kommunen stehen nicht im Mittelpunkt Ihrer Erwägungen.

Zweitens. Sie haben die Systematik nicht verstanden. Denn wenn Sie das Eigentum aus der Bilanz herausrechnen, haben Sie im Prinzip nichts verbessert. Gehen Sie daher in sich und überprüfen Sie einmal, ob es eine Jubelmeldung wert ist, dass die NKF-Systematik dazu führt, dass sich einige Kommunen nicht mehr im Nothaushaltsrecht befinden!

Nun möchte ich zum Lenk-Gutachten und zu weiteren Leistungen dieser Landesregierung kommen. Was Sie mit der Rückzahlung der überzahlten Solidarbeiträge der Kommunen aufführen, übertrifft eine Echternacher Springprozession bei Weitem.

Erster Akt: Es gibt eine schallende Ohrfeige des Verfassungsgerichtshofs. Zweiter Akt: Sie machen sich das Ergebnis insoweit zu eigen, dass Sie ein nicht gut gemachtes, aber immerhin von einer guten Absicht getragenes Abschlagsgesetz auf den Weg bringen. Im Detail haben wir sicherlich das eine oder andere dagegen gesagt. Dritter Akt: Sie berufen sich auf das Lenk-Gutachten, obwohl es Fehler wiederholt, die das Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen schon erkannt und ausgeräumt hatte, und sagen den Kommunen: Nicht ihr habt von uns etwas zurückzubekommen – im Gegenteil, es ist in die andere Richtung überzahlt worden.

Wer so mit Kommunen umgeht, darf sich erstens nicht der Kommunalfreundlichkeit rühmen und

muss zweitens sein grundsätzliches Verhältnis zum Thema überprüfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt noch eine weitere Feststellung. Das ist eine interessante Spur, Herr Kollege Lux, in Bezug auf die Frage, wie es mit den Kommunalfinzen weitergeht; Kollege Becker hat darauf hingewiesen. Im Begründungsteil ziehen Sie ganz deutlich die Karte Lenk-Systematik nach dem Motto: Liebe Kommunen, viel Vergnügen. Wir zeigen euch schon einmal, was in den kommenden Jahren auf euch zukommt.

Meine Damen und Herren, die Kommunen haben im wahrsten Sinne des Wortes bei dieser Landesregierung eine Menge zu klagen. Der Verfassungsgerichtshof empfindet Ihre Form der Landesregierung zwischenzeitlich als zwangsweise aufgedrängtes Beschäftigungsprogramm. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie über Kommunalfreundlichkeit reden und Ihnen die Kommunen beim Verfassungsgerichtshof zum wiederholten Male nachweisen, dass Sie sie zum Beispiel in Fragen der Konnexität übervorteilen, kann doch an Ihrer übertriebenen Selbstbelobigung irgendetwas nicht richtig sein. Und all das geschieht vor dem Hintergrund sprudelnder Steuereinnahmen.

Ich kann nur im Interesse der Kommunen hoffen, dass der Weltuntergangsprophet, der im Augenblick den Ministerpräsidenten gibt, mit seinen Prognosen zur Konjunktur nicht richtig liegt. Denn die Wahrheit wird bei sinkenden Steuereinnahmen sehr deutlich werden: Sie haben die Kommunen in unserem Land über den Tisch gezogen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Dr. Wolf.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist doch immer gut, wenn man den geballten Sachverstand der SPD-Fraktion erst zur Kenntnis nehmen kann, um darauf zu replizieren. Ich möchte dieser Crew der Verunsicherung und Vertuschung gerne noch einmal die eigenen Leistungen vor Augen halten, die dazu geführt haben, dass wir in diese Misere geraten sind.

Es ist nicht nur so, wie heute Morgen dargestellt worden ist, dass Sie den Landshaushalt vor die Wand gefahren haben. In Ihrer Zeit haben sich all

die Probleme aufgehäuft. Ich hatte in einer früheren Debatte schon einmal dargestellt, wie sich auch die Verschuldung in den Kommunen aufgebaut hat. Es ist doch völlig klar, dass wir solche Dinge nicht in wenigen Jahren abbauen können. Im Gegenteil ist hier eine langfristige Konsolidierung angesagt.

Die Landesregierung hat ihrerseits alles getan. Kollege Lux hat es genauso wie Herr Engel sehr deutlich gesagt: Wir stehen zu den 23 % in dieser Legislaturperiode. Das ist völlig klar von uns definiert worden. Wir sind für diese Legislaturperiode gewählt worden; deswegen sagen wir das auch gerne zu. Alles andere, was Sie gesagt haben, ist von daher völlig nebulös. Es ist ein selbst angeführter Zahlensalat, in dem Sie sich immer wieder selber verfangen.

Meine Damen und Herren, einige Punkte möchte ich noch einmal aufgreifen: Wir haben sehr deutlich festzustellen, dass es eine drastische Steigerung der Einnahmen der Kommunen gibt. Genau so wie das Land von den Mehreinnahmen profitiert, tun dies auch die Kommunen. Mit Blick auf den 23-%-Anteil ist es völlig klar, dass wir eine faire Beteiligung nach dem, was die Verfassung Nordrhein-Westfalens gebietet, auch vorgenommen haben – immer in der Abwägung von Landes- und Kommunalfinancen.

Wir haben heute Morgen hier diskutiert, welche Erblast Sie uns hinterlassen haben und was wir auf Landesseite an Konsolidierung tun müssen. Genau das Gleiche muss man natürlich auch auf der anderen Seite bei den Kommunen einfordern.

Es ist also ein schwieriger Abwägungsprozess. Die sprudelnden Einnahmen, die Sie hier immer beschwören, sind doch letztendlich auch bei uns zu 90 % zur Herabsetzung der Nettokreditaufnahme eingesetzt worden. Damit ist nicht irgendwo draußen groß Geld ausgegeben worden,

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer bestätigt Ihnen das denn? Der Finanzminister?)

sondern wir haben letztendlich das Geld nicht ausgegeben, das wir, wenn wir Ihre Politik verfolgt hätten, weiterhin aus Krediten hätten geben müssen. Wir haben uns davon abgewandt. Wir haben einen neuen Weg der Konsolidierung eingeschlagen, der nun Früchte zeigt.

Wenn Sie meine Rede heute Morgen richtig gehört haben, habe ich sehr wohl auch kritische Untertöne angeschlagen. Zum Rückgang der HSK- und Nothaushaltskommunen habe ich sehr wohl gesagt, dass es das eine oder andere Mal durchaus am NKF liegen kann, dass es aber natürlich

auch Kommunen gibt, die den Kopf ein Stück oberhalb der Wasserlinie bekommen haben, was uns sehr erfreut. Natürlich wollen wir das konsolidieren. Alle gemeinsam müssen wir daran arbeiten, dass wir eine Wirtschaftspolitik haben, die auch nachhaltig Wachstum befördert. Dann sind alle, Land und Kommunen, daran beteiligt.

Eine besondere Qualität der Filibusterei haben Sie natürlich wieder beim Thema Lenkgutachten an den Tag gelegt. Meine Damen und Herren, ich empfehle insbesondere dem ausgebildeten Juristen in der SPD-Fraktion, sich den Urteilstenor einmal genau anzuschauen und durchzulesen. Herr Körfges, dort steht ganz klar, dass sozusagen eine Ermittlung vonnöten ist. Diese Ermittlung von Einheitslasten – das müssen Sie sich nun anhören; ich habe Ihnen ja auch sehr ruhig zugehört – hat Herr Professor Lenk vorgenommen, der von den kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagen wurde. Inklusive der Fragen, die zwischen Land und Kommunen abgesprochen waren, ist das ein Gutachten, das ein hohes Maß an Neutralität hat. Dieses ist nun zu diskutieren.

Wenn dann der eine oder andere Abgeordnete meint, wir wollten da nicht schneller ran, kann ich nur entgegnen: Wir sind im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden, die gebeten haben, dieses Gutachten intensiv zu prüfen. Wir haben allen Grund – in der bekannten Fairness, die wir an den Tag legen –, ihnen diese Zeit auch zu geben. Ich sagte vorhin schon: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Das sind alles hochkomplexe, hochkomplizierte Fragestellungen – bis hin zu dem, was wir aus dem ifo-Gutachten machen – beim Thema GFG der nächsten Jahre, vielleicht sogar des nächsten Jahrzehnts.

Meine Damen und Herren, tun Sie bitte nicht so, als ob Sie eine Lösung hätten, wie wir das kurzerhand lösen könnten. Ansonsten nehmen wir gerne Ihren Vorschlag entgegen und können ihn dann debattieren. Sich nur hierhin zu stellen und zu sagen, Sie wüssten alles besser, und uns der Verzögerung zu zeihen, das taugt nicht.

Wir gehen im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden diese Probleme an und müssen versuchen, die schwierigen Fragen gemeinsam in der nächsten Zeit zu lösen. Wir stehen an dieser Stelle nicht an, ganz klar zu sagen: Nur diese Regierung hat erstmals den Begriff Kommunalfreundlichkeit verdient. Über das, was Sie damals alles angerichtet haben, kann man nur den Mantel des Schweigens decken. Wir gehen mit einem Höchstbetrag an GFG-Zuweisungen – mit einer Milliarde € mehr als 2005 – an den Start. Dass daneben auch noch die Gewerbesteuererein-

nahmen gestiegen sind, ist ein weiteres positives Signal an die Kommunen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Lutz Lienenkämpfer [CDU]: So ist das!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich noch einmal Herr Kollege Becker zu Wort gemeldet.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer spannend und ich hätte mich nicht gemeldet, Herr Innenminister, wenn Sie nicht darauf abgehoben hätten, dass Sie das Land – wie Sie es immer darstellen – sanieren müssten. Sie führen an, dass das, was Sie den Kommunen vorenthalten – Sie enthalten ihnen gegenüber dem, was ihnen früher zugestanden hat, von den Steuermehreinnahmen eine Menge vor –, nötig gewesen sei, um den Landeshaushalt zu konsolidieren.

Nun mag man ja darüber streiten, ob das nötig und der richtige Weg ist. Das ist eine Sache, die das Parlament diskutieren kann. Was man nach meiner Ansicht nicht machen kann – und das sollten wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen –, ist, wissend, wie die Situation im Land ist, vor den Wahlen 2005 zu versprechen, den Kommunen ginge es besser, wenn Sie an die Regierung kommen, und nach den Wahlen so zu tun, als seien Sie von der gesamtwirtschaftlichen und der gesamtfanziellen Lage des Landes überrascht.

Vor dem Hintergrund rasant steigender Steuereinnahmen geben Sie den Kommunen nicht das, was ihnen zusteht, und tragen dazu bei – ich betone das an dieser Stelle –, dass die Kassenkredite explodieren. Innerhalb von drei Jahren haben sich die Kassenkredite von 10 Milliarden € auf 13,6 oder 13,8 Milliarden – darüber will ich gar nicht mehr streiten – erhöht. Das ist es eine dramatische Steigerung von mehr als einem Drittel. Und es sind Kredite auf der kommunalen Seite, die hoch zinsanfällig sind. Sie bauen im Land die Neuverschuldung zulasten der Kommunen ab, die dann sehr teure Kassenkredite aufnehmen müssen, weil sie keine andere Möglichkeit mehr haben.

Das ist gesamtwirtschaftlich, volkswirtschaftlich und gesamtstaatlich ein hoch gefährlicher und ein absolut zu verurteilender Kurs. Denn in letzter Konsequenz werden die Bürgerinnen und Bürger zwischen den Kosten, die auf sie zukommen, weil es Kassenkredite bei den Kommunen sind, oder Kreditkosten beim Land überhaupt nicht unterscheiden können und wollen. Sie werden die Kosten zu tragen haben. Die Kosten für Kassenkredi-

te sind die höchsten, die teuersten und sind vor dem Hintergrund der Gefahr der steigenden Zinsen – sie sind ja in den letzten drei Monaten schon erheblich gestiegen – die mit Abstand gefährlichsten.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Löttgen?

**Horst Becker (GRÜNE):** Aber immer.

**Bodo Löttgen (CDU):** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. Sie beklagen jetzt bereits mehrfach, dass der Anstieg von 10 auf 13 Milliarden € – also um gut ein Drittel – unter unserer Verantwortung dramatisch sei. Würden Sie den Kolleginnen und Kollegen kurz erläutern, wie der Anstieg der Kommunalkredite im Zeitraum 2001 bis 2005, das heißt in vier Jahren Ihrer Verantwortung, war?

**Horst Becker (GRÜNE):** Ja, das kann ich gerne machen. Mal abgesehen davon, dass auch die Kommunen, die von Ihrer Partei regiert werden, immer wieder gesagt haben, dass da genauso gearbeitet worden ist, nämlich kreditiert worden ist, während das jetzt bestritten wird, kann ich Ihnen sagen, dass damals die Steuereinnahmen ganz andere waren.

Sie wissen, die Steuereinnahmen in den Kommunen waren ganz andere, und die Steuereinnahmen im Land waren ganz andere. Vor diesem Hintergrund mache ich ja die Ausführungen. Das müssten Sie doch ehrlich einräumen. Sie rühmen sich doch alle nasenlang der hohen Steuereinnahmen, obwohl Sie gar nichts dafür können. Für die können nämlich ganz andere etwas. Ich sage es Ihnen gerne noch einmal, damit Ihre Heiterkeit steigt: Die jetzigen Steuereinnahmen bundesweit haben wesentlich etwas mit den Reformen zu tun, die die rot-grüne Bundesregierung bis 2005 über die Bühne bringen musste und für die Sie hier und an anderen Stellen die Opposition gespielt haben. Das ist der Punkt.

Sie haben diese Steuereinnahmen nicht genutzt, um den Kommunen etwas davon zu geben, sondern in dieser kurzen Zeit ist der Kassenkreditstand tatsächlich um fast 40 % gestiegen. Ich finde, das ist für zweieinhalb Jahre eine Rekordleistung. Darauf können Sie sich schon etwas einbilden.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Herr Innenminister, ich würde auch gerne zum ifo-Gutachten und zum Lenk-Gutachten etwas sagen.

An all diesen Stellen haben Sie Ihre eigenen Versprechungen nicht eingehalten. Wenn man sich ansieht, wie Sie damit umgegangen sind: Das ifo-Gutachten war uns mehrfach versprochen und ist mehrfach verzögert worden, und es ist eben kein Zufall, dass es jetzt erst gekommen ist. Es ist auch kein Zufall, dass Sie die Beratungen hinter die Kommunalwahl 2009 ziehen.

Herr Kollege Löttgen, ich will Ihnen an der Stelle auch ganz deutlich sagen: Es ist ebenfalls kein Zufall, dass Sie alle jetzt im ländlichen Raum immer noch so tun, als ob Sie für den ländlichen Raum eine Verbesserung schaffen würden. Im nächsten Jahr werden Sie ja irgendwann das ganze Elend zeigen müssen, das Sie verursachen. Deswegen machen Sie das erst nach der Kommunalwahl und nicht vor der Kommunalwahl. Das ist völlig klar, das ist Ihre Strategie, und deswegen legen wir auch den Finger in die Wunde.

Zum NKF, Herr Innenminister, haben Sie eben gesagt: Es mag auch am NKF liegen, dass einige Kommunen aus den Nothaushalten herausgekommen sind. Herr Innenminister, ich habe Sie in den entsprechenden Sitzungen zweimal danach gefragt, auch Anfragen dazu gestellt, und ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Ausweislich Ihrer eigenen Auskünfte muss man den Eindruck haben, es sind nur NKF-Kommunen, die aus den Nothaushalten herausgekommen sind.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Es dreht sich ausdrücklich um Kommunen, die in das Neue Kommunale Finanzmanagement eingestiegen sind, vorübergehend die Ausgleichsrücklage geltend machen können und innerhalb kürzester Zeit die Ausgleichsrücklage aufgebraucht haben werden.

Noch ein letzter Satz, um Ihre Aufmerksamkeit noch ein wenig zu erheischen: Bis heute haben Sie noch nicht einmal ein Konzept für die Kommunen vorgelegt, die nach NKF eine negative Eröffnungsbilanz vorlegen müssen. Auch davor drücken Sie sich, davor drückt sich diese Landesregierung mit diesem Innenminister, mit diesem vermeintlichen Kommunalminister bis heute, weil Sie kein Konzept für diese Problematik haben.

Deswegen sind Sie alles andere als eine Kommunalpartei, Sie sind eine kommunalfeindliche Regierung und eine kommunalfeindliche Regierungsfraktion. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Der Herr Minister hat sich noch

einmal gemeldet. Bitte schön, Herr Minister Dr. Wolf, Sie haben noch einmal das Wort.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, dass ich noch einmal zur Aufklärung beitragen muss, weil Herr Becker auch im dritten oder vierten Versuch nicht einsehen wird, wo das Fehlverhalten liegt. Ich danke Herrn Kollegen Löttgen sehr für seine Nachfrage, die Herrn Becker ja erkennbar ins Schleudern gebracht hat; man hat es gemerkt.

Nur für Sie zum Nachhalten, Herr Becker: Im Jahre 2000 – da waren die Grünen unstrittig in der Regierung, leider, aber es war so – betrogen die Kassenkredite 2,465 Milliarden €, und im Jahre 2005, als Sie abgewählt wurden, 10,67 Milliarden. Das nur einmal so, damit wir keine Geschichtsklitterung betreiben.

Das macht sehr deutlich, was die frühere Landesregierung für Kommunen getan hat. Wir haben festzustellen, dass im Jahre 2007 der Finanzierungssaldo, über alle Kommunen gesehen, erstmals positiv war. Ich habe das beschrieben: Die Lage ist nicht rosig; aber es gibt einen Lichtstreif am Horizont. Wir versuchen, den Kommunen im Rahmen des Möglichen und des verfassungsmäßig Gebotenen zu helfen. Ich habe sehr deutlich gesagt, dass NKF dazu beigetragen haben kann, aber natürlich können auch die besseren Einnahmen dazu beigetragen haben, sodass die positive Entwicklung in den Kommunen, die sich ins NKF bewegt haben, natürlich auch eine Rolle gespielt hat. So, wie es häufig ist, gibt es manchmal mehrere Ursachen.

Zum Lenk-Gutachten werden Sie nicht einsichtig werden, Herr Becker. Fragen Sie die kommunalen Spitzenverbände! Wir haben feste Verabredungen mit denen, dass die ihre Prüfung vornehmen können. Sie selber sind offensichtlich nicht in der Lage, ein Urteil über dieses Gutachten abzugeben. Da werden nur nebulöse Äußerungen getan. Wir wissen, dass es eine schwierige Materie ist und dass die Kommunen, bevor sie in weitere Gespräche mit uns eintreten, ihrerseits fachlichen Rat suchen. Das halte ich nur für fair und anständig. Wir gehen jedenfalls auf diesem konsensualen Wege mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Haushaltsgesetz 2009 Drucksache 14/7000** und die **Finanzplanung** des Landes Nordrhein-Westfalen **Drucksache 14/7001**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der vorgenannten Haushaltsvorlagen an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Zweiten zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf** zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 **Drucksache 14/7002**. Auch hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

### 3 Fragestunde

Drucksache 14/7360

Mit der Drucksache liegen Ihnen die Mündliche Anfrage 220 aus der letzten Fragestunde sowie die Mündlichen Anfragen 223 bis 234 vor.

Ich rufe die

#### **Mündliche Anfrage 220**

der Frau Kollegin Dr. Boos von der Fraktion der SPD aus der letzten Fragestunde auf:

#### **Stipendien aus Studiengebühren**

*Vor nicht allzu langer Zeit – vor der Einführung der Studiengebühren – wurde vonseiten der Befürworter der Studiengebühren immer wieder angekündigt, dass zur sozialen Abfederung massiv Stipendienprogramme eingeführt werden sollten.*

*Das Problem war nur, dass diese immer jemand anderes finanzieren sollte. Die Politik forderte die Unternehmen auf, die Unternehmen forderten das Land auf, der Landesminis-*

*ter forderte den Bund auf, der Bund die Unternehmen usw. Am Ende wurden bisher in NRW nur Stipendienprogramme eingeführt, die sich aus der Geldquelle speisen, die sich von Anfang an nicht dagegen wehren konnte: den Studierenden. Sie finanzieren an mehreren Standorten über ihre Studiengebühren Stiftungen, welche Stipendien vergeben.*

*Die Studierenden dieser Hochschulen sehen in diesen Stiftungen nur ein weiteres Beispiel dafür, dass die sowieso ungewollten Studiengebühren alles andere als zeitnah in der Lehre eingesetzt werden. Zudem sind die Konstruktion der jeweiligen Stiftungen und die Stipendienvergabe für die beteiligten Studierenden oftmals intransparent, sodass vor Ort davon ausgegangen wird, dass von den Stipendien eben nicht einkommensschwächere Studierende profitieren.*

*Sind der Landesregierung Daten über die soziale Zusammensetzung dieser Stipendiaten bekannt?*

Ich bitte Herrn Minister Dr. Pinkwart um Beantwortung. Herr Minister, bitte schön.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Dr. Boos, ich könnte die in der Mündlichen Anfrage gestellte konkrete Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem Nein beantworten.

Ich möchte dies gleichwohl nicht tun. Der ganze Duktus der Mündlichen Anfrage zeigt nämlich das große Misstrauen, welches anscheinend gegen Stipendienmodelle bei Ihnen gehegt wird, die eine auch privat finanzierte Komponente aufweisen. Darüber hinaus wird anscheinend versucht, die soziale Komponente und den Leistungsgedanken gegeneinander ausspielen zu wollen. Beides, das primär ideologisch motivierte Misstrauen gegen eine private Kofinanzierung von Stipendien und die Abwertung des Leistungsgedankens, führt meines Erachtens in die Irre.

Ich habe kürzlich den Anstoß für die Schaffung eines nationalen Stipendiensystems gegeben. Hierüber wird derzeit zwischen Bund und Ländern diskutiert. Ein solches nationales Stipendiensystem soll sich an besonders begabte Studierende richten und je zur Hälfte aus öffentlichen und privaten Mitteln gespeist werden. Die Hochschulen sollen Stipendienmittel aus der Wirtschaft und von Privaten einwerben können, die durch staatliche Mittel im Verhältnis 1:1 aufgestockt werden.



frage: Wer stimmt diesem Antrag dem Inhalt nach zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist eindeutig, dass die Mehrheit hier im Hohen Haus diesen Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt** hat.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Bevor wir gleich zu Tagesordnungspunkt 8 kommen, will ich einer Pflicht nachkommen, die wir hier im Präsidium häufiger zu erfüllen haben. Leider müssen wir auch heute wieder eine **Rüge** aussprechen. Sie betrifft den Abgeordneten Rüdiger Sagel.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Er hat sich in der heutigen Plenarsitzung in seinem Redebeitrag zu TOP 2, Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009, in Bezug auf den Ministerpräsidenten und den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales ausgesprochen unparlamentarisch geäußert. Herr Sagel wird daher für diese unparlamentarischen Äußerungen gerügt.

(Zuruf von der CDU: Was hat er gesagt?)

– Diese Worte möchte ich hier nicht wiederholen, schon gar nicht im Zusammenhang mit dem Ministerpräsidenten und seinem Arbeitsminister.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 8 Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Artikel 66 Satz 2  
der Landesverfassung  
Drucksache 14/7305

erste Lesung

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen; so ist es vereinbart.

Deshalb kommen wir unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/7305** an den **Hauptausschuss**. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 9 Gesetz zur Verankerung der getrennten Abwassergebühr (Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes)

Gesetzentwurf  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/6155

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Drucksache 14/7332

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Pick das Wort.

**Clemens Pick** (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde kommen wir jetzt zu einem Thema, das wir hier im Landtag schon einmal behandelt haben. Es geht nämlich die Verankerung der getrennten Abwassergebühr und die Änderung des Kommunalabgabengesetzes.

Diesen Gesetzentwurf, den Bündnis 90/Die Grünen im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt haben, hatten sie im Zusammenhang mit der Einführung des § 6a in das KAG am 19. September 2006 bereits wortgleich gestellt. Ein Jahr lang ist dieses Thema unnützerweise in den Ausschüssen beraten worden. Das Ergebnis war, dass dieser Gesetzentwurf am 19. September 2007 in zweiter Lesung abgelehnt wurde.

Nachdem nun das Oberverwaltungsgericht Münster ein Urteil gesprochen hat, hielt man es für sinnvoll, diesen Antrag wieder aufleben zu lassen. Dabei hat man allerdings nicht bedacht, dass dieses Urteil nicht das KAG infrage stellt, sondern nur eine Anleitung zur Auslegung der Abwassergebührenberechnung an die Kommunen gibt. Insofern ist dieser Antrag überflüssig. Das ist im Ausschuss auch so gesagt worden. Nach dem KAG sind die Kommunen nämlich in der Lage, diese Dinge selber zu regeln – was sie auch tun; denn weitere Klagen in diese Richtung sind bis heute nicht festzustellen.

Neue Gesetze wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern hier nicht mehr auferlegen; denn Verwaltungsvereinfachung ist gewollt. Deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf wie auch schon in den Ausschüssen ab. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

